

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Boris Meissner
Bilanz der „Breschnew-Ära“

Maria Elisabeth Ruban
Wandel der Arbeits-
und Lebensbedingungen
in der Sowjetunion 1955–1980

Mária Huber
Zur Beurteilung
von Planungsreformen
in der Sowjetunion

Oskar Anweiler
Bildungssysteme in Osteuropa
– Reform oder Krise?

ISSN 0479-611 X

B 7/83
19. Februar 1983

Boris Meissner, Dr. jur., Dipl.-Volkswirt, geb. 1915 in Pleskau; o. Professor und Direktor des Instituts für Ostrecht der Universität Köln; 1961—1971 Mitglied des Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln; 1959—1982 Mitglied des Direktoriums des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung, Köln; Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Das Ende des Stalin-Mythos, Frankfurt 1956; Rußland unter Chruschtschow, München 1960; Bilanz der Ära Chruschtschow (mit Erik Boettcher, Hans-Joachim Lieber), Stuttgart 1966; Sowjetgesellschaft im Wandel, Stuttgart 1966 (englisch Notre Dame 1972); Gruppeninteressen und Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion (mit Georg Brunner), Köln 1975; Einparteiensystem und bürokratische Herrschaft in der Sowjetunion (mit Georg Brunner und Richard Löwenthal), Köln 1978; Das Verhältnis von Partei und Staat im Sowjetsystem, Opladen 1982.

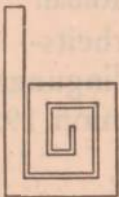
Maria Elisabeth Ruban, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirtin; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Abteilung DDR und östliche Industrieländer. Arbeitsgebiete: Landwirtschaft, Lebensstandard und Sozialpolitik in der Sowjetunion.

Mária Huber, Dr. rer. soc.; Studium der Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Soziologie in Budapest, Freiburg i. Br. und Konstanz; Forschungsaufenthalte in der UdSSR; Privatdozentin im Institut für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen.

Veröffentlichungen: Aufsätze zur politischen Planung und zur Steuerung der sozioökonomischen Entwicklung verschiedener Gesellschaftssysteme; Strategien der Entwicklungspolitik, Bern und Frankfurt 1975; Betriebliche Sozialplanung und Partizipation in der UdSSR, Frankfurt/M. 1983.

Oskar Anweiler, Dr. phil., geb. 1925; Professor für Pädagogik, insbesondere für Vergleichende Erziehungswissenschaft, Ruhr-Universität Bochum; Mitglied des wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien und des wissenschaftlichen Direktoriums des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung; Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde; Präsident des International Committee for Soviet and East European Studies.

Veröffentlichungen u. a.: Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921, Leiden 1958 (Übersetzungen ins Englische, Französische, Italienische, Portugiesische, Spanische); Die Sowjetpädagogik in der Welt von heute, Heidelberg 1968; Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära, Wiesbaden 1978²; Kulturpolitik der Sowjetunion (Hrsg. mit Karl-Heinz Ruffmann), Stuttgart 1973; Erziehungs- und Sozialisationsprobleme in der Sowjetunion, der DDR und Polen (Hrsg.), Hannover 1978; Bildungssysteme in Europa (Hrsg.), Weinheim 1980³; Bildung und Erziehung in Osteuropa im 20. Jahrhundert (Hrsg.), Berlin 1982; Sekundarschulbildung und Hochschule — Erfahrungen und Probleme in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg. mit Arthur Hearnden), Köln 1982; im Druck: Bildungssysteme in Osteuropa — Reform oder Krise? (Hrsg. mit Friedrich Kuebart), Berlin 1983.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Bilanz der „Breschnew-Ära“

Ende 1982 wurde in Moskau der sechzigste Gründungstag der Union der Sozialistischen Unionsrepubliken (UdSSR) feierlich begangen. Der Sowjetstaat selbst, welcher der Oktoberrevolution von 1917 seine Entstehung verdankt, ist fünf Jahre älter. Parallel zum Übergang vom Einheits- zum Bundesstaat, der im Zeichen des Bürgerkrieges zwischen Rot und Weiß erfolgte, bildete sich unter Lenin der Einparteistaat heraus, der für das sowjetkommunistische System charakteristisch bleiben sollte. Aus der Überordnung der zentralistisch und zugleich unitarisch aufgebauten Kommunistischen Partei der Sowjetunion ergab sich der Vorrang des Parteichefs — abwechselnd Generalsekretär oder Erster Sekretär genannt — gegenüber den Inhabern der beiden höchsten Staatsämter, dem Ministerpräsidenten der UdSSR als dem De-jure-Regierungschef und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR als „Staatsoberhaupt“.

Es erscheint daher zweckmäßig, die Geschichte des Sowjetstaates nach Lenin, der fast sieben Jahre regierte, nach den Personen einzuteilen, die als Parteichefs auch die Führung des Staates innehatten. Dies ist bei Stalin 29, bei Chruschtschow elf und bei Breschnew 18 Jahre der Fall gewesen. Der jeweilige Zeitabschnitt, der von ihnen bestimmt wurde, weist trotz der Wandlungen, die in ihm vor sich gegangen sind, bestimmte charakteristische Züge auf, so daß trotz aller Eigenheiten der Personen und der zwischen ihnen bestehenden Machtunterschiede von einer besonderen Ära gesprochen werden kann. Es ist daher berechtigt, nicht nur von einer „Stalin-Ära“ und einer „Chruschtschow-Ära“, sondern auch von einer „Breschnew-Ära“ auszugehen, obgleich Leonid Iljitsch Breschnew, der am 10. November 1982 kurz vor seinem 76. Geburtstag starb, weder die prägende Kraft eines Stalin noch die eines Chruschtschow besessen hat. Die besonderen Wesenszüge des von Breschnew repräsentierten Zeitabschnitts wie auch die Unterschiede gegenüber seinen Vorgängern lassen sich bei

einer gesonderten Betrachtung der von ihm bestimmten oder beeinflussten Entwicklung des politischen Systems, der Innenpolitik und der Auswärtigen Politik der Sowjetunion am besten feststellen¹⁾.

Der despotischen Selbstherrschaft Stalins und dem sprunghaften Führungsstil Chruschtschows folgte unter Breschnew eine Ära der inneren Konsolidierung und Besserung der Lebensverhältnisse, aber auch einer zunehmenden bürokratischen Erstarrung und der dadurch hauptsächlich verursachten Stagnation, die in Verbindung mit den Folgen eines außenpolitischen Überengagements die Sowjetunion in eine Sackgasse geführt hat.

Die im Zeichen der Entstalinisierung begonnene Entwicklung von einer totalitären zu einer freieren autoritären Erscheinungsform des sowjetkommunistischen Einparteistaats mit der späteren Möglichkeit eines konstitutionellen, d. h. rechtsstaatlichen Einparteistaats mit einem bestimmten Grad von gesellschaftlichem Pluralismus ist nicht weitergekommen. Ansätze im Vorfeld des Sowjetimperiums sind im Zeichen der „Breschnew-Doktrin“ zerstört worden. Damit ist zwar der Bestand des Imperiums notdürftig gesichert, doch die Zahl der ungelösten Probleme gleichzeitig weiter vermehrt worden. Große Teile der sowjetischen Gesellschaft, die sich in einem tiefgehenden Wandlungsprozeß befindet, sind sich in immer stärkerem Maße der fehlenden Innovationsfähigkeit des bestehenden Systems bewußt geworden. Bei aller Größe und militärischen Machtentfaltung der Sowjetunion haben die Nachfolger Breschnews mit Andropow an der Spitze ein schweres Erbe übernommen. Es ist kaum anzunehmen, daß sie die schwierigen Probleme, die mit ihm verbunden sind, in der gegenwärtigen personellen Zusammensetzung und mit den bisherigen Methoden lösen können.

¹⁾ Die vorliegende Darstellung beschränkt sich auf eine Analyse des Politischen Systems und der Innenpolitik unter Breschnew (unter Ausklammerung des kulturellen Bereichs).

I. Das Politische System unter Breschnew

1. Veränderungen in der obersten Partei- und Staatsführung²⁾

Der Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 ist hauptsächlich dadurch herbeigeführt worden, daß er mit zwei umfassenden Verwaltungsreformen bestrebt war, tiefgehende Veränderungen im traditionellen institutionellen Aufbau des sowjetkommunistischen Einpartei Staates herbeizuführen, um die von ihm geplanten innenpolitischen Reformmaßnahmen besser verwirklichen zu können. Durch die Zweiteilung des Partei- und Staatsapparats unterhalb der „Länderebene“, die Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung und eine Reihe weiterer tiefgehender Veränderungen wurde die bisherige Form des politischen Entscheidungsprozesses und die tägliche Verwaltungsarbeit erschwert. Außerdem ist dadurch eine wachsende Unruhe bei den Angehörigen der Partei- und Staatsbürokratie hervorgerufen worden, die sich in ihrer beruflichen Sicherheit, die sie seit dem Tode Stalins gewonnen hatten, bedroht sahen.

Chruschtschows Versuch, in seiner Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie auf Kosten der Schwer- und Rüstungsindustrie stärker zu fördern, wodurch die Interessen des „militärisch-industriellen Komplexes“ beeinträchtigt wurden, hat ebenfalls wesentlich zu seinem Sturz beigetragen. Er erfolgte zwar äußerlich in legalen Formen, stellte aber tatsächlich eine Palastrevolution dar, die mit konspirativen Mitteln bewirkt wurde.

In der obersten Partei- und Staatsführung war unter Chruschtschow eine zunehmende Stärkung des von ihm repräsentierten monokrati-

schen Elements im Verhältnis zum oligarchischen, das im „kollektiven Führungsprinzip“ zum Ausdruck kam, erfolgt. Nach seinem Sturz ist die „kollektive Führung“ im vollen Umfang wiederhergestellt worden. Auf dem ZK-Plenum im Oktober 1964 ist nicht nur die Trennung der Ämter des Partei- und Regierungschefs, die Chruschtschow seit 1958 in einer Hand vereinte, und ein bestimmtes Gleichgewicht in der Verteilung der wichtigsten Machtpositionen, sondern auch eine gegenseitige Kontrolle im Rahmen des „Führerkollektivs“, das durch die Vollmitglieder des ZK-Präsidiums gebildet wurde, beschlossen worden.

Breschnew wurde als Nachfolger Chruschtschows in dessen Parteiämtern Erster Sekretär und Vorsitzender des ZK-Büros für die RSFSR, das seit 1956 für die Leitung der Parteiorganisationen in der großrussischen Unionsrepublik zuständig war. Kossygin rückte zum Ministerpräsidenten der UdSSR auf. Die Wiederherstellung der Duumviratskonstruktion, wie sie zunächst nach dem Tode Stalins bestanden hat (Chruschtschow-Malenkow, Chruschtschow-Bulganin), war mit der Bildung einer Spitzengruppe innerhalb des „Führungskollektivs“ verbunden. Diesem „inneren Kreis“, der faktisch einen „ständigen Ausschuß“ des ZK-Präsidiums bildete, den es auch früher gegeben hat, gehörten außer Breschnew und Kossygin Podgornyj als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Suslow als zweiter ZK-Sekretär und mindestens einer der beiden nachfolgenden ZK-Sekretäre an. Diese Position ist unter Breschnew abwechselnd von Schelepin, Kirilenko, Kulakow (gest. 1978) und Tschernenko bekleidet worden.

Die Aufhebung der Verwaltungsreformen Chruschtschows trug wesentlich zur Stabilität der „kollektiven Führung“ bei. Mit der Rückkehr zum vertikalen Leitungssystem der Ministerien ist in Verbindung mit der Wirtschaftsreform Kossygins vom September 1965 die zentralistische Einheit zwischen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung und damit zugleich die dualistische Organisationsstruktur des Sowjetstaates wiederhergestellt worden.

Auf dem XXIII. Parteikongreß 1966 ist das Präsidium des Politbüros wieder in Politbüro umbenannt worden. Aus dem „Ersten Sekretär“ wurde wieder der „Generalsekretär“. Das

²⁾ Die einzelnen Veränderungen in der obersten Partei- und Staatsführung und die Entwicklung, die zu ihnen geführt hat, ist vom Verfasser in „Osteuropa“ näher dargestellt worden. Eine eingehende Analyse der großen Führungsgremien der KPdSU, des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission findet sich in den Sonderheften von „Osteuropa“ zum XXIII., XXIV., XXV. und XXVI. Parteikongreß der KPdSU.

Vgl. hierzu ferner T. H. Rigby, *The Soviet Leadership: Towards a Self-Stabilizing Oligarchy?*, *Soviet Studies*, October 1970, S. 167 ff.; J. F. Hough, *The Brezhnev Era: The Man and the System, Problems of Communism*, March-April 1976, S. 1 ff.; ders., *Soviet Succession: Issues and Personalities*, ebenda, September—October 1982, S. 20 ff.; W. G. Hyland, *Kremlin Politics*, ebenda, January—February 1982, S. 17 ff.; S. I. Ploss, *Soviet Succession: Signs of Struggle*, ebenda, September—October 1982, S. 41 ff.

ZK-Büro für die RSFSR wurde aufgelöst. Außerdem wurde das Turnussystem, das in bestimmten Abständen eine Ablösung der Parteifunktionäre ermöglichte, abgeschafft.

Die Aufhebung der Verwaltungsreformen Chruschtschows hat zu einer wesentlichen Stärkung des Staatsapparats gegenüber dem Parteiapparat und damit zu einem relativen Gleichgewicht zwischen beiden Apparaten geführt. Die Wirtschaftsverwaltung ist wieder eng mit dem Regierungsapparat verbunden worden. Die Bedeutung der Polizei und vor allem der Armee ist seit dem Sturz Chruschtschows wesentlich gewachsen.

Diese Lage und die verstärkte Abhängigkeit von der Partei- und Staatsbürokratie machten es Breschnew wesentlich schwerer als Chruschtschow, innerhalb des „Führerkollektivs“ und im Verhältnis zur herrschenden Hochbürokratie eine dominierende Stellung zu erringen. Breschnew war sich bewußt, daß er dem Ziele einer Alleinherrschaft nur näher kommen konnte, wenn es ihm gelang, die unmittelbare Kontrolle nicht nur über den Partei-, sondern auch den Staatsapparat zu erringen. Er konnte, wie es bei Stalin und Chruschtschow der Fall war, die Ämter eines Partei- und Regierungschefs in einer Hand vereinen. Er konnte aber auch nach dem Vorbild einiger Volksdemokratien das Amt des Parteichefs mit dem Amt des Staatsoberhauptes verbinden. Das setzte die Umwandlung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR in einen Staatsrat mit erweiterten Befugnissen voraus.

Der 1970 unternommene Versuch Breschnews, den ersten Weg zu beschreiten, hatte keinen Erfolg. Es gelang ihm auch nicht, durch die Industriereform vom März 1973 die Machtstellung der Ministerien und damit die eigentliche Machtbasis Kossygins zu erschüttern, da diese Reform bereits 1974 wesentlich modifiziert wurde.

Auch der im Herbst 1971 zuerst erfolgte Versuch, auf dem Wege der Staatsratslösung voranzukommen, mißlang. Auf dem April-Plenum 1973 konnte er zwar seine Machtstellung durch Eliminierung von zwei Kritikern seiner Innen- und Außenpolitik (Schelest, Woronow) festigen, doch konnte er die unmittelbare Kontrolle über den Staatsapparat noch nicht erringen.

Breschnew war zugleich bestrebt, durch Erweiterung des personellen Bestandes des Zentralkomitees und des Politbüros seine Stellung als Parteichef zu stärken. Mit 319

Mitgliedern und 151 Kandidaten, d. h. insgesamt 470 Personen, hat das Zentralkomitee auf dem XXVI. Parteikongreß der KPdSU 1981 seinen bisher höchsten Stand erreicht, wobei sich die Vertreter der Partei- und der Staatsbürokratie einigermaßen die Waage hielten.

Das Politbüro, das 1966 noch die unter Stalin übliche Zahl von elf Vollmitgliedern besaß, wies bereits auf dem XXV. Parteikongreß 1976 einen Höchststand von 16 Vollmitgliedern auf, der sich bis zum XXVI. Parteikongreß auf 14 Mitglieder verminderte. Dafür wuchs die Zahl der Kandidaten von sechs auf acht an.

Bedeutsamer als die zahlenmäßige Vergrößerung des Politbüros, die sich nur zum Teil zu-

INHALT

- I. Das Politische System unter Breschnew
 1. Veränderungen in der obersten Partei- und Staatsführung
 2. Wandlungen in der Verfassungs- und Rechtsordnung
- II. Die Innenpolitik unter Breschnew
 1. Grundlinien der innenpolitischen Entwicklung
 2. Die Wachstumsschwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft
 3. Tiefgehende Wandlungen der Gesellschaftsstruktur
 4. Die Verschärfung der Nationalitätenfrage
 5. Gesellschaftlicher Bewußtseinswandel, Ideologieverfall und Generationsproblematik

gunsten der aus der Ukraine, Moldau und Kasachstan stammenden Hausmacht Breschnews auswirkte, waren zwei Vorgänge, die eine wesentliche Veränderung in der Struktur des „Führerkollektivs“ bewirkten. Auf dem ZK-Plenum im April 1973 wurde der Anteil der Vertreter des Staatsapparats im Politbüro durch die Aufnahme des KGB-Chefs Andropow, des Außenministers Gromyko und des 1976 verstorbenen Verteidigungsministers Marschall Gretscho wesentlich vergrößert. Wenn der Anteil des Parteiapparats auch später wieder zugenommen hat, so sind doch mit Andropow und Gromyko sowie seit 1976 Ustinow, der Nachfolger Gretschkos als Verteidigungsminister wurde, drei Persönlichkeiten zu Politbüromitgliedern aufgerückt, denen nach dem Tode Breschnews eine Schlüssel-

stellung zufallen sollte. Diese Entwicklung ist dadurch gefördert worden, daß Breschnew durch Verdrängung der jüngeren Politbüromitglieder wesentlich zu einer Veränderung der Altersstruktur des Politbüros und damit zu einer verstärkten Überalterung des „Führerkollektivs“ beigetragen hat. Der Reihe nach schied mit Schelepin 1975, Poljanskij 1976 und Masurow 1978 die jüngeren Politbüromitglieder, die im Westen als „Jungtürken“ bezeichnet worden sind, aus. Eine weitere Lücke wurde durch den plötzlichen Tod Kulakows im Sommer 1978 gerissen. Ihm scheint eine scharfe Auseinandersetzung vorausgegangen zu sein, da die Todesanzeige von der Führungsspitze, aus der 1977 Podgornyj entfernt worden war, nicht unterzeichnet wurde.

Das Ausscheiden von Poljanskij, Podgornyj und Masurow aus dem Politbüro dürfte wesentlich durch Unterschiede in bestimmten Sachfragen und nicht nur durch persönliche Rivalitäten — wie im Falle Schelepins — bedingt gewesen sein. Poljanskij hatte sich durch seine ständige Forderung nach mehr Mitteln für die Landwirtschaft — und damit für den zivilen Bereich — den Zorn aller derjenigen zugezogen, die Chruschtschow als „Eisenfresser“ zu bezeichnen pflegte. Einige Politbüromitglieder, darunter Ustinow und Romanow, sind dagegen in erster Linie als Repräsentanten des „militärisch-industriellen Komplexes“ anzusehen.

Das Hauptanliegen Podgornyj's und Masurows war ebenso wie bei Kossygin die stärkere Förderung der Konsumgüterindustrie. Alle drei traten außerdem für eine Beibehaltung und Stärkung des föderativen Aufbaus der Sowjetunion ein und standen einer völligen Abkehr von den überkommenen Organisationsformen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung ablehnend gegenüber. Podgornyj war ferner an einer Erweiterung der Kompetenzen der Sowjets interessiert. Er widersetzte sich zugleich den bereits erwähnten Plänen Breschnews für eine Umwandlung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR in einen „Staatsrat“ mit erweiterten Befugnissen. Infolge des hinhaltenden Widerstandes Podgornyj's ist die Veröffentlichung des Entwurfs der neuen Bundesverfassung der UdSSR immer wieder hinausgezögert worden. Erst der Sturz von Podgornyj auf dem Mai-Plenum 1977 ermöglichte es Breschnew, im Juni 1977 mit der Veröffentlichung des Entwurfs auch die Nachfolge Podgornyj's als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR anzutreten und damit aufgrund der im

Oktober 1977 angenommenen neuen Bundesverfassung der UdSSR die Stellung eines Staatsoberhauptes (glawa gossudarstwa) zusätzlich zum Generalsekretärsamt zu erringen. Bereits vorher hat er seine Machtbasis durch die Übernahme des Vorsitzes im Verteidigungsrat der UdSSR, seit 1976 im Range eines Marschalls der Sowjetunion, weiter verstärken können.

Trotz dieser Machtentfaltung war Breschnew aufgrund seiner sich seit 1975 verschlechternden Gesundheit und seines zunehmenden Alters nicht in der Lage, die von ihm anfangs angestrebte Alleinherrschaft, die in der Logik des hierarchischen Aufbaus eines Einparteiestaates totalitären Typs liegt, zu erringen. Er ist zeitweilig sogar stärker in das „Führerkollektiv“, in dem Suslow als Zweiter ZK-Sekretär und Kossygin als Ministerpräsident die führende Rolle spielten, eingebunden worden. Auch der Machtzuwachs, der mit den personellen Veränderungen im Staatsapparat nach dem Ausscheiden Kossygin's, der im Dezember 1980 verstorben ist, verbunden war, hatte die Schranken, die seiner Machtstellung aufgrund des Prinzips der „kollektiven Führung“ gesetzt sind, nicht beseitigt.

Das „kollektive Führungsprinzip“, das ein bestimmtes Machtgleichgewicht in der obersten Partei- und Staatsführung voraussetzt, ist trotz aller gegenteiligen Tendenzen das bestimmende Grundprinzip des sowjetischen Regierungssystems unter Breschnew geblieben. Für die Breschnew-Ära ist dabei die eigenartige Verbindung von „kollektiver Führung“ in der Sache und einer Art Einmännerherrschaft im Ritual ein besonders charakteristisches Merkmal gewesen. Eine solche Kombination, bei dem das oligarchische Element gegenüber dem monokratischen überwiegt, kann nur funktionieren, wenn das Gleichgewicht nicht nur im „Führerkollektiv“, sondern auch zwischen den einzelnen Herrschaftsinstitutionen gewährleistet ist. Ein solches Gleichgewicht setzt außerdem in der Führungsspitze eine vom Generalsekretärsamt gesonderte Besetzung der beiden wichtigsten Staatsämter, des Ministerpräsidenten und des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, voraus. Nach dem Tode Breschnews hat es sich gezeigt, daß es im derzeitigen Politbüro, das faktisch eine Koalition verschiedener Gruppierungen darstellt, schwierig ist, einen Konsens in dieser zentralen Frage herbeizuführen. Solange dieser Konsens nicht erzielt ist, werden sich, ebenso wie am Ausgang der Breschnew-Ära, Perso-

nalentscheidungen, die das bestehende Kräftegleichgewicht in der einen oder anderen Richtung verändern könnten, als äußerst schwierig erweisen. Aber auch Entscheidungen in Sachfragen werden in strittigen Fällen weiterhin nur schwer zu erreichen sein, wenn sie sich nachteilig auf die Machtstellung des einen oder anderen Oligarchen und die von ihnen repräsentierten Institutionen auswirken könnten.

2. Wandlungen in der Verfassungs- und Rechtsordnung

Mit dem Namen Breschnew ist die neue Bundesverfassung der UdSSR verbunden³⁾. Es ist die dritte nach den Bundesverfassungen von 1923/24 und 1936. Eine Verfassungsreform ist von Chruschtschow bereits auf dem XXI. Parteikongreß der KPdSU im Januar 1959 angekündigt worden. Nach dem Parteikongreß setzte er sich für eine völlig neue Bundesverfassung ein, die nicht nur die zahlreichen Wandlungen, denen die Sowjetunion seit der Stalin-Ära unterworfen war, widerspiegeln, sondern auch die Perspektiven der künftigen Entwicklung im innen- und außenpolitischen Bereich aufzeigen sollte. In ihr sollte die Gesellschaft neben dem Staat stärker berücksichtigt werden. Von der gleichen Konzeption ist auch Breschnew ausgegangen, nachdem er 1964 als Nachfolger Chruschtschows Vorsitzender der 1962 errichteten Verfassungskommission geworden war. Insgesamt hat es fünfzehn Jahre gedauert, bis das Projekt der neuen Unionsverfassung verwirklicht werden konnte. Erst am 24. Mai 1977 gelang es Breschnew, die Zustimmung des Zentralkomitees zum Verfassungsentwurf zu erreichen, die mit dem gleichzeitigen Ausscheiden Podgornyjs aus dem Politbüro verbunden war. Nach einer gelenkten Volksdiskussion von vier Monaten ist der am 4. Juni 1977 veröffentlichte Verfassungsentwurf mit geringfügigen Änderungen vom ZK-Plenum am 3. Oktober 1977 gebilligt und vom Ober-

sten Sowjet der UdSSR am 7. Oktober 1977 verabschiedet worden. Von der ursprünglichen Absicht, die neue Unionsverfassung auf dem Wege des Referendums anzunehmen, wurde abgesehen. Offenbar erschien ein solcher Volksentscheid der Kreml-Führung zu riskant.

Die neue Bundesverfassung der UdSSR ist mit einer Präambel und 174 Artikeln umfangreicher als die „Stalinsche Verfassung“ von 1936 (146 Artikel, keine Präambel). Die Präambel ist in starkem Maße programmatischer Natur und erfüllt eine ideologisch-propagandistische Funktion. Soweit die einzelnen Bestimmungen, die sich auch auf die Außenpolitik und Verteidigung beziehen, einen normativen Charakter aufweisen, lassen sie zwei abweichende Entwicklungstendenzen erkennen. Auf der einen Seite wird die diktatorische Einparteiherrschaft, die in der neuen Verfassung sehr viel klarer zum Ausdruck kommt, gestärkt. Die KPdSU wird nicht nur als die „führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft“, sondern auch als „Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“ bezeichnet (Art. 6). Sie legt nicht nur die Entwicklung der Gesellschaft, die als die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ charakterisiert wird, fest, sondern auch „die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR“, d. h. des Staates. Auf der anderen Seite lassen sich in dem wesentlich erweiterten Grundrechtsteil und in der Betonung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ Ansätze zu einer rechtsstaatlichen Entwicklung erkennen. Es fehlt allerdings weiterhin eine Reihe wichtiger Grundrechte (Freizügigkeit, Streikrecht usw.). Außerdem ist die Anwendung der Grundrechte — unabhängig von der ideologisch bedingten abweichenden Menschenrechtskonzeption — durch eine Reihe zusätzlicher Bestimmungen (Art. 39 II, Art. 62 I) erschwert worden. Eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit und eine Verfassungsgerichtsbarkeit ist weiterhin nicht vorhanden.

Die neue Unionsverfassung ist zur Volksstaatslehre Chruschtschows zurückgekehrt. Infolgedessen wird der Sowjetstaat als „sozialistischer Staat des gesamten Volkes“ charakterisiert. Damit ist eine Modifizierung des bisherigen Rätessystems, das in der neuen Verfassung ausführlicher behandelt wird, verbunden gewesen. Der „demokratische Zentralismus“ wird jetzt auch als bestimmendes Organisationsprinzip des Staates besonders hervorgehoben. Zugleich wird die Intelligenz als

³⁾ Zur neuen Bundesverfassung der UdSSR und zur Verfassungsentwicklung unter Breschnew vor der Annahme der Unionsverfassung vgl. B. Meissner, Die Verfassungsentwicklung der Sowjetunion seit dem Tode Stalins, in: Jb. d. öff. Rechts der Gegenwart N. F., Bd. 22, 1973, S. 167 ff., 184 ff., 198 ff.; ders., Die neue Bundesverfassung der UdSSR, ebenda, Bd. 27, 1978, S. 321—430, Verfassungstext, ebenda, S. 431—451, vgl. ferner das Sonderheft „Die neue Verfassung der UdSSR“, „Osteuropa-Recht“, 1—2/1978; A. L. Unger, Constitutional Development in the USSR, London 1981.

soziale Gruppe gleichberechtigt neben den Arbeitern und Bauern aufgeführt. Eine Stärkung der Sowjetdemokratie durch Erwähnung konkreter Partizipationsmöglichkeiten ist nicht festzustellen. Der Begriff des einheitlichen „Sowjetvolks“ und die Formel von der „Annäherung der Nationen“ läßt erkennen, daß die Verfassung von einer Fortsetzung des Assimilationsprozesses im sowjetischen Vielvölkerstaat ausgeht. Der förderative Aufbau hat sich nicht verändert, dagegen ist der Sowjetföderalismus durch eine Kompetenzerweiterung des Bundes im Verhältnis zu den Unionsrepubliken geschwächt worden.

Die neue Verfassung läßt erkennen, daß die Bemühungen, die Stellung des Obersten Sowjets der UdSSR gegenüber seinem Präsidium zu stärken, gescheitert sind. Gleichzeitig hat im Verhältnis der beiden höchsten Exekutivorgane eine Gewichtsverlagerung auf Kosten des Ministerrates stattgefunden, ohne daß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, wie es Breschnew angestrebt hat, in einen „Staatsrat“ umbenannt worden ist. Das Präsidium des Ministerrates der UdSSR ebenso wie der Verteidigungsrat der UdSSR haben erstmals in der Verfassung eine Erwähnung gefunden. Die zentrale Planung bezieht sich jetzt nicht nur auf den wirtschaftlichen, sondern auch auf den gesellschaftlichen Bereich. Das vertikale Leistungssystem der Ministerien ist erhalten geblieben. Die einzelnen Ministerien und staatlichen Komitees werden nunmehr im Ministerratsgesetz und nicht in der Verfassung aufgeführt. Im Abschnitt über die Rechtsprechung, Wirtschaftsarbitrage und staatsanwaltschaftliche Aufsicht ist die Rechtslage, wie sie sich im Verlauf der Entwicklung seit dem Tode Stalins ergeben hat, mit geringfügigen Änderungen festgehalten worden.

II. Die Innenpolitik unter Breschnew

1. Grundlinien der innenpolitischen Entwicklung²⁾

Die sowjetische Innenpolitik unter Breschnew ist durch gegensätzliche Tendenzen bestimmt gewesen. Auf der einen Seite fand in Verbindung mit einer Teilaufwertung Stalins eine weitgehende Rückkehr zu organisatorischen Formen statt, die für sein Regierungssystem charakteristisch gewesen sind. Auf der anderen Seite wurden Reformmaßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft getroffen, die über Chruschtschow hinausführ-

In politischer Hinsicht wichtiger ist teilweise die Annahme einer Reihe von Normativakten gewesen, die in der neuen Unionsverfassung angekündigt worden waren und bestimmte Verfassungsnormen ergänzen und ausfüllen sollten⁴⁾. Außerdem bestand die Notwendigkeit, die bestehende Rechtsordnung auf der Ebene des Bundes und der Gliedrepubliken an die Verfassungsgesetzgebung anzupassen. Ferner ist die Kodifizierung fortgesetzt worden.

Die Verfassungsgesetzgebung und der Ausbau der Rechtsordnung erwecken den Eindruck, als ob die Kreml-Führung dabei sei, dem Recht eine dominierende Rolle im Sowjetsystem zu geben. Sicher ist von ihr erkannt worden, daß dem Recht bei der Regelung sozialer Lebensvorgänge und der Festigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung durch größere Berechenbarkeit eine wesentliche Funktion zukommt. Andererseits bestehen die Unzulänglichkeiten der Rechtsordnung, zu denen vor allem die fehlende Unabhängigkeit der Justiz und eine Gesetzmäßigkeit der Verwaltung gehören, weiter fort. Zusammen mit den rechtswidrigen Maßnahmen bei der Verfolgung von Dissidenten und Regimekritikern lassen sie erkennen, daß es sich bei diesem Bestreben um den Bau eines in mancherlei Hinsicht unzulänglichen positivistischen „Gesetzesstaates“ und nicht eines Rechtsstaates handelt, der in der Lage wäre, dem einzelnen sowjetischen Bürger die verfassungsmäßig verbürgten Rechte zu sichern und der politischen Willkür Schranken zu setzen. Trotzdem kann diese rege Gesetzgebungstätigkeit als eine wesentliche Errungenschaft der Breschnew-Ära betrachtet werden. Sie hat die Rechtssicherheit erhöht und hat das schwach entwickelte Rechtsbewußtsein gestärkt.

ten. Dies galt vor allem für die Reform der Industrieleitung und des Planungssystems

⁴⁾ Zu den einzelnen Gesetzgebungsakten vgl. O. Luchterhandt, Die Gesetzgebungsreform in der UdSSR seit 1977, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 23/1981. Vgl. hierzu auch G. Brunner, Die neue Sowjetverfassung und ihre Auswirkungen auf die Rechtsordnung, in: Die Sowjetunion heute. Innenpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin 1981, S. 37 ff.

²⁾ Zur innenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion unter Breschnew vgl. die laufende Berichterstattung des Verfassers in „Osteuropa“ und seine

aufgrund der Beschlüsse des September-Plenums 1965, die in der Ordnung über den sozialistischen staatlichen Produktionsbetrieb und in der Industriebetriebsordnung vom 4. Oktober 1965 ihren Niederschlag fand. Weniger weitreichend in organisatorischer Hinsicht waren die Maßnahmen, die auf dem ZK-Plenum im März 1965 zur Förderung der Landwirtschaft beschlossen wurden und am 27. November 1969 zur Annahme eines nur geringfügig geänderten neuen Kolchosstatuts führen sollten.

Der veränderte Führungsstil und die Akzentverschiebungen, die sich infolge dieser widersprüchlichen Entwicklung in der Sowjetpolitik bemerkbar machten, trugen zwar äußerlich die Merkmale einer „Entchruschtschowisierung“, bedeuteten aber zunächst keine entscheidende Abkehr von dem System, wie es sich nach dem Tode Stalins in der Sowjetunion herausgebildet hatte. Auch der Chruschtschowismus war durch das ständige Schwanken zwischen einer harten und einer weichen Linie und durch den Versuch gekennzeichnet, die Kräfte des Wandels und der Beharrung gegeneinander auszubalancieren. Auch unter Chruschtschow machten sich neostalinistische Tendenzen bemerkbar.

Unter Breschnew haben sich aber diese Tendenzen noch weiter verstärkt. Die Entstalinisierung ist auf dem XXIII. Parteikongreß der KPdSU nicht zurückgenommen worden. Bei der Stärke der gesellschaftlichen Kräfte, die an ihr interessiert sind, ließ sie sich gar nicht rückgängig machen. Sie ist aber fühlbar eingedämmt worden.

Die auf dem XXIII. Parteikongreß angenommene Generallinie bildete einen eigenartigen Versuch, auf wirtschaftlichem Gebiet den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft stärker Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber auf ideologischem und kulturellem Gebiet die Zügel straffer anzuziehen.

Beiträge in „Europa-Archiv“ und „Die Sowjetunion heute“, Berlin 1981, S. 10ff.; vgl. ferner H. Brahm, H.-H. Höhmann, Chr. Meier, Sowjetische Politik heute. Probleme und Alternativen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/78; H. Brahm, Beharrung und Veränderung in der sowjetischen Innenpolitik, ebenda, B 48/81, S. 11ff.; S. Bialer, Stalin's Successors. Leadership, Stability and Change in the Soviet Union, Cambridge, Mass. 1980; S. Bialer, Th. Gustafson (Hrsg.), Russia at the Crossroads, London 1982. Hinzuweisen ist auch auf die Analysen in den Jahrbüchern über die Sowjetunion, die vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, herausgegeben werden.

Dem ersten Zweck diente die begrenzte Wirtschaftsreform, die mit dem Namen Kossygin verbunden war und im Herbst 1965 in Angriff genommen wurde. Sie verband die zentralisierte Leitung und Planung mit einer größeren Selbständigkeit der staatseigenen Betriebe, die in Produktionsvereinigungen zusammengefaßt wurden.

Die Planung orientierte sich jetzt am Absatzvolumen und der Rentabilität und damit am Gewinn und nicht allein an der Bruttoproduktion. Sie erfolgte in der Konsumgüterindustrie und einigen anderen Wirtschaftszweigen auf der Grundlage der eingehenden Aufträge der Geschäfte und Handelsorganisationen. Dadurch wurde im Sinne der Vorschläge, die vom Volkswirt Professor Liberman unter Chruschtschow gemacht worden waren, eine bessere Abstimmung von Bedarf und Produktion ermöglicht.

Die Wirtschaftsreform, durch welche den Betrieben eine begrenzte Autonomie zugestanden wurde, ist seit 1968 durch eine Reform der örtlichen Sowjets ergänzt worden, deren Befugnisse vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet erweitert wurden. Auf der anderen Seite machte sich in der Staatsverwaltung eine verstärkte Zentralisierung auf Kosten der Rechte der Unionsrepubliken bemerkbar. Sie führte zur Wiederherstellung des Ministeriums für Innere Angelegenheiten (MWD), das wie in den Zeiten Stalins vorwiegend ein Polizeiministerium darstellt, und des Justizministeriums sowie zur Errichtung eines Bildungsministeriums auf der Bundesebene. Wesentlich zugenommen hat die Zahl der Ständigen Ausschüsse des Obersten Sowjets der UdSSR. Die Bedeutung des Obersten Sowjets der UdSSR ist dadurch nicht gestiegen, da das „Sowjetparlament“ in einigen Jahren noch seltener einberufen worden ist als unter Chruschtschow.

In der Kulturpolitik machte sich bereits vor dem XXIII. Parteikongreß die Tendenz zu einer verstärkten ideologischen Indoktrination bemerkbar. Die Literatenprozesse in Moskau und die strafrechtliche Verfolgung von rebellischen Intelligenzlern in Leningrad und anderen Teilen des Landes zeigten, daß die Nachfolger Chruschtschows auch vor der Anwendung von terroristischen Mitteln gegenüber „Dissidenten“ nicht zurückschreckten.

Die Verstärkung des repressiven Charakters des diktatorischen Herrschaftssystems hat in Verbindung mit einer verschärften Kriminal-

politik wesentlich zur Herausbildung einer „demokratischen Opposition“ in der sowjetischen Intelligenz beigetragen. Aus ihren Schriften, die im „Samisdat“ (Selbstverlag) erschienen, ging hervor, daß sie größtenteils eine Änderung und nicht nur eine Verbesserung des bestehenden Systems anstrebten.

Die innere Lage der Sowjetunion ist seit der militärischen Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968 durch zunehmende restaurative Tendenzen bestimmt gewesen. Auf der anderen Seite ist auf dem XXIV. Parteikongreß der KPdSU 1971 das Bestreben der Kreml-Führung sichtbar geworden, die „Neue-Kurs“-Politik Malenkows, die auch von Chruschtschow kurz vor seinem Sturz verfolgt wurde, in vorsichtiger Form und unter Umsetzung der Erkenntnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution wieder aufzunehmen. Die Hebung des Lebensstandards durch stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie stand im Mittelpunkt des 9. Fünfjahrplans 1971—1975, der später zugunsten der Schwerindustrie wesentlich modifiziert wurde. Besonderer Nachdruck wurde von Breschnew im ZK-Bericht auf eine schnelle Umsetzung der Erkenntnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution gelegt. Er forderte, den wissenschaftlich-technischen Neuheiten nachzugehen, „statt vor ihnen zurückzuschrecken — bildhaft gesprochen — wie der Teufel vor dem Weihwasser“.

Der XXIV. Parteikongreß war auch in ideologischer Hinsicht bemerkenswert. Auf ihm wurde von Breschnew die These von dem einheitlichen Sowjetvolk als einer „neuen historischen Menschengemeinschaft“ verkündet. Nach dem Parteitag ist die Theorie von der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ aufgestellt worden, wobei Vorstellungen, die in der DDR unter Ulbricht entwickelt worden waren, in weitgehendem Maße rezipiert wurden.

Seit 1974 sollte sich im „Führerkollektiv“ zunehmend ein Dissens in einer Reihe von wichtigen Sachfragen bemerkbar machen. Bereits auf dem XXIV. Parteikongreß 1971 konnten wesentliche Unterschiede zwischen den wirtschaftspolitischen Auffassungen Breschnews und Kossygins festgestellt werden. Während Kossygin, unterstützt von Podgornyj, im Einklang mit der auf dem XXIV. Parteikongreß angenommenen Generallinie für eine stärkere Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie eintrat, bekämpfte Breschnew die zunehmende „Konsumenten-

einstellung“ in der sowjetischen Bevölkerung. Nach einigem Schwanken sprach er sich für eine stärkere Konzentration in der sowjetischen Wirtschaft auf einem niedrigeren Anspruchsniveau, unter Betonung des Vorranges der Schwerindustrie, aus. Kossygin war weiterhin gegen eine zu starke Begrenzung von neuen Investitionen in der Industrie und damit gegen eine zu weitgehende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Er hielt auch an der stärkeren Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie fest.

Im Verlauf des Jahres 1975 war eine Annäherung Kossygins an den Standpunkt Breschnews festzustellen, die aus den Richtlinien zum Fünfjahrplan 1976—1980, die vom XXV. Parteikongreß 1976 angenommen wurden, zu ersehen war. Dagegen war eine Einigung in der Frage der Reorganisation der Wirtschaftsverwaltung, bei der Kossygin ebenfalls durch Podgornyj unterstützt wurde, nicht zu erreichen.

Zur gleichen Zeit ist die Aufrüstung, mit der bereits im Frühjahr 1965 begonnen wurde, wesentlich beschleunigt worden. Mit ihr verbunden war eine zunehmende innenpolitische Verhärtung, die zu einer verschärften Auseinandersetzung mit der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung und den nach größerer Autonomie strebenden nichtrussischen Nationalitäten führte. Eine zeitweilige Auflockerung war mit der Diskussion um die neue Unionsverfassung, die im Oktober 1977 angenommen wurde, verbunden.

Die Bemühungen Kossygins, durch begrenzte Reformmaßnahmen den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu begegnen, hatten nur geringen Erfolg. Die im Juni 1979 beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Planung bedeuteten keine Abkehr von der zentralen Verwaltungswirtschaft. Sie bezweckten hauptsächlich, den Qualitätsgesichtspunkten gegenüber reinen Mengenkriterien den Vorzug zu geben, die Effektivität der Investitionen und des Planungssystems zu verbessern und das Prämiensystem leistungsbezogener zu gestalten.

Die bewaffnete Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 führte zu einer weiteren innenpolitischen Verhärtung, die in der Verbannung des Friedensnobelpreisträgers Professor Sacharow nach Gorkij deutlich zum Ausdruck kam. Die repressiven Maßnahmen gegen alle Oppositionellen wurden verstärkt. Der XXVI. Parteikongreß 1981, auf dem die Richtlinien für den Fünfjahrplan 1981—1985

angenommen wurden, ließ neben den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch die Zeichen einer zunehmenden Strukturkrise, die in den Schwächen des bestehenden Einparteiensystems begründet ist, erkennen.

Es zeigte sich immer deutlicher, daß die innenpolitische Entwicklung unter Breschnew zu zahlreichen Widersprüchen geführt hat, die zu dieser Verschärfung beigetragen haben. Auf der einen Seite ist im Sinne der innenpolitischen Zielsetzung am Ausgang der Chruschtschow-Ära eine Hebung des Lebensstandards durch eine stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft und zeitweilig auch der Konsumgüterindustrie angestrebt worden. Ein neuer Anlauf in dieser Richtung ist auf dem XXVI. Parteikongreß unternommen worden. Auf der anderen Seite ist die Aufrüstung forciert worden, die eine stärkere Berücksichtigung der Schwer- und Rüstungsindustrie erforderte. Im Ergebnis ist der Lebensstandard nur in einem geringen Umfang angehoben und sind die Möglichkeiten für eine Modernisierung der Wirtschaft nur in begrenztem Maße wahrgenommen worden.

Ein weiterer Widerspruch hat sich aus der Bereitschaft der Kremlführung ergeben, den Bedürfnissen der Bevölkerung auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet stärker Rechnung zu tragen, andererseits die Zügel auf ideologischem und kulturellem Gebiet straffer anzuziehen. Ein wesentliches Motiv dieser innenpolitischen Verhärtung ist darin zu sehen, daß das bestehende diktatorische System gegenüber unerwünschten Einflüssen der Entspannung, die für die weitere Modernisierung des Landes wichtig ist, in ideologischer Hinsicht abgeschirmt werden sollte.

Weitere Widersprüche bestehen zwischen den Bemühungen um den Aufbau eines „Gesetzesstaates“ und den rigorosen kriminalpolitischen Maßnahmen gegen Regimekritiker, den verstärkten Zentralisierungs- und Russifizierungstendenzen und den in Intensität zunehmenden Emanzipationsbestrebungen einzelner sozialer Gruppen und der nicht-russischen Nationalitäten.

Im Ergebnis ist der totalitäre Charakter der Einparteiherrschaft verstärkt und damit die Anpassung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung an die Anforderungen einer vollentwickelten Industriegesellschaft wesentlich gehemmt worden. Die innenpolitischen Schwierigkeiten, die aus dieser Lage entstanden, sind durch Probleme, die sich aus

einer expansiven Außenpolitik ergaben, vergrößert worden. Das Überengagement, das durch die verstärkte Weltmachtspolitik bedingt ist, bedeutet für die sowjetische Wirtschaft eine wachsende Belastung. Das afghanische Abenteuer ebenso wie die Maßnahmen zur Sicherung der Vormachtkontrolle gegenüber den Autonomiebestrebungen der ostmitteleuropäischen Länder erweisen sich als wesentliche Hindernisse, die Modernisierung der Sowjetunion durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West zu fördern. Die anhaltende Krise in Polen und die dadurch bedingte komplizierte Lage wirkt sich negativ im gesamten RGW-System aus, behindert die Integrationsbestrebungen in Osteuropa und bedeutet auch in innenpolitischer Hinsicht eine zusätzliche Herausforderung.

2. Die Wachstumsschwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft⁶⁾

Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion ist seit einiger Zeit durch zunehmende Wachstumsschwierigkeiten gekennzeichnet. Der angestrebte Übergang von einem extensiven zu einem intensiven Wachstum und damit zu größerer Effizienz und Qualität, der mit dem 10. Fünfjahrplan 1976–1980 angestrebt wurde, ließ sich nicht erreichen. Der Rückgang der Wachstumsrate machte sich in mehreren Bereichen der Schwerindustrie und der Konsumgüterindustrie bemerkbar. Der Versuch, gedrosseltes Investitionswachstum durch Steigerung der Produktivität auszugleichen, gelang nicht, da die notwendigen Anreize für eine Erhöhung der Arbeitsprodukti-

⁶⁾ Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft unter Breschnew vgl. H.-H. Höhmann, Der verstärkte Koloß. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsreformpolitik der UdSSR in der Ära Breschnew, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48/81, S. 23 ff.; ders., *Sowjetische Wirtschaft 1981/82: Wirtschaftslage, Stand des 11. Fünfjahresplans, Entwicklungsperspektiven, alternative Modelle der Wirtschaftspolitik*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 32/1982; ders., *Sowjetische Wirtschaft seit 1979 — Zwischentief oder Dauerkrise. Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 30—31/1982; ders., *Sowjetische Wirtschaft am Ende der Ära Breschnew: Bilanz und Ausblick*, ebenda, 33/1982. Vgl. ferner die Analysen von P. Knirsch in den Parteitags-Sonderheften von „Osteuropa“ und seinen Beitrag in: *Die Sowjetunion heute*, a. a. O., S. 53 ff.; G. Grossmann, *An Economy at Middle Age, Problems of Communism*, March to April 1976, S. 18 ff.; A. Bergson, *Soviet Economic Slowdown and the 1981—85 Plan, Problems of Communism*, May—June 1981, S. 24 ff.

vität fehlten. Hinzu kam die schwierige Lage in der Landwirtschaft, die hauptsächlich durch drei schlechte Ernten bewirkt wurde und vor allem bei Fleischprodukten zu zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten geführt hat.

Das Wachstum des Nationaleinkommens hat sich von einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 7,7 Prozent 1966–1970 bis 1982 nach sowjetischen Angaben auf 2,6 Prozent verringert. Tatsächlich dürfte die bereinigte Zuwachsrate 1982 nur etwa die Hälfte betragen haben. Die weitere Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums mit der Tendenz zum Nullwachstum in einzelnen Wirtschaftsbereichen hält weiter an. Diese Entwicklung wurde durch die bisherigen Ergebnisse für 1982 bestätigt. Die Industrieproduktion ist nur um 2,8 Prozent gewachsen, während der Jahresplan eine Zunahme von 4,7 Prozent vorsah.

Breschnew ist auf den Plenartagungen des Zentralkomitees in den letzten Jahren immer wieder auf die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten eingegangen.

Die schlechte Ernte 1981, über die keine sowjetischen Angaben vorliegen, hat schätzungsweise ein Ergebnis von 165 Mio. t Getreide erbracht und die Sowjetunion gezwungen, etwa 45 Mio. t Getreide und Futtermittel hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten einzuführen. Diese Notwendigkeit hat sich auch in Verbindung mit der Ernte 1982, die nur wenig besser war, ergeben.

Die Disproportionen zwischen der Schwerindustrie einerseits, der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft andererseits haben sich aufgrund dieser Entwicklung weiter vergrößert. Der Mangel an Arbeitskräften und Kapital sowie Engpässe bei der Infrastruktur und den Ressourcen sind geblieben. Hinzu kommen die Inflationsprobleme und die zunehmende Belastung durch die Kosten, die sich aus der regionalen und sektoralen Umstrukturierung der Wirtschaft und den Hilfeleistungen an Polen ergeben.

Breschnew bezeichnete auf dem XXVI. Parteikongreß „Unzulänglichkeiten in der Planung und Leitung“, „Erscheinungen der Mißwirtschaft“, verbunden mit „Disziplinarverstößen“, und eine „Trägheit“, die durch die traditionelle Orientierung an der Quantität und nicht der Qualität bewirkt wird, als die Hauptgründe für die Schwierigkeiten und Mängel der sowjetischen Wirtschaft.

Von dem 11. Fünfjahrplan 1981–1985, der mit Bestätigung der Richtlinien durch den Parteikongreß angelaufen ist, kann eine Besserung kaum erwartet werden. Obgleich die Planziele des neuen Fünfjahrplans der schwierigen Lage angepaßt worden sind, lassen die bisher vorliegenden Ergebnisse erkennen, daß sie in den meisten Fällen nicht erreicht werden können. Daher wird die Kremflührung dem als vorrangig bezeichneten Ziel einer Hebung des Lebensstandards, der weiterhin sehr niedrig ist, kaum wesentlich näher kommen, solange sie an der Grundstruktur einer zentralen Planwirtschaft festhält und die Aufrüstung im bisherigen Tempo fortsetzt.

Die von Breschnew und dem Ministerpräsidenten Tichonow auf dem XXVI. Parteikongreß genannten Entwicklungsprojekte erfordern einen erhöhten Einsatz von Kapital, das in diesem Umfang in der Sowjetunion nicht vorhanden ist und das sie daher teilweise im Ausland, wie beim Erdgas-Röhren-Geschäft, zu beschaffen versucht.

Die komplizierte Lage der sowjetischen Wirtschaft wird durch die bereits erwähnten wirtschaftlichen Auswirkungen der polnischen Krise, die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der anderen RGW-Staaten und die ungünstige Entwicklung der „terms of trade“ in jüngster Zeit verstärkt. Eine Verschlechterung der sowjetischen Zahlungsbilanz ist mit einer verstärkten Beanspruchung der begrenzten Gold- und Devisenbestände der Sowjetunion, die bereits zum Ankauf von Getreide und für die Hilfeleistungen an Polen stärker herangezogen werden mußten, verbunden gewesen.

Ohne eine wesentliche Verringerung der Rüstungslast und eine tiefgehende Wirtschaftsreform, die vom Vorrang der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft gegenüber der Schwer- und Rüstungsindustrie ausgeht, werden sich die Wachstumsschwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft nicht überwinden lassen. Das eine setzt die Bereitschaft zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, das andere einen entscheidenden Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik im Sinne einer „Neuen Ökonomischen Politik“ in veränderter Form voraus. In dem einen Fall liegen in den bisherigen sowjetischen Vorschlägen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die noch unter Breschnew beschlossen wurden, nur Ansätze für die Möglichkeit einer Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten vor. In dem anderen Fall ist in der Rede Andropows vom

22. November 1982 die Bereitschaft, bei einer künftigen Wirtschaftsreform die Erfahrungen der ostmitteleuropäischen Volksdemokratien zu berücksichtigen, deutlich zum Ausdruck gekommen. Das Interesse Andropows an dem ihm bekannten ungarischen Reformmodell ist bekannt. Die Frage ist lediglich, ob er die Kraft haben wird, eine Wirtschaftsreform durchzuführen, die über die begrenzten Reformmaßnahmen, die von Kossygin verwirklicht werden konnten, wesentlich hinausführt.

3. Tiefgreifende Wandlungen der Gesellschaftsstruktur⁷⁾

Die innenpolitischen Schwierigkeiten der Sowjetunion, die seit dem XXVI. Parteikongreß weiter zugenommen haben, sind nicht nur wirtschaftlicher Natur. Sie sind hauptsächlich dadurch bedingt, daß das bestehende Einparteiensystem, bei dem die totalitären Wesenszüge überwiegen, aufgrund seiner zentralistisch-bürokratischen Herrschaftsstruktur weder in der Lage ist, den Modernisierungsprozeß wesentlich voranzutreiben, noch zu einer zufriedenstellenden Lösung der für die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft maßgebenden Probleme beizutragen. Diese ergeben sich einerseits aus den früher geschilderten Widersprüchen, andererseits aus den Auswirkungen tiefgehender gesellschaftlicher Veränderungen.

Von Breschnew ist auf dem XXVI. Parteikongreß behauptet worden, daß in den siebziger Jahren „eine weitere Annäherung aller Klassen und sozialen Gruppen der sowjetischen Gesellschaft“ erfolgt sei. Er begründete diese These mit bestimmten Tendenzen, die bei der Entwicklung der beiden „Klassen“ der Arbeiter und Kolchosbauern und der „sozialen

Gruppe“ der Intelligenz festzustellen seien. Durch eine Bezugnahme auf die ideologisch bedingte formale Einteilung der sowjetischen Gesellschaft in drei soziale Großgruppen lassen sich die tatsächlichen sozialen Strukturveränderungen, die sich in der Breschnew-Ära vollzogen haben, nicht erfassen. Der Annäherungsprozeß zwischen den Großgruppen ist nur geringfügig gewesen. Dagegen hat sich die soziale Differenzierung in der gesamten sowjetischen Gesellschaft und ihren einzelnen Teilgruppen weiter verstärkt. Diese Entwicklung ist durch die Fortführung des Verstärkungsprozesses, die territoriale Ausdehnung der Industrialisierung, die den asiatischen Bereich der Sowjetunion stärker erfaßt hat, und durch eine weitere Erhöhung des Bildungsstandes der Bevölkerung wesentlich gefördert worden. Von 1965 bis 1981 hat sich die Stadtbevölkerung in der Sowjetunion von 120,7 Millionen (52 Prozent) auf 171,6 Millionen (64 Prozent) erhöht. Die Landbevölkerung hat sich dagegen von 108,9 Millionen (47 Prozent) auf 97,2 Millionen (36 Prozent) vermindert. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist verglichen mit den westlichen Industrieländern weiterhin sehr hoch (1977 21,8 Prozent gegenüber 2–12 Prozent).

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten hat sich in der gleichen Zeit von 76,9 auf 112,5 Millionen vergrößert, wobei der Anteil der Angestellten von 27,3 auf 30 Prozent zunahm. Es ist bemerkenswert, daß die erwerbstätigen Spezialisten mit Hochschul- und mittlerer Fachschulbildung, d. h. die Intelligenz, die überwiegend einen Angestelltenstatus besitzt, 1965 noch 15,7 Prozent, 1980 dagegen bereits 25,4 Prozent ausmachte.

Bei der Intelligenz, die auch Intellektuelle umfaßt, die keine „Spezialisten“ sind, ist zwischen den beiden Teilgruppen der technischen und der wissenschaftlich-kulturellen Intelligenz, die in der Sowjetunion auch „schöpferische Intelligenz“ genannt wird, zu unterscheiden. In beiden Teilgruppen, in denen sich der Anteil der Hochschulabsolventen erhöht hat, ist eine zunehmende Differenzierung festzustellen. Das gleiche ist in der Arbeiterschaft und im geringeren Maße in der Kolchosbauernschaft der Fall. Sie hat nicht nur die sozialen Unterschiede zwischen Hochschul- und Fachschulabsolventen, sondern auch zwischen den hochqualifizierten Arbeitern und der Masse der Arbeiterschaft vergrößert. Diese Entwicklung hat nicht, wie Breschnew behauptete, die „führende Rolle der Arbeiterklasse“ gefestigt, wohl aber zur

⁷⁾ Vgl. B. Meissner, Die Wandlungen der Sowjetgesellschaft, in: 60 Jahre Sowjet-Rußland, Hannover 1977, S. 36 ff.; ders., Die besonderen Wesenszüge der sowjetischen Bürokratie und die Wandlungsmöglichkeiten des Einparteiensystems, in: B. Meissner, G. Brunner, R. Löwenthal (Hrsg.), Einparteiensystem und bürokratische Herrschaft, Köln 1978, S. 81 ff.; Zur Sozialstruktur der Industriearbeiter vgl. die Monographie von W. Teckenberg, der Kolchosbauern und Landarbeiter die Arbeiten von K.-E. Wädekin; vgl. ferner die Abschnitte Soviet Society & Marxist Sociology, in: Survey, Summer 1973; Soviet Society in Flux, Problems of Communism, November—December 1974. Die Zahlenangaben ab 1980 sind den statistischen Jahrbüchern der Sowjetunion — SSSR v ciffrach — entnommen. Zum Wandel der Sozialstruktur der KPdSU vgl. die Analysen des Verfassers in „Osteuropa“.

Verfestigung des sozialen Vorranges der akademisch gebildeten Teile der Intelligenz und einer bereits in Ansätzen vorhandenen „Arbeiteraristokratie“ geführt. Neben einer Oberschicht, der nicht nur Teile der verschiedenen Machteliten angehören, sind somit diejenigen Mittelschichten besonders zu beachten, die allmählich zu einem Mittelstand, zu einer Art „Staatsbourgeoisie“ verwachsen.

Nicht überraschend war, daß von Breschnew auf dem XXVI. Parteikongreß bei der Betrachtung der sozialen Struktur der Gesamtbevölkerung und der Partei die „führende Rolle“ der Bürokratie als einer besonderen sozialen Großgruppe verschwiegen wurde. Die Bürokratie überschneidet sich mit der Intelligenz, deckt sich aber nicht mit ihr. Diese Feststellung gilt auch für die an der Macht befindliche politisch-administrative Bürokratie, die der Parteienomenklatur unterliegt und sich bisher überwiegend aus der technischen Intelligenz rekrutierte. Ihre Oberschicht, die man als eine Hochbürokratie bezeichnen kann, ist es, welche die eigentliche Herrschaft ausübt. In ihren Händen liegt das von der KPdSU in Anspruch genommene Macht-, Organisations- und Informationsmonopol. Die Wirtschaftsmanager und die Prestigeelite — bestehend aus Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern, als Spitzengruppen der technischen und wissenschaftlich-kulturellen Intelligenz — üben, soweit sie nicht Herrschaftspositionen einnehmen, nur einen geringen Einfluß auf die Gestaltung der Politik aus. Die herrschende Hochbürokratie ist in der Breschnew-Ära im zunehmenden Maße mit den Spezialisten mit Hochschulbildung verwachsen, wobei sie sich weiterhin hauptsächlich aus der technischen Intelligenz rekrutiert.

Auch in der Bürokratie ist eine zunehmende Differenzierung festzustellen. Ihre Teilgruppen machen Sonderinteressen geltend. Das ist ebenfalls in der Hochbürokratie der Fall. Es gibt auch „aufgeklärte Bürokraten“, die für die Notwendigkeit von Reformen Verständnis haben.

Die reale soziale Struktur der KPdSU, deren Bestand von 1965 bis 1981 von 11,8 auf 17,5 Millionen angewachsen ist, entspricht diesem differenzierten Charakter der sowjetischen Gesellschaft. Der formalen Klassenstruktur nach überzog 1981 unter den Parteiangehörigen die Angestelltenschaft mit 43,8 Prozent, auch wenn sich der Anteil der Arbeiter auf 43,4 Prozent erhöht hatte. Der Anteil der In-

telligenz war aufgrund der Angaben über den Berufs- und Bildungsstand sehr viel höher. Er hat sich von 34,6 Prozent 1965 auf 53 Prozent 1981 erhöht, d. h., daß über die Hälfte der Parteikommunisten im Sinne des sowjetischen Selbstverständnisses heute zur Intelligenz gehören. Der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Parteiangehörigen hat sich von 1966 bis 1981 von 15,7 Prozent auf 28 Prozent vergrößert. Von einer „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ kann bei der KPdSU rein quantitativ keine Rede sein. Die Zusammensetzung der großen Führungsgremien der Partei (ZK, ZRK) läßt trotz dieses Übergewichts der Intelligenz erkennen, daß die KPdSU in erster Linie als eine Interessenvertretung der herrschenden Hochbürokratie und nicht etwa der beiden anderen Spitzengruppen anzusehen ist. Von den Vollmitgliedern des Zentralkomitees der KPdSU gehörten 1981 83,7 Prozent der Hochbürokratie, 4,1 Prozent den Wirtschaftsmanagern und der Prestigeelite an. 7,2 Prozent entfielen auf die Militärs und 5 Prozent auf die angeblich maßgebenden „Klassen“ der Arbeiter und Bauern.

Mit dem Sturz Chruschtschows ist für die Angehörigen der Hochbürokratie die früher erwähnte berufliche Unsicherheit weggefallen und damit die Effektivität einer „Kontrolle von oben“ wesentlich vermindert worden. Damit ist die für die Breschnew-Ära charakteristische absolute bürokratische Herrschaft entstanden, die zu einer starren Auffassung von Kontinuität und zugleich zu einer zunehmenden Stagnation geführt hat.

Andropow ist sich dieser Lage durchaus bewußt. Offenbar will er durch eine Säuberungsaktion die Hochbürokratie von korrupten und unfähigen Elementen reinigen und die Bürokraten insgesamt aus ihrer Trägheit aufrütteln. Wenn diese Säuberung im Stile Alijews durchgeführt würde, die auf eine soziale Nivellierung hinausläuft, besteht die Gefahr, daß dabei die Teilgruppen der Intelligenz und der Bürokratie in einen Topf geworfen werden und dabei auch eine Zurückdrängung jener Kräfte erfolgt, ohne die tiefgehende Reformen nicht zu verwirklichen sind. Außerdem würde auf diese Weise die früher erwähnte Errungenschaft der Breschnew-Ära, die im weiteren Ausbau der Rechtsordnung und größerer Rechtssicherheit besteht, an der auch die Bürokratie besonders interessiert ist, der Boden entzogen.

Die zunehmende soziale Differenzierung hat zusammen mit den Auswirkungen der wirt-

schaftlichen Schwierigkeiten zu wachsenden sozialen Spannungen in der gesamten Bevölkerung geführt. Sie haben die Kremelführung aufgrund der Ereignisse in Polen veranlaßt, sich stärker um die Versorgung der werktätigen Massen mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu kümmern. Die Notwendigkeit einer Hebung des Lebensstandards und einer stärkeren Berücksichtigung der Konsumwünsche der Bevölkerung ist von Breschnew im wirtschaftspolitischen Teil seines Referats auf dem XXVI. Parteikongreß und von Tichonow bei der Begründung des neuen Fünfjahresplans besonders betont worden. Sie liegt dem im Mai 1982 angenommenen „Lebensmittelprogramm“ zugrunde.

Breschnew ergänzte seine Ausführungen im innenpolitischen Teil durch die Erwähnung einiger sozialpolitischer Maßnahmen, die der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung und damit „zur Festigung der materiellen und geistigen Grundlagen der sozialistischen Lebensweise“ dienen sollten. Ohne Einsparungen im militärischen Bereich wird es Andropow kaum möglich sein, diese Politik, die der sozialen Komponente eine größere Bedeutung zumißt, erfolgreich fortzusetzen.

4. Die Verschärfung der Nationalitätenfrage⁹⁾

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Problemen kommt der „nationalen Frage“ in der sowjetischen Innenpolitik eine besondere Bedeutung zu, da die Sowjetunion ein Vielvölkerstaat ist, der aus 132 Nationen, Völkern und Volksgruppen besteht.

Breschnew ist als Großrusse in der Ukraine geboren und dort aufgewachsen. Seine Karriere ist wesentlich durch seine Tätigkeit in

der Moldau- und Kasachstan-SSR bestimmt worden. Er kannte sich in der Problematik der Nationalitätenfrage besser aus als Chruschtschow.

Die Nationalitätenpolitik Chruschtschows war ambivalent. Auf der einen Seite hat er die von Stalin deportierten Nationalitäten rehabilitiert und ihnen bis auf die Wolgadeutschen die Rückkehr in ihre alten Heimatgebiete ermöglicht. Die Rehabilitierung der Krimtataren erfolgte erst 1967 unter Breschnew. Auch ihnen wurde die Rückkehr in ihr altes Heimatgebiet nicht ermöglicht. Chruschtschow hat auch wesentlich zu einer Wiederbelebung des Sowjetföderalismus, der sich nur auf den staatlichen Bereich bezieht, beigetragen. Auf der anderen Seite ist er im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 für eine Assimilationspolitik mit dem Ziel einer Verschmelzung der Nationalitäten zu einer russischen Einheitsnation eingetreten.

Breschnew ließ zunächst eine größere Zurückhaltung in der Nationalitätenfrage erkennen. Von 1966 bis 1970 gab es eine rege Diskussion über den Nationsbegriff, der mit einer Bestätigung der Begriffsbestimmung Stalins von 1913, welche die Eigenständigkeit der Nation auf der Grundlage des Territorialitätsprinzips betont, endete.

Die theoretische Begründung für eine verstärkte Russifizierungspolitik ermöglichte erst die These vom einheitlichen Sowjetvolk, die von Breschnew auf dem XXIV. Parteikongreß der KPdSU 1971 aufgestellt wurde. Breschnew sagte: „In den Jahren des sozialistischen Aufbaus ist in unserem Lande eine neue historische Gemeinschaft der Menschen — das Sowjetvolk — entstanden. Bei gemeinsamer Arbeit, im Kampf für den Sozialismus und in den Kämpfen für seinen Schutz wurden neue, harmonische Beziehungen zwischen den Klassen und sozialen Schichten und Nationalitäten geboren.“

Die Ausführungen des Parteichefs ließen erkennen, daß unter dem Sowjetvolk mehr zu verstehen ist als nur das Staatsvolk der UdSSR, das sich aus verschiedenen Nationen, Völkern und Volksgruppen zusammensetzt. Gemeint ist das bisher erreichte Ergebnis des Assimilationsprozesses, auch wenn es Breschnew ebenso wie auf dem XXIII. Parteikongreß 1966 zunächst vermied, von der „Verschmelzung“ als dem Ziel der angestrebten „allmählichen Annäherung“ zu sprechen. Auch in der Parteitagsschließung zum ZK-Bericht ist bei der Behandlung

⁹⁾ Vgl. B. Meissner, Nationalitätenfrage und Sowjetideologie, in: G. Brunner, B. Meissner (Hrsg.), Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und Osteuropa, Köln 1982, S. 18ff.; G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion seit Stalin, ebenda, S. 56ff.; ders., Die nichtrussischen Völker als Elemente des Wandels in der sowjetischen Gesellschaft, in: Die Sowjetunion heute, a. a. O., S. 65ff.; ders., Nationalismus in der Sowjetunion, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus in der Welt von heute, Göttingen 1982, S. 82ff. Vgl. ferner H. Carrère d'Encausse, Risse im Roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion, Wien 1979; F. Rakowska-Harmstone, The Dialectics of Nationalism in the USSR, Problems of Communism, May—June 1974, S. 1ff., und den Abschnitt „Nationalism in the USSR“ in: Survey, Summer 1979.

der nationalen Beziehungen nur von der dialektischen Verbindung des „Aufblühens“ und der „Annäherung“ die Rede, wobei die Notwendigkeit einer „Festigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ und eine Berücksichtigung der „Gesamtinteressen des Sowjetstaates“ besonders betont werden.

Durch die Verfassungsgesetzgebung seit 1977, durch die der Begriff „einheitliches Sowjetvolk“ Eingang in das Verfassungsrecht gefunden hat, ist der sowjetische Föderalismus und damit die Rechtsstellung der territorial geschlossen siedelnden Völker und Volksgruppen wesentlich geschwächt worden. Die beschränkte Staatlichkeit der Unionsrepubliken hat weiter an Substanz verloren. Der Russifizierungsprozeß wird durch die starke Betonung des Russischen, dem in den Verfassungen der Weißrussischen, der Moldauischen und Kasachischen SSR sogar der Rang einer zweiten Nationalsprache zugesprochen worden ist, wesentlich gefördert. Die Sprachenfrage hat im Kaukasus während der Verfassungsdiskussion besondere Unruhe erzeugt. In Georgien und Armenien löste die Absicht, die in den bisherigen Verfassungen der kaukasischen Unionsrepubliken enthaltene Erwähnung der jeweiligen Nationalsprache als Staatssprache zu streichen, einen Sturm der Entrüstung aus. Er veranlaßte die Kremlführung, nachzugeben und in allen Verfassungen der drei kaukasischen Unionsrepubliken, damit auch in der Aserbeidschischen SSR, an der bisherigen Regelung festzuhalten.

Die Russifizierungstendenz ist in der geheimgehaltenen Sprachenverordnung vom 13. Oktober 1978 deutlich zum Ausdruck gekommen. Zu ihrer Durchführung fand im Mai 1979 eine wissenschaftlich-theoretische Konferenz in Taschkent zum Thema „Die russische Sprache — Sprache der Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker der UdSSR“ statt. Sie war vor allem der Intensivierung und Verbesserung des Russischunterrichts bei nichtrussischen Völkern und Volksgruppen gewidmet. Das liegt auch im Interesse der militärischen Führung, da die Zahl der Nichtrussen in der Sowjetarmee, die oft nur über beschränkte Kenntnisse der russischen Sprache verfügen, in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird.

In einer besonders ungünstigen Lage befinden sich die nicht geschlossen siedelnden Volksgruppen wie die Juden und Deutschen, da der Gedanke der Kulturautonomie, der auf dem Personalitätsprinzip beruht, von sowjetischer Seite aus ideologischen Gründen abge-

lehnt wird. Daher ist gerade bei ihnen der Wunsch nach Auswanderung in zunehmendem Maße spürbar.

Die wachsende Unruhe unter den nichtrussischen Nationalitäten und der zunehmende Widerstand gegen die sprachliche Russifizierungspolitik scheint die Kremlführung zu beunruhigen. Früher hatte Breschnew in jeder Jubiläumsrede behauptet, daß die „nationale Frage“ in der Sowjetunion endgültig gelöst sei. Auf dem XXVI. Parteikongreß 1981 gab er jedoch zu, daß die festgefügte „Einheit der sowjetischen Nationen“ nicht besagen würde, „daß alle Fragen auf dem Gebiet der nationalen Beziehungen bereits gelöst sind“. Er unterließ es, die führende Rolle des russischen Volkes innerhalb der sowjetischen Nationen und die Forderung nach der russischen Sprache als der dominierenden „zweiten Muttersprache“ besonders hervorzuheben. Breschnew erklärte, daß die KPdSU, der angeblich Chauvinismus und Nationalismus fremd seien, Tendenzen, mit denen die nationalen Besonderheiten künstlich verwischt werden, ablehnen würde, und forderte von seiten der Partei „Feingefühl und Aufmerksamkeit“ gegenüber den mit einem „großen multinationalen Staat“ verbundenen Problemen. Aus den weiteren Äußerungen Breschnews war zu ersehen, daß an dem „Prozeß der allseitigen Annäherung“, d. h. der Assimilationspolitik, festgehalten wird. Die Kremlführung glaubt ihn eher durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, die einer verstärkten Angleichung des Entwicklungsniveaus der einzelnen Unionsrepubliken dienen sollen, zu erreichen. Die Fortführung der Russifizierung wird mittelbar mit der Notwendigkeit begründet, den Neubürgern anderer Nationalität, deren Zahl sich in den einzelnen Republiken „beträchtlich erhöht“ hat, „ihre spezifischen Bedürfnisse in bezug auf Sprache, Kultur und Lebensbedingungen“ zu gewährleisten. Der taktische Rückzug wird ideologisch durch eine Phasenverschiebung im Assimilationsprozeß gerechtfertigt. Seit dem XXIV. Parteitag 1971 ist davon ausgegangen worden, daß sich als Zwischenergebnis auf dem Wege zu einer einheitlichen Sowjetnation mit russischer Hochsprache das „einheitliche Sowjetvolk“ als eine „historisch neue internationale Menschengemeinschaft“ herausgebildet habe. Jetzt wird die „Herausbildung der Kultur des einheitlichen Sowjetvolkes — einer neuen sozialen und internationalen Gemeinschaft“ — als ein noch zu erreichendes Ziel hingestellt.

Bei der Brisanz der Nationalitätenfrage wird es wichtig sein, in welchem Maße es Andro-

pow möglich sein wird, den nichtrussischen Nationalitäten mehr Autonomie zuzugestehen. Andropow stammt aus dem Nordkaukasus, in dem zahlreiche Völkerschaften leben. Er hat seine Jugend in Finno-Karelien verbracht und hat sich dabei auch Kenntnisse über das benachbarte Finnland angeeignet. Seine Jubiläumsrede vom 21. Dezember 1982, aus Anlaß der Gründung des sowjetischen Bundesstaates vor 60 Jahren, läßt erkennen, daß er sich der Problematik des Vielvölkerstaates und des wachsenden Selbstbewußtseins der einzelnen Nationalitäten bewußt ist. Er hält aber an der von Breschnew aufgestellten These vom einheitlichen Sowjetvolk fest und gedenkt die Assimilationspolitik mit dem Endziel der Verschmelzung zu einer russischen Einheitsnation in vorsichtiger Form weiter fortzusetzen. Er legt größeres Gewicht auf eine verstärkte wirtschaftliche Integration aufgrund einer rationellen Verteilung und Ausnutzung aller Produktivkräfte im gesamtstaatlichen Rahmen, welche den geringen wirtschaftlichen Spielraum der einzelnen Nationen weiter einengen würde.

5. Gesellschaftlicher Bewußtseinswandel, Ideologieverfall und Generationsproblematik

Zwei Beweggründe waren es, welche die Reformen und Revolutionäre unter der alten russischen Intelligenz veranlaßten, sich für eine Veränderung oder Überwindung des autoritären zaristischen Systems einzusetzen: erstens das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, zweitens der Wunsch nach einer beschleunigten Modernisierung Rußlands. Diese beiden Beweggründe, die sich heute auf das sowjetkommunistische System beziehen, haben sich im verstärkten Maße in der Breschnew-Ära bemerkbar gemacht.

An erster Stelle geht es diesmal um die Sicherung der Freiheitsrechte und weniger um das fortbestehende Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit, das von der sozialistischen Komponente des Bolschewismus nur im begrenzten Maße befriedigt worden ist. Es spielt aber neben der Suche nach der Wahrheit eine wesentliche Rolle in der kritischen sowjetischen Literatur. Man denke nur an Jurij Trifonow, Tschingis Ajmatow und viele andere Schriftsteller, die zu einem großen Teil in die Emigration gezwungen worden sind⁹⁾. An zweiter

⁹⁾ Vgl. die Berichte von Wolfgang Kasack über die übersetzte russische Literatur in „Osteuropa“ und im Hinblick auf die emigrierten Schriftsteller die Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Kontinent“.

Stelle steht das Bewußtsein von der Notwendigkeit, den Anschluß an die neue Etappe der Modernisierung in der Welt zu finden, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution ausgelöst worden ist¹⁰⁾.

In der ersten Frage sind es vorläufig nur die Reformkräfte der Intelligenz, welche die Forderung nach mehr Freiheit und ihrer rechtlichen Sicherung erheben, die auch von einzelnen aufgeklärten Bürokraten geteilt wird. An der Lösung der zweiten Frage ist ein großer Teil der herrschenden Hochbürokratie nicht minder interessiert als die Intelligenz. Sie möchte aber die Verknüpfung zwischen beiden Problemen nicht wahrhaben und versucht daher, die Frage ohne wesentliche Veränderung des bestehenden Systems zu lösen. Sie wird in dieser Einstellung durch die konservative Grundhaltung großer Teile der Bevölkerung begünstigt.

Durch die bürokratische Herrschaft wird die wissenschaftlich-kulturelle Intelligenz sehr viel stärker benachteiligt, als dies bei der technischen Intelligenz der Fall ist. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die wissenschaftlich-kulturelle Intelligenz die soziale Basis nicht nur der Dissidenten, sondern auch der meisten anderen Reformkräfte in der Sowjetunion bildet. In schwächerem Maße machen sich diese Reformkräfte in der technischen Intelligenz und zum Teil auch in der Arbeiterschaft bemerkbar. So sind mehrere Fälle bekanntgeworden, in denen sich Gruppen von Arbeitern für die Bildung von freien Gewerkschaften ausgesprochen haben.

Während die Hochbürokratie für die Aufrechterhaltung der unumschränkten Herrschaft der Partei eintritt, setzen sich die Reformkräfte in der Intelligenz für mehr geistige Freiheit und die Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte ein. In dieser Auseinandersetzung zwischen den fortschrittlichen und reaktionären Kräften in der sowjetischen Gesellschaft kommt ein latenter Konflikt zum Ausdruck, der zwischen dem hauptamtlichen Parteiapparat als dem eigentlichen Träger der totalitären Herrschaft und denjenigen Teilen der sowjetischen Oberschicht und gehobenen Mittelschicht besteht, die zwecks Verwirklichung ihrer Sonderinteressen größere Autonomie und einen größeren Anteil an der politischen Macht anstreben.

¹⁰⁾ Zu den Auswirkungen der wissenschaftlich-kulturellen Revolution vgl. G. Buchholz, Am Ende der Neuzeit, Stuttgart 1978; ders., Wissenschaftlich-technische Revolution und Wettbewerb der Systeme, in: Osteuropa, 22. Jg., 1972, S. 340 ff.

Die Dissidenten¹¹⁾, die sich selbst vorwiegend als eine „demokratische Opposition“ bezeichnen und teilweise sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten, sind dabei als Vorboten eines Entwicklungsprozesses anzusehen, dem sich die Sowjetunion nicht entziehen kann, wenn sie nicht gegenüber dem Westen weiter zurückbleiben will. Das Offizierskorps ist zwar Teil der Machtelite, doch auch in ihm hat es Dissidenten gegeben. Das läßt erkennen, daß auch die Streitkräfte von der grundsätzlichen Auseinandersetzung über den künftigen Weg Rußlands nicht ausgenommen sind.

Das Hervortreten der Dissidenten steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bewußtseinswandel, der teilweise durch den sozialen Wandel bedingt ist, aber auch, wie die wachsende Religiosität auch in der Jugend zeigt, geistige Wurzeln hat. Neben der formellen Organisation des sowjetkommunistischen Einparteiestaates, die sich in der Breschnew-Ära nur in einem begrenzten Maße geändert hat, hat sich eine vielgestaltige informelle Ordnung der Gesellschaft entwickelt, die wie ein Eisberg nur mit ihrer Spitze, den engagierten Teilen der Sowjetintelligenz, aus dem tiefen Wasser ragt. Dieser Eisberg weist verschiedene Schichten auf, in denen unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, was geschehen müßte, um das bestehende System zu verbessern oder zu verändern.

Es überwiegt zunehmend das Gefühl, sich in einer unwegsamen Lage, in einer Sackgasse zu befinden, wie es der verstorbene Schauspieler Wladimir Wyssokij so treffend in seinen Liedern beschrieben hat¹²⁾ — ein Gefühl, das sich beim Eintritt in eine repressive Phase noch verstärken würde. Es nimmt das Bewußtsein zu, daß etwas zu geschehen hat, daß die bürokratische Erstarrung überwunden werden muß, wenn Rußland den Anschluß an die Moderne finden will. Es breitet sich in zunehmendem Maße eine Stimmung aus, wie

sie Maxim Gorkij in seinen „Sommergästen“ unübertrefflich zum Ausdruck gebracht hat. Es ist das Wissen oder Ahnen, das alles besser gemacht werden könnte, aus dem der Impuls zur Veränderung erwächst. Im innerrussischen Bereich fehlt vorläufig noch die Verbindung zu den Massen, die dem Willen zur Veränderung die notwendige Stoßkraft verleihen würde. Anders sieht es im Baltikum und der westlichen Ukraine, teilweise aber auch im Kaukasus und Turkestan aus. Das macht die Nationalitätenfrage für die Kremlführung so brisant.

Hinzu kommt, daß die Gedanken, die von den Dissidenten und den kritischen Schriftstellern artikuliert werden, besonderen Widerhall in der Intelligenz und vor allem in der Jugend finden. Dagegen ist der Einfluß der offiziellen Ideologie trotz verstärkter Indoktrination immer mehr zurückgegangen¹³⁾.

Die marxistisch-leninistische Ideologie hat bereits unter Stalin ihren Charakter als Antriebsideologie und als ein Mittel zur Mobilisierung der Massen verloren und ist in immer stärkerem Maße eine Rechtfertigungs- und Verhüllungsideologie geworden. Dieser Erosionsprozeß hat sich unter Chruschtschow fortgesetzt. Das Parteiprogramm der KPdSU von 1961 war aufgrund seines utopischen Charakters nicht in der Lage, eine Änderung herbeizuführen. Die Bemühungen Suslows, neben dem dialektischen und historischen Materialismus und der Politökonomie eine ideologisch bestimmte Politische Wissenschaft in Gestalt der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zu entwickeln, haben zu keiner Stärkung der Ideologie geführt. Sie haben sie vielmehr gegenüber äußeren Einflüssen empfänglicher gemacht. Diese sind in den Versuchen, eine ideologiefreiere eigenständige Politische Wissenschaft und Soziologie zu entwickeln, sichtbar geworden. Auch dem Versuch Suslows, auf der Grundlage des „Ideologieedikts“ vom 26. April 1979 die politisch-ideologische Erziehungsarbeit und die damit verbundene propagandistische Tätigkeit aktueller, offener und lebendiger zu gestalten, sollte kein Erfolg beschieden sein.

Die Theorie von der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, die zuerst von Ulbricht auf die Verhältnisse in der DDR bezogen wurde, bot Breschnew und Suslow die Möglichkeit, eine Abkehr von der utopischen Zielset-

¹³⁾ Vgl. R. Thomas, Ideologie und Politik in der Sowjetunion, in: H. G. Wehling (Red.), Sowjetunion, Stuttgart 1981, S. 60ff.

¹¹⁾ Zu den Dissidenten vgl. A. v. Tarnow, Demokratie in der Illegalität, Stuttgart 1976; C. Gerstenmaier, Die Stimmen der Stummen, Stuttgart 1971; B. Lewytskij, Politische Opposition in der Sowjetunion 1960—1972, München 1972; ders., Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974; H. Brahm (Hrsg.), Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; ders., Die sowjetischen Dissidenten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/78; ders., Die sowjetischen Dissidenten — Strömungen und Ziele, in: Die Sowjetunion heute, a. a. O., S. 77ff.

¹²⁾ Vgl. J. Bushnell, The New Soviet Man Turns Pessimist, Survey, Spring 1979, S. 1ff.

zung des Zwanzigjahrplans, der im Parteiprogramm enthalten war, zu vollziehen.

Mit der These, daß die Etappe des „entwickelten“ und „reifen“ Sozialismus bisher nur in der Sowjetunion erreicht worden sei, konnte der ideologische Führungsanspruch der Sowjetunion auf der Grundlage eines niedrigeren Anspruchsniveaus im Verhältnis zu den anderen „sozialistischen Staaten“ aufrechterhalten werden. Die sich dadurch ergebende Notwendigkeit zu einer Änderung des Parteiprogramms ist durch die Annahme der neuen Bundesverfassung der UdSSR von 1977 verstärkt worden. Inwieweit die auf dem XXVI. Parteikongreß beschlossene Neufassung des Parteiprogramms der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Sowjetunion und ihren Problemen besser gerecht wird, wird sich zeigen. Diese Wirklichkeit ist, abgesehen von den wachsenden sozialen Spannungen, vor allem durch den zunehmenden Druck der nachrückenden Generationen bestimmt, die in der herrschenden Hochbürokratie nur unzureichend vertreten sind¹⁴). Die Überalterung der ZK-Mitglieder ist daraus zu ersehen, daß der

Anteil der Vollmitglieder von 51 bis 60 Jahren 1981 37 Prozent und der über 60jährigen 54 Prozent betrug. Auf die Vollmitglieder von 40 bis 50 Jahren entfielen etwa 6 Prozent. Nur 0,3 Prozent der ZK-Mitglieder waren jünger als 40 Jahre.

Durch seine behutsame Kaderpolitik hat Breschnew den natürlichen Prozeß der Wachablösung zwischen den Generationen wesentlich verzögert. Wenn diese Wachablösung von Andropow nicht bald nachgeholt wird, ist es durchaus möglich, daß sich ein bald aufeinanderfolgender zweifacher Generationswechsel als notwendig erweisen kann. Je länger der Generationswechsel hinausgeschoben wird, um so explosiver könnte sich die Generationsfrage in Verbindung mit der zunehmenden Kluft zwischen einem in der Tradition der Breschnew-Ära beharrenden Regime und einer sich weiter wandelnden Gesellschaft erweisen.

¹⁴) Vgl. W. D. Connor, *Generation and Politics in the USSR*, *Problems of Communism*, September to October 1975, S. 20ff.

Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Sowjetunion 1955–1980

I. Industrialisierung und Wirtschaftsreformen — auslösende Faktoren des sozialen Wandels

Die Jahre 1929 und 1930 markieren in der sowjetischen Geschichte eine Wende, deren Folgen für das Land und seine Bewohner ebenso umwälzend waren wie die der Revolution von 1917. Stalin selbst bezeichnete diese Wende, nämlich den Übergang zur zentralen staatlichen Planwirtschaft, verbunden mit forcierter Industrialisierung und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, als eine „Revolution von oben“; die damals eingeschlagene Grundrichtung ist bis heute im Kern — trotz zahlreicher Reformmaßnahmen — beibehalten worden. Die Wirtschaftspolitik Stalins und seiner Nachfolger hat in den gut 50 Jahren ihrer Verwirklichung nicht nur das Gesicht des Landes verändert und seine Bedeutung in der Welt außerordentlich verstärkt, sondern auch tiefgreifende soziale Wandlungen hervorgerufen, die in allen Lebens- und Arbeitsbereichen zu erkennen sind.

Viele dieser Wandlungen sind typische Begleiterscheinungen eines Modernisierungsprozesses, wie ihn fast alle europäischen und außereuropäischen Länder auf ihrem Wege von der Agrar- zur Industriegesellschaft durchgemacht haben. Aber es hat auch eigenständige Entwicklungen gegeben, Veränderungen, die in anderen Ländern nicht oder nicht in gleicher Art und Intensität eingetreten sind. Einige dieser Abweichungen mögen auf den besonderen historisch-geographischen Gegebenheiten der UdSSR beruhen, andere aus der Ideologie oder den Eigenhei-

ten einer sozialistischen Planwirtschaft resultieren. Ohnehin haben die Veränderungen in den einzelnen Lebens- und Arbeitsbereichen, in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur ganz unterschiedliche Gewichte, unterschiedlich im Ausmaß und im Ursprung des Wandels.

INHALT

- I. Industrialisierung und Wirtschaftsreformen — auslösende Faktoren des sozialen Wandels
- II. Sozialdemographische Indikatoren
 - 1. Bevölkerungsbewegung
 - 2. Familienstrukturen
 - 3. Binnenwanderung und Siedlungsformen
- III. Versorgung und Verbrauch
 - 1. Nahrungsmittel
 - 2. Industrielle Konsumgüter
 - 3. Wohnungswirtschaft
- IV. Veränderungen in der Arbeitswelt
 - 1. Beschäftigungsquote
 - 2. Arbeitszeit und Urlaub
 - 3. Wirtschaftsbereiche, Berufe, Positionen
 - 4. Veränderte Arbeitseinstellung?
- V. Allgemeine und berufliche Bildung
- VI. Gesundheitswesen und soziale Sicherung
- VII. Zusammenfassung und Ausblick

Ende 1982 wurde das von der Stiftung Volkswagenwerk geförderte Projekt „Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Sowjetunion 1955 bis 1980 — Planziele und Ergebnisse im Spiegelbild sozialer Indikatoren“, Autoren: Maria Elisabeth Ruban, Eduard Gloeckner, Maria Lodahl, Angela Scherzinger, mit einem Beitrag von Klaus von Beyme abgeschlossen. Die Untersuchung wurde im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin durchgeführt. Die vorstehenden Ausführungen geben einige Ergebnisse dieser Arbeit wieder.

Sie sind für die Nachkriegsepoche, insbesondere für die letzten 25 Jahre, deutlicher nachzuweisen als für das vorangegangene Vierteljahrhundert, das weitgehend durch den Krieg und die Kriegsfolgen geprägt ist, wodurch die natürliche Entwicklung verzerrt und unterbrochen wurde. Das gilt insbesondere für die demographischen Bewegungen.

II. Sozialdemographische Indikatoren

1. Bevölkerungsbewegung

Mit rund 270 Millionen Einwohnern ist die UdSSR das drittgrößte Land der Erde — nach China und Indien und vor den USA. In dieser Rangfolge hat es seit Jahrzehnten keine Änderung gegeben, aber innerhalb der Sowjetunion hat die Wachstumsdynamik bemerkenswert nachgelassen, wodurch sich Altersaufbau, Geschlechterproportion und Nationalitätenstruktur ständig verschieben. Den größten Bevölkerungszuwachs in der Nachkriegszeit erreichte die Sowjetunion mit 1,8 v. H. im Jahresdurchschnitt in der Zeit von 1955 bis 1959. Danach verringerte sich das Wachstumstempo merklich, konnte sich aber im letzten Jahrzehnt bei 0,9 v. H., der Hälfte der früheren Zuwachsrate, stabilisieren.

Jährlicher Zuwachs der Bevölkerung in v. H. (Fünfjahresdurchschnitte)

1955—1959 = 1,8
1960—1964 = 1,6
1965—1969 = 1,1
1970—1974 = 0,9
1975—1979 = 0,9

Die Wachstumsveränderungen sind in der Sowjetunion fast ausschließlich das Ergebnis natürlicher Bevölkerungsbewegungen: Geburten und Sterbefälle.

Zuwanderung aus dem Ausland und Auswanderung in andere Staaten halten sich in so engen Grenzen, daß sie hier vernachlässigt werden können.

In der Geburten- und Sterbehäufigkeit folgt die UdSSR einem Muster, das praktisch für alle entwickelten Länder im Verlauf des Industrialisierungsprozesses gilt. Es ist gekennzeichnet durch sinkende Geburten und Rückgang der Sterblichkeit (wegen verbesserter Lebensbedingungen und der Fortschritte in Medizin und Hygiene). Mit der dadurch verlängerten durchschnittlichen Lebenserwartung steigt naturgemäß auch der Anteil der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, wodurch die Sterberate von einem bestimmten Zeitpunkt an wieder zunimmt. Die Entwicklung in der Sowjetunion seit 1928, dem letzten Jahr vor der großen Industrialisierungswelle, bestätigt diese aus vielen anderen Ländern bekannte Tendenz.

Der Durchschnitt aller europäischen Länder (Ost und West) liegt nach den letzten verfügbaren Daten bei 15 Geburten und 10 Todesfäl-

len auf 1 000 Einwohner, was einen natürlichen Zuwachs von 5 je 1 000 ergibt. Diese Werte haben etwa die gleiche Größenordnung, die 1980 für die slawisch besiedelten Gebiete der Sowjetunion (die RSFSR, Ukraine und Weißrußland) ausgewiesen wurden.

Geburten, Sterbefälle und natürlicher Zuwachs je 1 000 Einwohner in der UdSSR

	Geburten	Sterbefälle	natürlicher Zuwachs
1928	44,3	23,3	21,0
1940	31,2	18,0	13,2
1950	26,7	9,7	17,0
1960	24,9	7,1	17,8
1970	17,4	8,2	9,2
1980	18,3	10,3	8,0

Die zentralrussischen Gebiete zeigen also in der Bevölkerungsbewegung eine Dynamik, die dem europäischen Durchschnitt entspricht, andere Teile der Union weichen dagegen stark von diesen Werten ab. Ordnet man die Unionsrepubliken nach der Größe ihres Bevölkerungswachstums, so stehen die mittelasiatischen Republiken an der Spitze, die baltischen Länder am Ende der Skala. Die extremen Positionen werden von Tadschikistan und Lettland eingenommen: die tadschikische Bevölkerung wächst jährlich um 29 je 1 000 Einwohner, während die lettische mit einer Zunahme von 1 auf 1 000 Einwohner nahezu auf dem Stand des „Nullwachstums“ angelangt ist.

Die innersowjetischen Differenzierungen haben steigende Tendenz; ihre Auswirkungen auf Bevölkerungsstruktur und Arbeitskräftepotential werden in Zukunft noch größer sein als bisher. Schon jetzt ist eine merkliche Verschiebung der beiden größten Volks- und Sprachgruppen zu erkennen, wie aus den Ergebnissen der letzten drei Volkszählungen von 1959, 1970 und 1979 hervorgeht:

Vereinfachte Volksgruppenstruktur (in v. H. der Gesamtbevölkerung)

Volksgruppen	1959	1970	1979
Slawischer Sprachraum	77,1	74,4	72,6
Turko-mongolischer Sprachraum	11,0	13,4	14,7
andere	11,9	12,2	12,7

Die insgesamt nachlassende Geburtenfreudigkeit der sowjetischen Bevölkerung führte zusammen mit der gestiegenen Lebenserwartung zu erheblichen Veränderungen im Altersaufbau. Allerdings werden Daten zur Altersstruktur der Bevölkerung in der Sowjetunion nicht fortlaufend und meist nur für größere Altersgruppen veröffentlicht. Nach den letzten verfügbaren Daten (für 1975) ist die Entwicklung seit 1959 vor allem durch den gegenläufigen Trend bei den jüngsten und ältesten Jahrgängen gekennzeichnet: Der Anteil der unter Zehnjährigen, der 1959 ebenso wie 1939 bei 22 bis 23 v. H. lag, ist seitdem auf 16 v. H. abgesunken. Die mehr als Sechzigjährigen dagegen, 1939 mit 7 v. H., 1959 mit 9 v. H. an der Gesamtbevölkerung beteiligt, erreichten 1975 bereits einen Anteil von über 13 v. H. Der Anteil der älteren Bevölkerung wird — nach Prognosen sowjetischer Demographen — in Zukunft noch erheblich zunehmen, wodurch sich auch die Altersstruktur der Sowjetunion immer mehr der der übrigen Industrieländer annähert.

In der Verteilung auf Männer und Frauen machen sich in den Jahrgängen über 50 noch immer die Kriegsfolgen bemerkbar. Der Überschub an Frauen baut sich allerdings langsam durch das Nachwachsen junger, im Geschlechterverhältnis relativ ausgeglichener Jahrgänge ab. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung lag 1980 bei 53,5 v. H. gegenüber 56 v. H. im Jahre 1951.

2. Familienstrukturen

Abgesehen von dem Sonderfall Mittelasien, wo bis heute noch große Familien das Bild bestimmen, hat sich in der Sowjetunion ein Familientyp herausgebildet, wie er auch in westlichen Industrieländern vorherrscht: Es ist die Zwei-Generationen-Familie, bestehend aus einem Elternpaar mit (immer weniger) Kindern, wobei die Städte, die europäischen Landesteile und die Schichten mit höherer Bildung und beruflicher Qualifikation bei der Geburtenbeschränkung vorangehen. In den Großstädten dominiert bereits die Familie mit einem Kind. Die früher vor allem auf dem Land weitverbreitete Lebensform der Großfamilie, bei der mehrere Generationen und eine zahlreiche Kinderschar unter einem Dach zusammenlebten, verschwindet mehr und mehr. Dabei ist die Auflösung der Großfamilie nicht nur eine Folge der niedrigen Geburtenzahlen, sie wurde vor allem dadurch herbeigeführt, daß Jahr für Jahr Jugendliche und junge Erwachsene vom Land abwandern, um in der

Stadt einen besseren Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden, während ihre Eltern auf dem Lande zurückbleiben. Hinzu kommt eine veränderte Einstellung bei jungen Leuten, die heute in der Regel nicht mehr bereit sind, die alteingefahrenen Lebensgewohnheiten der Eltern und Großeltern fortzusetzen, sondern eigene Vorstellungen des Zusammenlebens verwirklichen wollen. In diesem Bestreben wurden sie insofern vom Staat unterstützt, als dieser für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes einen ständigen Zustrom junger Arbeitskräfte suchte, die auch zum Ortswechsel und zur Trennung von der älteren Generation bereit waren.

In die Arbeitsmarktpolitik waren von Anfang an Männer und Frauen einbezogen, wobei der Anteil der Frauen an den Arbeitskräften ständig gestiegen ist. Heute gehen praktisch alle Frauen im arbeitsfähigen Alter — auch die Mütter kleiner Kinder — entweder einer Berufstätigkeit nach oder sie befinden sich in einem Auszubildungsverhältnis. (Mutterschutzgesetze regeln die Befreiung der Frauen von der Arbeit bei Schwangerschaft und Geburt. Seit kurzem besteht auch die Möglichkeit, sich für ein halbes oder ganzes „Babyjahr“ bei teilweiser Bezahlung freistellen zu lassen.)

Die Eingliederung der Frauen in den Wirtschaftsprozeß hat deren Stellung im öffentlichen und privaten Leben in mannigfacher Weise beeinflußt, wobei die Auswirkungen sowohl positive wie negative Aspekte zeigen.

Als positiv ist die subjektive Bewertung der Berufstätigkeit durch die Frauen selbst einzuordnen, die bei wiederholten Umfragen ihre Berufstätigkeit mit großer Mehrheit bejahten und sie auch bei ausreichendem Einkommen des Mannes nicht aufgeben wollten. Als Gründe dafür nannten die befragten Frauen neben dem Gewinn einer, wenn auch begrenzten ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann die Erweiterung der menschlichen Kontakte durch das tägliche Zusammensein mit Kollegen und die Tatsache, daß sie als Berufstätige bei Mann und Kindern mehr Autorität hätten, als sie bei ausschließlicher Hausarbeit gewännen.

Unter den negativen Folgen ist an erster Stelle die körperliche und nervliche Überforderung der Frauen zu nennen, die ihnen durch ihre Doppel- oder Dreifachbeanspruchung (Beruf, Haushalt, Kinder) zugemutet wird. Umstritten ist die Frage, ob auch die hohe Scheidungsrate der Sowjetunion eine

Folge der weiblichen Berufstätigkeit ist. Zumindest mittelbar dürfte hier ein Zusammenhang bestehen, insofern als die ökonomische Selbständigkeit der Frauen — bei enttäuschendem Verlauf der Ehe — leichter zur Scheidung motiviert, als dies bei vollständiger materieller Abhängigkeit vom Mann der Fall wäre. Tatsache bleibt, daß die Scheidungshäufigkeit wächst: 1950 kamen auf jeweils 100 Eheschließungen drei Ehescheidungen, 1980 bereits 34. Zu dieser Entwicklung hat freilich auch die Erleichterung der Scheidungsverfahren (durch Gesetz von 1965) beigetragen, sowie das Schwinden der moralischen und gesellschaftlichen Vorbehalte gegenüber der Ehescheidung — eine Erscheinung, die in der Sowjetunion ebenso wie in westlichen Ländern mit fortschreitender Säkularisierung des öffentlichen Lebens zu beobachten ist. Scheidungsbegehren werden zunehmend von Frauen eingebracht: in der UdSSR gegenwärtig zu 60 v. H.

3. Binnenwanderung und Siedlungsformen

Der Aufbau der Volkswirtschaft durch die Erschließung von Energie- und Rohstoffvorkommen, durch die Erweiterung der Produktionsstätten und die Schaffung großer Industriekomplexe, durch die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Anbaufläche (Urbarmachung von „Neuland und Brache“) sowie durch die Verwirklichung großer Infrastrukturaufgaben (Bau der „Baikal-Amur-Magsitrale“) haben zu deutlich sichtbaren Veränderungen der Siedlungsstruktur geführt. Unter diesen ist als erste die bereits erwähnte Wanderung von den Dörfern in die Städte zu nennen, wodurch sich die städtische Wohnbevölkerung absolut und relativ ständig vermehrte: Bei Ausbruch der Revolution lebte weniger als ein Fünftel der Bevölkerung in den Städten (29 Millionen), um 1940 bereits ein Drittel (63 Millionen) und heute fast zwei Drittel (170 Millionen). Ebenso wie in anderen Ländern wächst auch in der UdSSR die Stadtbevölkerung weit mehr durch Zuwanderung als durch natürlichen Geburtenüberschuß. Typisch für die sowjetische Art der Urbanisierung ist die eindeutige Bevorzugung der großen und über-

großen Städte: Es sind die Millionenstädte und Metropolen, die immer größere Teile der Stadtbevölkerung anziehen, während die Klein- und Mittelstädte an Bedeutung verlieren. Die Bevorzugung der städtischen (insbesondere der großstädtischen) Lebensform wird von sowjetischen Soziologen verschiedenen Faktoren zugeschrieben: der größeren Auswahl an Arbeitsplätzen, dem vielfältigen Angebot an Ausbildungs- und Studieneinrichtungen, dem reichen Spektrum an Freizeit- und Unterhaltungsmöglichkeiten sowie den besseren Chancen für eine Familiengründung, überwiegend Tatsachen, die vor allem Jugendliche und junge Erwachsene interessieren, die die große Mehrheit der Zuwanderer stellen.

Die Land-Stadt-Migration ist eine Erscheinung, die mehr oder weniger alle Unionsrepubliken betrifft. Sie wird begleitet von einem regionalen Wanderungsstrom, der von Westen nach Osten verläuft. Über die stetige Verlagerung der Wohnbevölkerung allein in den letzten vier Jahrzehnten von Europa nach Asien geben die folgenden Verhältniszahlen Aufschluß.

Regionale Verteilung der sowjetischen Bevölkerung auf Europa/Asien				
Bevölkerung	1939	1959	1970	1979
insgesamt in Mill.	190,7	208,8	241,7	262,4
davon: in v. H.				
in Europa	78,2	73,6	70,6	68,7
in Asien	21,8	26,4	29,4	31,3

Quelle: Sociologičeskie issledovanija Nr. 3/1980, S. 81.

An der Bevölkerungsverdichtung im asiatischen Teil der Union sind freilich zwei Faktoren ursächlich beteiligt, die sich gegenseitig verstärken: das schnellere Bevölkerungswachstum der mittelasiatischen Nationen und die gezielte Wanderungs- und Siedlungspolitik der sowjetischen Regierung, die die West-Ost-Verlagerung bewußt fördert, um die wirtschaftliche Erschließung der (besonders rohstoffreichen) östlichen Gebiete zu beschleunigen.

III. Versorgung und Verbrauch

Wohlstandssteigerung und eine „immer bessere Befriedigung der Verbraucherwünsche“ werden eindringlich als vorrangige Ziele des Wirtschaftens und „Hauptaufgabe“ der staatli-

chen Planung beschworen. Das war nicht immer so. Unter Stalin hatte die Wirtschaftspolitik fast ausschließlich im Dienste des Aufbaus der Schwerindustrie gestanden, während die

verbrauchsnahe Zweige Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie vernachlässigt wurden und die Versorgung der Bevölkerung um das Niveau des Existenzminimums schwankte. Aber schon die unmittelbaren Nachfolger Stalins, Malenkov und Chruschtschow, erhoben die Steigerung des Lebensstandards zu einer gleichberechtigten Aufgabe neben dem weiteren schwerindustriellen Aufbau. Breschnew schließlich erkannte die Befriedigung der Konsumentenwünsche nicht nur als legitimes Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik, sondern — unter dem Eindruck der immer knapper werdenden Arbeitskräfte — als notwendiges Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, die ihrerseits eine wesentliche Voraussetzung zum weiteren Wachstum der Wirtschaft und des Volkswohlstandes ist. Allerdings haben sowohl Chruschtschow als auch Breschnew die Fähigkeit ihres Wirtschaftsapparates zur Lösung dieser „Hauptaufgabe“ überschätzt. Das beweisen die Versorgungsmängel, die die sowjetische Bevölkerung gerade in den letzten Jahren wieder in verstärktem Maße hinnehmen mußte. Fortschritte und Mißerfolge waren aber bei der Versorgung mit einzelnen Waren und Leistungen unterschiedlich groß, können deshalb nur im einzelnen beurteilt werden.

1. Nahrungsmittel

Quantitativ kann das Ernährungsproblem in der Sowjetunion bereits seit einer ganzen

gegen das qualitative Problem: Die Ernährungsstruktur der Bevölkerung entspricht nicht den vom ernährungswissenschaftlichen Institut der UdSSR aufgestellten Verbrauchsnormen, die sich an physiologischen Gegebenheiten orientieren und eine optimale Zusammensetzung der täglichen Diät nach eiweiß-, fett- und kohlehydrathaltigen Produkten vorsehen. Die folgende Tabelle stellt die Normen dem tatsächlichen Verbrauch in ausgewählten Jahren bis zum gegenwärtigen Stand gegenüber.

Das Zahlenwerk läßt vor allem drei Tendenzen deutlich hervortreten:

1. Im Beobachtungszeitraum hat sich die Verbrauchsstruktur deutlich gebessert: Es ist ein wachsender Konsum von ernährungsphysiologisch wertvollen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Milch, Eiern, Obst und Gemüse zu verzeichnen bei gleichzeitig abnehmendem Verbrauch von Kartoffeln und Getreideerzeugnissen.
2. Die Fortschritte waren besonders ermutigend in den Jahren 1965 bis 1975. Seitdem ist eine weitgehende Stagnation, mindestens ein sehr abgeschwächtes Wachstum zu registrieren.
3. Die gegenwärtig erreichten Werte liegen noch sehr erheblich unter den Normen, die ihrerseits etwa dem Verbrauchsschema westlicher Industrienationen entsprechen, aber auch von der DDR und der CSSR annähernd erreicht werden.

Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln in der UdSSR
kg im Jahr

	1960	1965	1970	1975	1980	sowj. Ernährungs-normen	1980 in v. H. der Normen
Fleisch und -waren	40,0	41,0	48,0	57,0	57,0	82,0	70
Milch und -produkte ¹⁾	240	251	307	316	314	434	72
Eier ²⁾	118	124	159	216	238	292	82
Zucker	28,0	34,2	38,8	40,9	42,2	36,5	116
Kartoffeln	143	142	130	120	112	97	115
Gemüse	70,0	72,0	82,0	89,0	93,0	146	64
Obst	22,0	28,0	35,0	39,0	34	113	30
Getreideerzeugnisse ³⁾	164	156	149	141	139	120	116

¹⁾ Umgerechnet in Milch.

²⁾ Stück.

³⁾ Umgerechnet in Mehleinheiten.

Quellen: Statistische Jahrbücher.

Reihe von Jahren als gelöst gelten, denn schon seit den sechziger Jahren werden täglich mehr als 3 000 Kalorien im Durchschnitt je Einwohner verbraucht. Nicht gelöst ist da-

Zahlen für 1981 und 1982 liegen noch nicht vor, jedoch kann als sicher gelten, daß sich die Versorgungslage in diesen beiden Jahren eher verschlechtert als gebessert hat, da die

Ernteergebnisse in nunmehr vier aufeinander folgenden Jahren unter dem langjährigen Durchschnitt und weit unter den Planzielen zurückblieben. Ursache des Mangels ist die geringe Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft und die begrenzte Importbereitschaft für Nahrungsmittel. Festzuhalten bleibt, daß durch Eigenproduktion und Import von Getreide, Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Kalorienbedarf der Bevölkerung mengenmäßig gesichert ist und daß keinerlei echte Not- oder gar Hungersituation besteht. Bei ausreichender Versorgung mit Brot und Kartoffeln bleibt aber das Angebot an Veredelungserzeugnissen sowie an Obst und Gemüse mangelhaft; örtlich verschwinden diese Waren oft für längere Zeit ganz aus den staatlichen Läden, weil Unzulänglichkeiten des Verteilungs- und Transportsystems die Versorgungsprobleme noch verschärfen.

2. Industrielle Konsumgüter

Am sichtbarsten lassen sich Fortschritte bei der Steigerung des individuellen Lebensstandards in der Versorgung mit Industriegütern, insbesondere mit dauerhaften Konsumgütern nachweisen. Kühlschränke und Waschmaschinen, in den sechziger Jahren nur in wenigen, privilegierten Haushalten vorhanden, gehören heute zur Standardausstattung sowjetischer Familien. Das Ziel ist eine 100prozentige Versorgung aller Haushalte mit den in der folgenden Aufstellung genannten Gütern.

Bestand an dauerhaften Konsumgütern je 100 Haushalte

	1960	1965	1970	1975	1980
Rundfunkgeräte	46	59	72	79	85
Fernsehgeräte	8	24	52	74	85
Kühlschrank	4	11	32	61	86
Waschmaschine	4	21	52	65	70
Staubsauger	3	7	12	18	29

Quelle: Statistisches Jahrbuch der UdSSR 1980.

Im Bereich „Kleidung und Schuhe“, der zweitwichtigsten Ausgabenposition der privaten Haushalte (nach den Nahrungsmitteln), ist es der einheimischen Industrie bisher nicht gelungen, das Angebot in Sortiment und Qualität besser der Nachfrage anzupassen. Bei gesättigtem Grundbedarf an Bekleidungsgütern aller Art sind die Verbraucher wählerisch geworden. So bilden sich wachsende Bestände

an Ladenhütern, die wegen schlechter Qualität oder altmodischer Gestaltung keine Abnehmer finden, während die Nachfrage nach modisch ansprechender, gut verarbeiteter Ware unverändert hoch ist. Aus diesem Mißverhältnis erklärt sich das starke Interesse, das sowjetische Verbraucher ausländischen Erzeugnissen entgegenbringen. Importwaren aus westlichen Ländern, aber auch aus der DDR, ČSSR oder Ungarn wird allgemein der Vorzug gegenüber einheimischen Produkten gegeben.

3. Wohnungswirtschaft

Im Wunschkatalog sowjetischer Familien steht die Verfügung über eine „abgeschlossene Wohnung mit allem Komfort“ an oberster Stelle, wobei unter Komfort Bad, Kanalisation und Zentralheizung zu verstehen ist. Die Realisierung dieses Wunsches ist allerdings sehr problematisch. Zwar werden seit 1958 Jahr für Jahr mehr als 2 Millionen Wohneinheiten fertiggestellt — wobei die Durchschnittsgröße je Neubauwohnung von 40 qm 1958 auf 52 qm 1980 gestiegen ist —, aber Nachholbedarf und Abrißquote (baufälliger Altbauten) sind so groß, daß der tatsächliche Zugang weit unter dem Bedarf liegt. Entwicklung und gegenwärtiger Stand des Wohnungswesens sind durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:

— Die verfügbare Wohnfläche je städtischen Einwohner (für das Land liegen keine Zahlen vor) hat sich in den letzten 30 Jahren fast verdoppelt. Einer Pro-Kopf-Quote von 7 qm Nutzfläche 1950 steht eine Quote von 13,2 qm 1980 gegenüber.

— Zugleich mit der Zunahme der Wohnfläche veränderte sich auch die Wohnungsstruktur: Die früher vorherrschende Form der Kommunalwohnung (bei der mehrere Familien in einer Wohnung leben, Bad und Küche gemeinsam benutzen) verliert an Bedeutung. In den fünfziger Jahren hatten nur etwa 30 v. H. aller Familien eine eigene abgeschlossene Wohnung, heute sind es 70 bis 80 v. H. der Familien, die separat wohnen können.

— Das Fernziel: Eine abgeschlossene Wohnung für jede Familie mit 15—20 qm Wohnfläche je Familienmitglied dürfte bei Fortsetzung des gegenwärtigen Bautempos schwerlich vor Ende des Jahrhunderts zu erreichen sein.

Der Wohnungsbau wird überwiegend mit Mitteln des Staatshaushalt finanziert, ebenfalls ein großer der laufenden Unterhaltskosten. Die Wohnungsmiete richtet sich nach der Zahl der Quadratmeter, unabhängig von Lage und Ausstattung der Wohnung. Sie ist seit 1928 nicht erhöht worden und so geringfügig, daß sie das Familieneinkommen der privaten Haushalte einschließlich der Nebenkosten nur mit durchschnittlich 4 v. H. belastet. Daß die Wohnung trotz ihrer Billigkeit als so kostbares Gut angesehen wird, erklärt sich aus der sehr großen Schwierigkeit, bei der Vergabe der Wohnungen berücksichtigt zu werden. Wartelisten werden sowohl bei städtischen Behörden als auch bei größeren Betrieben geführt. Facharbeiter in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben oder Personen in privilegierter Stellung können schon nach wenigen Jahren in den Genuß einer eigenen Wohnung kommen. Für die große Masse der Arbeiter und Angestellten kann die Warte-

zeit durchaus acht oder auch zehn Jahre betragen.

Rund 20 v. H. des jährlich neu entstehenden Wohnraums werden aus privaten Mitteln finanziert, meist mit Hilfe staatlicher oder genossenschaftlicher Kredite. Ein kleinerer Teil der privaten Wohnbauten sind städtische Eigentumswohnungen, von weitaus größerer Bedeutung ist der Bau von Eigenheimen in Dörfern und Landgebieten. Eigentümer dieser meist sehr primitiven Holz- oder Steinhäuser ohne jeden städtischen Komfort sind fast ausschließlich Kolchosbauern, die diese Wohnungsform vorziehen, nicht zuletzt wegen des zu jedem Kolchosbauernhaus gehörenden Gartenlandes, das zu einem beträchtlichen Teil die Ernährungsgrundlage der Familie sichert. Grundsätzlich ist das Wohnen im eigenen Haus kein Merkmal für höheres Einkommen, es ist ein Bestandteil der ländlichen, vor allem der bäuerlichen Lebensweise.

IV. Veränderungen in der Arbeitswelt

1. Beschäftigungsquote

Die Sowjetunion ist ein Land mit extrem hoher Beschäftigungsquote. Nahezu alle erwachsenen Männer und Frauen gehen einer Erwerbsarbeit nach oder befinden sich in der Ausbildung. Die Arbeitslosigkeit — noch in den zwanziger Jahren ein ernstes Problem der sowjetischen Regierung — gilt seit Ende 1930 als endgültig überwunden. Ihr Problem sieht die gegenwärtige sowjetische Wirtschaftsführung vielmehr in der zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte — ein Ergebnis der verlängerten durchschnittlichen Schul- und Ausbildungszeit, des verringerten Zuwachses jugendlicher Nachwuchskräfte sowie der verkürzten Arbeitszeit bei verlängertem Urlaub.

2. Arbeitszeit und Urlaub

Die gegenwärtig gültige Arbeitszeit für erwachsene Industriearbeiter von 40,6 Stunden pro Woche geht auf einen Erlaß vom September 1959 zurück, der in den sechziger Jahren nach und nach in allen Industriezweigen durchgesetzt wurde. Ihm folgte ebenfalls stufenweise der Übergang zur Fünf-Tage-Woche, so daß sich das Arbeitsjahr auf 253 Tage reduzierte. Die wöchentliche Arbeitszeit für alle Arbeiter und Angestellten liegt gegenwärtig

(unter Berücksichtigung der verkürzten Arbeitszeiten für Schwerarbeiter, Lehrer, Ärzte u. a.) bei 39,4 Stunden. Zugleich mit dem Rückgang der Arbeitszeit haben sich die bezahlten Urlaubstage (gegenüber der Zeit vor 1958) deutlich erhöht. Der Mindesturlaub stieg von 12 auf 15 Arbeitstage, die durchschnittliche Urlaubsdauer für alle Beschäftigten von 18,5 auf 21,6 Arbeitstage.

Mit ihrer Arbeitszeit- und Urlaubsregelung liegt die Sowjetunion auf einem Niveau, das sich durchaus mit dem einzelner westlicher Industrieländer messen kann. Die Erfolge der Arbeitspolitik auf diesem Gebiet sind deutlich nachweisbar, aber auch ihre Grenzen: Der Übergang zur 30—35-Stunden-Woche war den sowjetischen Arbeitern bereits auf dem XXI. Parteitag 1959 versprochen worden. Seine Verwirklichung war für die Jahre 1964 bis 1968 vorgesehen, scheiterte aber an den ökonomischen Gegebenheiten, genauer gesagt, an dem zu geringen Wachstum der Arbeitsproduktivität, das eine weitere Reduzierung der Arbeitszeit bisher nicht zuließ.

3. Wirtschaftsbereiche, Berufe, Positionen

Mit der Zunahme der Beschäftigtenzahl ging eine laufende Veränderung der Arbeitskräftestruktur einher — ein Prozeß, der noch

nicht abgeschlossen ist. Die langfristige Beobachtung der wichtigsten Wirtschaftsbereiche nach der Zahl ihrer Beschäftigten läßt die charakteristischen Veränderungen einer sich industrialisierenden Gesellschaft deutlich erkennen.

Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen — in v. H. aller Beschäftigten —				
	1913	1950	1965	1979
Beschäftigte insgesamt	100	100	100	100
Industrie und Bau	9	27	35	39
Land- und Forstwirtschaft	75	48	32	21
Transport und Nachrichten	2	5	8	9
Handel und Versorgung	9	5	6	8
Bildung und Gesundheitswesen, Sozialwesen, Kunst, Kultur und Wissenschaft	1	8	14	17
Staatliche Verwaltung, Kredit und Versicherung	4	3	2	2
sonstige Zweige	.	4	3	4

Herausragende Veränderungen sind der Rückgang der landwirtschaftlich Tätigen von fast der Hälfte 1950 auf gut ein Fünftel 1979 und die starke Zunahme der Beschäftigten im Kultur- und Bildungswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, deren Anteil an den Gesamtbeschäftigten sich gegenüber 1950 verdoppelte, gegenüber 1913 sogar auf das 17fache stieg.

Die eigentlich dynamischen Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur finden wegen der fortschreitenden Spezialisierung und Diversifizierung der Berufsbildung innerhalb der Bereiche statt. Nach sowjetischen Angaben entstehen in jedem Jahr rund 500 neue Spezialberufe. Zwar scheiden auch regelmäßig Berufe aus, aber deren Zahl ist wesentlich kleiner als die der neu entstehenden.

In der sowjetischen Arbeitsstatistik sind alle, die einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgehen, „Beschäftigte in der Volkswirtschaft“. Unter diesen stellen „Arbeiter und Angestellte“, also alle, die in staatlichen Betrieben oder Organisationen arbeiten und Lohn oder Gehalt beziehen, die stärkste Gruppe. Ihr Anteil an den in der Volkswirtschaft Beschäftigten hat sich — nach den letzten drei Zensusserhebungen — wie folgt vergrößert:

Arbeiter und Angestellte in vH aller Erwerbstätigen		
1959	=	56
1970	=	76
1979	=	81

Die restlichen knapp 20 vH der Erwerbstätigen sind in erster Linie Kolchosbauern (das sind genossenschaftlich organisierte Bauern), Angehörige handwerklicher Produktionsgenossenschaften und freischaffende Künstler.

Während die Arbeiter ein relativ klares Berufsbild und einen eindeutigen sozialen Status haben (trotz großer Unterschiede im Einkommen), setzen sich die Angestellten aus sehr heterogenen Gruppen zusammen. Die wichtigste Untergruppe sind die „Spezialisten“, im wesentlichen Hoch- und Fachschulabsolventen, sowie alle diejenigen, die sich — ohne Studium — durch hervorragende Leistungen für eine gehobene Tätigkeit qualifiziert haben.

Der Begriff „Spezialisten“ ist allerdings sehr weit gefaßt. Zu ihnen gehört der Atomphysiker ebenso wie der Hilfslaborant. So nimmt es nicht wunder, daß sich auch unter den Spezialisten bestimmte Gruppen herausheben, insbesondere Angestellte in leitender Position, wie etwa Betriebsdirektoren oder Chefarzte, die in der Berufsstatistik als „Leiter“ ausgewiesen werden.

Schwer abzugrenzen ist die durch sozialen Status, Bildung und Beruf gekennzeichnete Schicht der „Intelligenz“, eine Schicht, die ein hohes gesellschaftliches Ansehen genießt, deren Ansichten und Lebensgewohnheiten prägende Bedeutung für die übrige Bevölkerung haben. Zur „Intelligenz“ rechnen sich in der Sowjetunion alle aktiv und schöpferisch Tätigen der Bereiche Wissenschaft, Kunst und Kultur, bei weiterer Auslegung auch Ärzte, Lehrer, Juristen, mehr oder weniger alle Hochschulabsolventen, die ihrer Ausbildung gemäß eingesetzt sind, und solche Personen, die sich durch ihre Tätigkeit, z. B. als Schriftsteller, für die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe qualifiziert haben. Eine Untergruppe der Intelligenz ist die „Technische Intelligenz“ (Ingenieure, Naturwissenschaftler), die vor allem im Wirtschaftsleben eine entscheidende Rolle spielt. Eine statistische Kategorie ist die Intelligenz nicht. So gibt es auch keine amtlichen Daten über den Umfang dieses Personenkreises. Westliche Schätzungen liegen weit auseinander. Sie reichen von knapp einer Million bis zu 12 Millionen, je nach dem,

ob nur die dominierende geistige Elite und die oberste Führungsschicht oder praktisch alle akademisch Gebildeten der Intelligenz zugerechnet werden.

4. Veränderte Arbeitseinstellung?

Im Jahre 1956 wurde die unter Stalin eingeführte Bindung der Arbeitskräfte an den eigenen Betrieb aufgehoben. Seitdem darf jeder Beschäftigte seinen Arbeitsplatz frei wählen; er kann ihn auch ohne Angabe von Gründen wieder kündigen und sich einen neuen suchen. Von diesem Recht wird lebhaft Gebrauch gemacht. Die jährliche Fluktuationsrate liegt im Bereich der Industrie — mit geringen Schwankungen — bei 20 vH, d.h. durchschnittlich jeder fünfte Industriearbeiter wechselt Jahr für Jahr seinen Arbeitsplatz.

Wie erklärt sich diese, im internationalen Maßstab außerordentlich hohe Fluktuationsneigung sowjetischer Arbeiter und wie ist sie zu bewerten? Diese Fragen sind nicht eindeutig zu beantworten; positive und negative Aspekte greifen ineinander über. Ohne Zweifel spielt die Lage am Arbeitsmarkt mit ihrem ständigen Überangebot an Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle (auch in westlichen Ländern ist eine starke Neigung zum Arbeitsplatzwechsel regelmäßige Begleiterscheinung aufsteigender Konjunktur), auch braucht eine moderne Industriegesellschaft ein gewisses Maß an beruflicher Mobilität, ohne die eine optimale Allokation der Arbeitskräfte unmöglich ist. In der Sowjetunion ist dieses Maß allerdings weit überschritten. Die negativen Folgen der allzu hektischen Fluktuationsbereitschaft werden als alarmierend angesehen: einmal wegen der Reibungsverluste, die mit dem Weggang eines erfahrenen Arbeiters und der Einarbeitung seines Nachfolgers verbunden sind und sich — wegen des Massenphänomens der Berufswechsler — in der Volkswirtschaft zu Schäden in Milliardenhöhe addieren, zum anderen, weil die verbreitete Neigung zum Betriebs- oder Arbeitsplatzwechsel auf eine erhebliche Unzufriedenheit mit den gegebenen Arbeitsbedingungen schließen läßt.

Jedenfalls war es die als übermäßig betrachtete Fluktuationsrate, die die sowjetischen Wirtschaftsleiter dazu bewog, den Erkenntnissen der Arbeits- und Industriosozologie Beachtung zu schenken und damit einen Wissenschaftszweig zu rehabilitieren, der, wie die gesamte Soziologie, jahrzehntelang in der Sowjetunion verfemt und als „bourgeoise Pseu-

dowissenschaft" abgetan worden war. Seit der Wende, die sich in den sechziger Jahren vollzog, gelang es der Soziologie in erstaunlich kurzer Zeit, ihre Position im Kreis der angewandten Wissenschaften auszubauen und zu festigen.

Die Zahl der in der Sowjetunion zugelassenen soziologischen Forschungsinstitute wird heute nur noch von der der USA übertroffen. Meinungsumfragen und „Feldstudien“ gerade zu Problemen der Arbeitswelt sind an der Tagesordnung. Dennoch ist der Erkenntniswert dieser Untersuchungen einstweilen begrenzt: Die Zeit der Wiederzulassung soziologischer Untersuchungen — sie umfassen die letzten zehn oder zwanzig Jahre — ist kurz, und es liegen so gut wie keine repräsentativen Umfrageergebnisse für die gesamte Union vor. Im Gegenteil: Der Probandenkreis ist in der Regel sehr eng; er umfaßt z. B. Arbeiter eines bestimmten Betriebes, Einwohner einer kleinen geographischen Region oder Personen, die sich in gleicher Lebenssituation befinden, wie etwa der Abschlußjahrgang einer Schule. Gefragt wird in solchen arbeits- oder berufsbezogenen Untersuchungen bei Schülern nach Berufs- und Ausbildungswünschen sowie nach ihren Vorstellungen über die Praxis der Arbeitswelt, bei Arbeitern nach ihrer Zufriedenheit mit den Bedingungen am Arbeitsplatz und nach dem Grad der Übereinstimmung zwischen Erwartung und Wirklichkeit, bei Berufswählern interessiert vor allem, was in erster Linie den Entschluß zur Kündigung auslöste. Auch Fragen nach dem Umgangston unter den Kollegen oder zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sind immer häufiger Gegenstand von Umfragen, weil sie das „Betriebsklima“ und damit den Arbeitsfrieden beeinflussen — lauter Faktoren, denen heute eine entscheidende Wirkung auf die Arbeitsproduktivität zuerkannt wird.

Nicht alle Umfrageergebnisse werden veröffentlicht; es liegen aber zu einer Fülle von Fragen eindeutige Antworten vor, die einen Einblick in die vorherrschende Arbeitsmotivation gestatten und die die Ursachen für Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der gegebenen Arbeitssituation erklären. Einen dominierenden Platz in der Skala der Zufriedenheitsfaktoren nimmt das Lohnmotiv ein, wobei nicht nur die absolute Höhe des Lohnes Maßstab der Arbeitszufriedenheit ist, sondern ebenso die als gerecht und angemessen empfundene Einstufung innerhalb der Lohnskala des Betriebes.

Eine Reihe sowjetischer Soziologen zeigte sich — jedenfalls in der Vergangenheit — bemüht, die Bedeutung des Lohnmotivs für die Arbeitszufriedenheit möglichst zu ignorieren, zumindest „herunterzuspielen“ — ein Versuch, der heute von den führenden Vertretern der Arbeitssoziologie als heuchlerisch und irreführend abgelehnt wird. Das gleiche gilt von anderen materiellen Arbeitsmotiven, bei denen die Arbeitsleistungen nicht nur mit Geld, sondern zusätzlich mit naturalen Vergünstigungen belohnt werden, z. B. durch Vergabe einer Wohnung, Verschickung in ein betriebseigenes Erholungsheim, Bereitstellung von Kindergartenplätzen u. a. m. Solche naturalen Zusatzleistungen, die wegen ihrer Knappheit außerordentlich begehrt sind, können naturgemäß große Kombinate, vor allem solche in volkswirtschaftlich wichtigen Branchen, viel eher anbieten als kleine Betriebe oder Werkstätten von nur örtlicher Bedeutung, was die starke Attraktivität der Großbetriebe auf fluktuierende Arbeitskräfte verständlich macht.

Die Bedeutung des Lohnmotivs und der anderen materiellen Faktoren unterscheidet sich freilich sehr in den einzelnen Berufsgruppen und sozialen Klassen. Grundsätzlich ist festzustellen, daß mit steigendem Bildungsstand und beruflicher Qualifikation die nicht-materiellen Werte der Arbeit stärker betont werden. Von einem bestimmten sozialen Niveau an erhöhen sich die Erwartungen der Berufstätigen an einer „interessanten“ Arbeit, einer Tätigkeit, die ihrer Ausbildung entspricht und die ein gewisses Maß an Eigenbestimmung zuläßt. Frauen und weiterarbeitende Rentner — nach den Gründen für ihre Berufstätigkeit

gefragt — erwähnen nicht selten die Befriedigung, die sie durch das tägliche Gespräch und das bloße Zusammensein mit Arbeitskollegen empfinden — ein Motiv, das den Wunsch (oder die Notwendigkeit), zum Haushaltseinkommen beizutragen, zumindest unterstützt und verstärkt.

Dieser Aspekt der Arbeitsmotivation kann sich naturgemäß nur dann positiv auswirken, wenn die Beschäftigten ein angenehmes „Betriebsklima“ vorfinden, andernfalls kann es zum auslösenden Faktor der Kündigung werden, wie die Aussagen zahlreicher Arbeitsplatzwechsler bestätigen. Führungsstile und Formen der kollegialen Zusammenarbeit sind deshalb seit einige Zeit Gegenstand betriebspsychologischer Forschungen, deren Relevanz für die Praxis nicht bestritten wird.

Die zu Beginn dieses Abschnitts angedeutete Frage nach der Existenz einer veränderten Arbeitseinstellung kann schwerlich bejaht werden, wenn man den Ergebnissen der weit gestreuten Umfragen Glauben schenkt. Die sowjetischen Werktätigen sehen in der Arbeit nicht „das erste Lebensbedürfnis“ (wie Marx für die zukünftige, im Sozialismus lebende Gesellschaft erwartet hatte), sondern noch immer vor allem ein Mittel zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Darüber hinaus beurteilen sie den immateriellen Wert ihrer Arbeit nach dem Grad der subjektiven Befriedigung, die sie an ihrer Tätigkeit empfinden, und an der Harmonie der menschlichen Umgebung. Volkswirtschaftliche oder gesellschaftspolitische Aspekte immaterieller Arbeitsmotive spielen dagegen nur untergeordneten Rollen.

V. Allgemeine und berufliche Bildung

Die entscheidende Leistung im Bildungswesen — nämlich die Umwandlung eines zu 60 vH analphabetischen Volkes in eine Gesellschaft von Lernenden und Studierenden — erbrachte die Sowjetunion in den ersten Jahrzehnten nach der Revolution, wobei der Übergang zur Fünfjahrplanung 1929/30 und der Beginn der forcierten Industrialisierung dem Bildungsschub zusätzliche Impulse verlieh. Die weitere Entwicklung des Bildungssystems unter Chruschtschow und Breschnew ist allerdings mehr als eine reine Fortschreibung des vorher Erreichten, denn neben der nochmaligen Expansion der Schüler- und Lehrerzahlen, der Verlängerung der Schulpflicht an den allgemeinbildenden Schulen

und der Diversifizierung des Lehrangebots an verschiedenen Einrichtungen berufsbildender Schulen, Fach- und Hochschulen fallen in diese Zeit auch Schulreformen und Lehrplanänderungen.

Zu nennen wäre hier vor allem der Versuch, die Schüler schon während der Schulzeit mit der Praxis des Arbeitslebens bekanntzumachen durch Einführung des polytechnischen Unterrichts, verbunden mit praktischen Übungen in Betrieben, oder die Schaffung von Eliteschulen für Hochbegabte auf speziellen Gebieten. Seit 1975 ist die Zehn-Klassen-Schule (deren Abschluß die formale Hochschulreife beinhaltet) obligatorisch für alle Schüler. In Zukunft werden also nahezu alle

Schulabgänger „Abiturienten“ sein, deren tatsächliche Zulassung zum Hoch- oder Fachschulstudium allerdings von dem Ergebnis einer speziellen Aufnahmeprüfung abhängt, deren Anforderung sich wiederum am volkswirtschaftlichen Bedarf qualifizierter Berufsanfänger der verschiedenen Fachrichtungen orientiert. Die zahlenmäßige Stärke der Universitätsabgänger (die in der Regel ihr Studium mit 22 oder 23 Jahren abschließen) an ihrer Altersklasse ist bis 1970 ständig gestiegen, geht aber seitdem wieder leicht zurück:

Anteil der Hochschulabsolventen an ihrem jeweiligen Altersjahrgang in v. H.

1959	=	8,8
1970	=	20,4
1975	=	18,4
1979	=	17,0

Ein kompliziertes Ausleseverfahren bestimmt Jahr für Jahr, welche Bewerber um einen Studienplatz angenommen werden (die Zahl der Bewerber übersteigt die der freien Plätze regelmäßig um ein Vielfaches). Hauptkriterium der Zulassung ist die im Prüfungsverfahren nachgewiesene Leistung, daneben werden auch soziale Merkmale berücksichtigt, etwa wenn demobilisierte Armeeingehörige oder Bewerber mit längerer, fachbezogener Arbeitserfahrung bevorzugt werden.

Bemerkenswert scheint die ungleiche Verteilung der Chancen auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung. Trotz gezielter Förderungsmaßnahmen, mit denen z. B. Arbeiter- und Bauernkinder in speziellen Vorbereitungs-klassen an weiterführende Bildungswege herangeführt werden sollen, bleiben die Kinder dieser Schicht in den Hochschulen erheblich unterrepräsentiert. Jedenfalls belegen sowjetische Untersuchungen aus dem Jahre 1976, daß Söhne und Töchter aus Kreisen der Intelligenz und der Angestelltenschaft eine dreibis viermal größere Chance haben, zur Hochschule zugelassen zu werden, als Kinder aus Arbeiterfamilien. Noch ungünstiger sind die Aussichten der Bauernkinder, die Aufnahmeprüfung zur Hochschule zu bestehen. Offenbar bringen die Kinder aus akademisch gebildeten Elternhäusern einen großen Vorsprung z. B. an sprachlichem Ausdrucksvermögen und geistiger Schulung mit, den die Kinder aus bildungsferneren Schichten trotz aller Förderungsmaßnahmen nur schwer aufholen können. Es scheint also, daß die heute bestimmende Schicht der Angestellten und Akademiker, von denen viele selbst noch Kinder oder Enkel von Arbeitern oder Bauern sind, ihren nunmehr errungenen sozialen Status an ihre Kinder weiterzugeben vermag, so daß sich der Nachwuchs dieser führenden Schicht jetzt weitgehend aus sich selbst rekrutiert.

VI. Gesundheitswesen und soziale Sicherung

Eine der ersten Verlautbarungen, die die junge Sowjetmacht schon wenige Tage nach der Revolution verbreitete, war die — später häufig wiederholte — Grundsatzklärung, daß es selbstverständliche Pflicht des sozialistischen Staates sei, die materielle Existenz seiner Bürger im Alter wie auch in allen anderen Fällen der Erwerbsunfähigkeit sicherzustellen. Hatte diese Erklärung anfangs wegen der Armut und der chaotischen Wirtschaftslage des Landes nur programmatischen Charakter, so entschloß sich die Regierung doch schon bald angesichts der Fülle sozialer Verpflichtungen bei weiterhin äußerst knappen Mitteln klare Prioritäten bei der Lösung der sozialen Probleme zu setzen. Die beiden Hauptrisiken der Bürger, nämlich (vorübergehende) Erwerbsunfähigkeit wegen Krankheit, Unfall oder Schwangerschaft und (dauernde) Erwerbsunfähigkeit wegen hohen Alters, erhielten in der Rangskala der Sozialpolitik ganz unterschiedliche Stellenwerte. Einen ho-

hen und effizienten Schutz gegen die Folgen zeitweiliger Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen gab es schon in den frühen zwanziger Jahren. Dagegen wurde die soziale Sicherung bei dauernder Arbeitsunfähigkeit im Alter bis zur Wende in der Rentenpolitik nach 1956 fast völlig vernachlässigt. Die hohe Priorität der Krankenfürsorge sowie des Schutzes für Mutter und Kind fand ihren Ausdruck in dem zügigen Aufbau eines staatlichen Gesundheitsdienstes, dessen Einrichtungen allen Bürgern unentgeltlich zur Verfügung stehen. Bemerkenswert war dabei vor allem das Tempo und die Konsequenz, mit der dieses Vorhaben durchgezogen wurde, so daß die Sowjetunion den großen quantitativen Rückstand, den sie z. B. bei der Zahl der Ärzte und Krankenhausbetten gegenüber westlichen Ländern hatte, rasch aufholen konnte.

Soweit sich die Ergebnisse gesundheitspolitischer Maßnahmen statistisch nachweisen las-

sen, etwa bei der Entwicklung der allgemeinen und spezifischen Sterblichkeit oder bei der Verbreitung bestimmter Krankheiten, zeigen die sowjetischen Daten eine den anderen europäischen Ländern vergleichbare Entwicklung an: Während die meisten Infektionskrankheiten stark eingedämmt, teilweise ausgerottet werden konnten, nahm die Verbreitung der sogenannten Zivilisationskrankheiten (Krebs, Diabetes, Herz- und Kreislauferkrankungen) zu. In eindrucksvoller Weise stieg — bis 1972 — die durchschnittliche Lebenserwartung, wie die nachfolgenden Zahlen belegen:

Durchschnittliche Lebenserwartung der sowjetischen Bevölkerung — in Jahren —			
	Männer und Frauen	Männer	Frauen
1926—1927	44	42	47
1938—1939	47	44	50
1955—1956	67	63	69
1958—1959	69	64	72
1971—1972	70	64	74

Die neueste Entwicklung — seit den siebziger Jahren — scheint auf eine Stagnation (bei den Frauen) und einen leichten Rückgang der Lebenserwartung bei den Männern hinauszulaufen, wie aus Verlautbarungen in der sowjetischen Fachpresse zu entnehmen ist — eine Entwicklung, die mit Sorge beobachtet und deren Ursache in der Zunahme „schädlicher Gewohnheiten“ vermutet wird. Diese Beobachtung dürfte das Bemühen der Gesundheitsbehörden um einen Ausbau der Vorsorgemaßnahmen noch verstärken, die ohnehin im sowjetischen Gesundheitswesen eine bedeutende Rolle spielen. Die vorbeugende Medizin erstreckt sich dabei von systematischer Gesundheitserziehung großer Bevölkerungsgruppen (Schulkinder, Betriebsbelegschaften) über Reihenuntersuchungen und Massimpfungen bis zur laufenden Nachsorge von Rekonvaleszenten, um Rückfälle zu verhindern.

VII. Zusammenfassung und Ausblick

Die Sowjetunion ist ein Land, das sich im Übergang vom Agrar- zum Agrar-Industriestaat befindet. Auf diesem Weg ist sie in den Jahren zwischen 1955 und 1980 ein großes Stück vorangekommen. Das belegt eine Vielzahl von Daten und Fakten, insbesondere

Zu der intensiven Sorge des Staates um die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung steht die zögernde und halbherzige Fürsorge für die Alten in auffälligem Gegensatz. Praktisch hat es in den ersten 40 Jahren der Sowjetregierung so gut wie keine Altersversorgung gegeben. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein war der Bezug einer staatlichen Altersrente das Privileg eines kleinen Kreises von Berechtigten geblieben (meist Angehörige der „Intelligenz“, politische oder wirtschaftliche Führungskräfte). Die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Bauern war im Alter auf die Hilfe ihrer Verwandten angewiesen. Erst mit Inkrafttreten der Rentengesetze von 1956 bzw. 1964 setzte eine breit angelegte Versorgung für alle Männer und Frauen ein, die das rentenfähige Alter (Frauen 55 Jahre, Männer 60 Jahre) erreicht hatten und eine bestimmte Zahl von Arbeitsjahren nachweisen konnten. Gegenwärtig bezieht zwar die große Mehrheit der im rentenfähigen Alter stehenden Bevölkerung eine Rente, aber Akzente der Diskriminierung der nicht mehr Arbeitsfähigen sind noch erhalten. Sie dokumentieren sich in der niedrigen absoluten Höhe der Altersrente, vor allem der Mindestrente, die unter dem Existenzminimum liegt, und in der starren Form der Berechnung, die keine dynamische Entwicklung kennt, wodurch die Altrentner erheblich schlechter gestellt sind als die jüngeren Rentnergenerationen. Beabsichtigt ist zwar eine selektive Anhebung der „ältesten“ (daher besonders niedrigen) Renten, nicht aber die Einführung einer Rentendynamik. Die Altersrentner werden also auch in Zukunft nicht oder nur sehr zögernd am gesamtwirtschaftlichen Fortschritt und am Wachstum des Lebensstandards der Beschäftigten teilhaben. Es bleibt — wenn auch in milderer Form — die unterschiedliche soziale Förderung der Altersklassen, wobei die arbeitsfähige Bevölkerung und die ins Arbeitsalter hereinwachsende Generation wesentlich mehr Beachtung und Hilfe erfährt als die aus dem Arbeitsleben ausgeschiedene.

— das rasche Wachstum der abhängig Beschäftigten, also der Arbeiter und Angestellten,

— die spezifischen Verlagerungen innerhalb der Berufsstruktur,

— die zunehmende Urbanisierung infolge des anhaltenden Migrationsprozesses vom Land in die Stadt.

Industrialisierung und Urbanisierung brachten eine Reihe weiterer Veränderungen mit sich, die vor allem in den Bevölkerungs- und Familienstrukturen sichtbar wurden: abnehmende Geburtenrate und verringertes Bevölkerungswachstum, begleitet von einem fortschreitenden Auflösungsprozeß der Großfamilie, die sich in kleinere Einheiten (Kernfamilien) aufspaltete.

Die genannten Veränderungen — sie sind als Beispiele gewählt und nicht vollständig — finden ihre Parallelen in nahezu allen Industrieländern, unabhängig vom jeweiligen Wirtschaftssystem. Der zeitliche Abstand, der die sowjetische Entwicklung im Vergleich zum Westen kennzeichnet, folgt aus dem historisch späteren Beginn der Industrialisierung in der UdSSR.

Dem stehen Entwicklungen gegenüber, in denen die Sowjetunion bei ihrem Prozeß der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung dem Westen voranging oder eigene Wege wählte. So führte sie als erstes Land der Welt schon im Oktober 1917 — mehrere Jahre vor den westeuropäischen Industrieländern — den achtstündigen Arbeitstag ein und erfüllte damit eine der Grundforderungen der internationalen Arbeiterbewegung. Das geschah zweifellos nicht aus ökonomischen, sondern aus ideologischen Gründen, ebenso wie die frühzeitige Eingliederung der Frauen in die Arbeitswelt, die inzwischen fast vollständig verwirklicht ist. Auch diese Beispiele — Arbeitszeitverkürzungen und Frauenerwerbstätigkeit — haben ihre Parallelen in westlichen Systemen, nur daß hier die Sowjetunion eben nicht Nachzügler, sondern Vorreiter war.

Ein zeitlicher und zugleich systembedingter Aspekt kennzeichnet die unterschiedliche Förderung individueller und öffentlicher Lebensbedürfnisse in den verschiedenen Phasen

der sowjetischen Geschichte, wofür sich als Beispiele die Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens einerseits, die der Konsumgüterversorgung andererseits anbieten. Bei einer jahrzehntelangen Vernachlässigung des privaten Konsums bis an die Grenze des Erträglichen (und vielfach darunter) scheute der sowjetische Staat keine Kosten, um (bereits im Vorindustrialisierungsstadium) ein öffentliches Versorgungsnetz aufzubauen, das jedem Staatsbürger unentgeltlich wenigstens elementare Bildung und gesundheitliche Betreuung gewährte.

In diesem Bereich — der Verteilung des Sozialprodukts auf öffentlichen und privaten Verbrauch — ist der Gegensatz zu marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systemen unverkennbar, die in ihrer wirtschaftlichen Aufbauphase generell der Befriedigung privater Verbraucherwünsche den Vorrang gaben, während die Förderung des öffentlichen Wohlstands erst in einem späteren Stadium einsetzte. Die unterschiedliche Bewertung kollektiver und privater Bedürfnisse hat sich — wenn auch in abgeschwächter Form — bis in die Gegenwart erhalten.

Der Versuch, die in der Sowjetunion registrierten Wandlungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt und im internationalen Vergleich zu bewerten, kann nur zu sehr differenzierten, ambivalenten, teils widersprüchlichen Urteilen kommen. Es stehen entwicklungs- und systembedingte Veränderungen nebeneinander, begleitet von solchen, die aus spezifischen historisch-geographischen Bedingungen der UdSSR resultieren. Einige von ihnen wurden bewußt herbeigeführt, andere haben sich spontan vollzogen, teils im Einklang mit, teils im Widerspruch zu den Zielen der politischen Führung oder der Planungszentrale.

Soweit die Veränderungen sich von westlichen Modellen deutlich abheben, ist in jedem Fall das Zeitmotiv zu beachten: Auch systembedingte Abweichungen verlieren im Zeitablauf ihre Schärfe, weil beide Seiten bestrebt sind, Entwicklungsdefizite aufzuholen.

Zur Beurteilung von Planungsreformen in der Sowjetunion

I. Einleitung

Die Sozialismusforschung in der Bundesrepublik und insbesondere auch die Sowjetunion-Forschung laboriert seit längerem an der Frage, ob und in welchem Maße das sowjetische Planungs- und Entscheidungssystem in seinen Strukturen und Abläufen reformiert wurde. An der „Reformbedürftigkeit“ des Systems ließen die hinlänglich bekannten Mängel der Produktion und Versorgung keinen Zweifel. Die 1965 eingeleitete Reform der Wirtschaftsplanung lieferte zudem einen internen Beweis für die Notwendigkeit und zugleich für die „Halbherzigkeit“ von Änderungen im Steuerungsmechanismus.

Doch die bekanntgewordenen Veränderungen im Planungssystem der UdSSR können das rege Interesse westlicher Sozialwissenschaftler an dieser Problemstellung nur zum Teil erklären. Denn Produktionsoutput und -effektivität sind für sich genommen nur ein Hinweis auf den wirtschaftlichen Entwicklungsstand eines Landes, nicht aber auf die Reformbedürftigkeit seiner Wirtschaftsverfassung. Eine solche Konsequenz wird erfahrungsgemäß erst in Betracht gezogen, wenn wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbilanz abrupt sinken, wie dies in der Bundesrepublik zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Jahr 1967 der Fall war. Damals wurde das Konzept der „Globalsteuerung“ entwickelt, dessen Realisierung im institutionellen Gefüge der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ordnung einschneidende Änderungen nach sich zog. Reformen und Planung

standen seit Beginn der siebziger Jahre also auch in der Bundesrepublik zur Debatte. Die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion der Reformansätze (was soll, warum und in wessen Interessen geändert werden) schloß auch die Frage ein, *wie* andere gesellschaftliche Systeme die bewußte Änderung politischer Prioritäten und Institutionen planen und durchsetzen.

Doch während das Erkenntnisinteresse an der sowjetischen Planungsreform durch die aufkommende „politische Planung“ in der Bundesrepublik eine besondere Aktualität erhalten hat, gingen die Reflexionen der Sowjetunion-Forschung am Stand und Niveau der bundesdeutschen Reformforschung vorbei: Um Bedingungen und Kriterien von Reformen zu bestimmen, haben sie die etablierten Makrotheorien der Sozialismusforschung bemüht, mit dem fertigen Begriffsapparat allerdings auch einen großen Teil der — noch aus der Zeit des Kalten Krieges — bekannten Aussagen reproduziert.

In diesem Beitrag sollen zunächst einige theoretische Defizite in der Definition und Interpretation sowjetischer Planungsreformen gezeigt werden. Anschließend wird eine eigene Einschätzung der sowjetischen Reformpolitik dargelegt, die auf einer mehrjährigen Untersuchung von Veränderungen der Planungsinstrumente der mittleren Steuerungsebene des sowjetischen politischen Systems beruht.

II. „Reform-Modelle“

Im letzten Jahrzehnt haben die Analytiker der sowjetischen Wirtschaftsreform, die eine Reform des Planungssystems war, ein Raster entwickelt, um die vielfältigen Änderungen, die im Steuerungsmechanismus schubweise veranlaßt worden sind, politisch einordnen zu können. Sie unterscheiden dabei zwischen einer „radikalen Wirtschaftsreform“, die die Grundzüge des Systems ändert, und „konservativen Reformmaßnahmen“, die getroffen

werden, um die Effektivität und Qualität der Planung und demzufolge der Produktion zu verbessern¹⁾.

¹⁾ Gertrude E. Schroeder, *The Soviet Economy on a Treadmill of Reforms*, in: *Soviet Economy in a Time of Change*, Washington: Joint Economic Committee, 1979; Hans-Hermann Höhmann, *Wirtschaftspolitik ohne Alternative*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 4/81.

So plausibel diese Systematisierung auf den ersten Blick erscheint, so wenig hält sie wissenschaftlichen Ansprüchen stand — und wird daher auch, wie wir noch sehen werden, in konkreten wissenschaftlichen Analysen, etwa der lohnpolitischen Reformen, fallengelassen. Doch bevor noch die Unangemessenheit der „Reform-Modelle“ aufgrund komplexer Untersuchungen von Planungsproblemen erkennbar wird, ist zunächst ihre theoretische Basis zu durchleuchten.

Nach dem Einzug der Systemanalyse in die Sozialwissenschaften ist es common sense geworden, daß jedes System primär darauf gerichtet ist, seinen Bestand zu sichern. Andererseits erfordert gerade die Bestandssicherung gewisse *Anpassungen* an innere und äußere Veränderungen, denen ein System mehr oder weniger ständig ausgesetzt ist. Für die Beibehaltung der charakteristischen Systemeigenschaften, — also der Merkmale, die ein System von einem anderen unterscheiden —, sind funktionale und strukturelle Verbesserungen erforderlich. So kann z. B. die relative Energieknappheit wirtschaftliche und politische Anpassungsprozesse induzieren, ohne einen grundsätzlichen Wandel der Systemziele und Systemstrukturen zu bewirken.

Das systemtheoretisch beeinflusste Denken versteht Systemerhaltung einerseits und technische Verbesserungen andererseits als Funktionen, die *außerhalb* einer politischen Gestaltungsplanung liegen. Als Reformen bezeichnet man dagegen solche institutionelle Veränderungen, welche diesseits von Revolutionen und jenseits von bloßen Verbesserungen der ökonomischen Rationalität liegen. Eine Reform — so konstatiert Christian von Krockow — ändert die Legitimationsgrundlage der bestehenden Herrschaftsordnung nicht, auch wenn der Strukturwandel bestehender Institutionen eine Umverteilung von Macht sehr wohl einschließt und damit politische Konflikte auslöst²⁾.

Ohne Berücksichtigung eigener historischer Erfahrungen mit Reformen sowie der Theorien über sozialen Wandel sprechen westliche Ökonomen und Politikwissenschaftler, wenn sie die Entwicklung in Osteuropa analysieren, von „weitreichenden Reformen“ wie von einer rationalen Strategie, mit der jede Institution und jedes System auf Systemmängel bzw. auf eine Krisensituation reagiert. „Natürlich“ ist jedoch vielmehr das Beharren

²⁾ Christian Graf von Krockow, *Reform als politisches Prinzip*, München 1976, S. 18.

einer sozialen Institution, nicht die gelungene Veränderung, wie z. B. die Bemühungen um eine Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt haben³⁾.

Die Bereitschaft von Führungsgruppen, Macht zu delegieren oder gar einen strukturellen Wandel einzuleiten, wird in der Sozialismusforschung von einem maßgeblichen Teil ihrer Vertreter für selbstverständlich gehalten. Unter „weitreichenden Reformen“ verstehen sie im wesentlichen eine konsequente Dezentralisierung mit dem doppelten Ziel der umfassenden Nutzung von Marktbeziehungen einerseits und der Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse andererseits. Ein solches Modell der „sozialistischen Marktwirtschaft“ beinhaltet stillschweigend einen weitgehenden Wandel der gegenwärtigen Legitimationsgrundlagen des sowjetischen Regierungssystems, zu denen die Planung und Kontrolle sozioökonomischer Entwicklungsprozesse gehören. In bezug auf eine derartige Reformvorstellung erscheinen die vollzogenen Modifikationen im Planungssystem enttäuschend. Sie sind ja schließlich nichts anderes als eine — eher selbstverständliche — Anpassung des Leitungs- und Vermittlungsmechanismus an die sich ständig ändernden Planungsbedingungen. In der einschlägigen Literatur werden solche „Verbesserungen der Funktionsrationalität“ als „konservative Reformen“ interpretiert⁴⁾.

Diesem Interpretationsmuster liegt die Annahme zugrunde, daß ein sowjetsozialistisches System nicht in der Lage sei, Lernprozesse durchzumachen und normativ begründete Organisationsprinzipien flexibel zu handhaben⁵⁾. Die sowjetische Planung wird daher als ein weitgehend starres Planungs- und Entscheidungssystem verstanden. Diese These ist jedoch keine empirisch-analytische Aussage, sondern eine idealtypische Festlegung. Das Sowjetsystem wird dabei als „Anti-

³⁾ Vgl. von Krockow, a. a. O., S. 19 ff.

⁴⁾ Gerd Meyer, *Bürokratischer Sozialismus. Eine Analyse des sowjetischen Herrschaftssystems*, Stuttgart 1977, S. 184 ff. und S. 250 ff.; Hans-Hermann Höhmann, a. a. O., 1981, S. 3 ff.

⁵⁾ Severyn Bialer zählt zu den grundlegenden Annahmen der verschiedensten Szenarios, die westliche Experten als wahrscheinliches Zukunftsbild der UdSSR entwerfen, u. a.: „... in all cases the leaders are seen as men who are unable to learn and to make the necessary adjustments to changing reality. A third assumption is the equation of the undeniable stability of the Soviet regime with simple rigidity...“ Severyn Bialer, *Stalin's Successors. Leadership, stability, and change in the Soviet Union*, Cambridge (Mass.) Press 1980, S. 284.

typ eines idealtypisch verstandenen liberalen Verfassungsstaates" gekennzeichnet: monolithisch, starr, ineffektiv — dessen größte Leistung „die Sicherung stabiler politischer Herrschaft“ sei, die sich freilich international als nicht wettbewerbsfähig erweise⁶⁾.

Dort, wo die Forschung angetreten war, die Frage zu untersuchen, wie ein „totalitäres Herrschaftssystem“ seine verknöcherten Strukturen den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft anpaßt, fand sie bestenfalls „begrenzte Reformen“, meist jedoch nur ein „Durchwursteln“: Dieses Konzept, das als Interpretationschema der theoretischen Einordnung und politischen Wertung der registrierten Veränderungen dient, führte zu der Schlußfolgerung von „Grenzen der Reformfähigkeit“ sozialistischer Systeme. Zeichen einer Systemtransformation sind im Rahmen einer solchen idealtypischen Sicht nicht zu erkennen.

Severyn Bialer resümiert daher: Die Reform der kleinen Schritte und wohlgemeinte Teilreformen transformieren das traditionelle ökonomische System nicht, sondern werden von diesem aufgefangen und abgeändert⁷⁾. Die Anpassungsleistungen des Systems haben nicht die Reichweite von strukturellen

Änderungen, es sei denn, man schreibt ihnen spekulativ eine Eigendynamik zu, die im Sinne projektierte Reformelemente eine eingeschränkt positive Einschätzung erlauben⁸⁾,

INHALT

- I. Einleitung
- II. „Reform-Modelle“
- III. Theoretischer Hintergrund
- IV. Systemziele und Reformansätze
- V. Neues Planungskonzept nach der Wirtschaftsreform
 1. Das Betriebskollektiv als Planungseinheit
 2. Änderungen in der Verteilungsstruktur
 3. Erhöhung der Steuerkapazität
 4. Ausweitung der Partizipation
- VI. Impulse für institutionelle Reformen

wodurch — trotz abqualifizierender Systemkritik — der Anschein entsteht, theoretisch und methodisch sei offen und objektiv vorgegangen worden.

III. Theoretischer Hintergrund

Dieses Ergebnis — das konzeptionell durch das gewählte Interpretationsraster weitgehend vorprogrammiert ist — fordert nichtsdestoweniger Erklärungsversuche heraus. Für die „Halbherzigkeit“ der durchgeführten Reformen muß es einen Grund geben. Dieser scheint offensichtlich: Es liegt am Widerstand der Staats- und Parteibürokratie, daß eine weitreichende Transformation des mit administrativen Methoden regulierten Wirtschaftssystems nicht vonstatten geht — sagt Gertrude Schroeder, eine der führenden Sowjetunion-Experten der USA. Ihrem Plädoyer für eine sozialistische Marktwirtschaft gibt sie eine scheinbare Plausibilität, indem sie auf ein historisches Beispiel verweist: auf die Ablösung des Kriegskommunismus im nachrevolutionären Rußland durch die Wiederbelebung privatwirtschaftlicher Verhältnisse im Rahmen der „Neuen Ökonomischen Politik“ (1921—1928)⁹⁾.

Der schwedische Wissenschaftler Dellenbrandt führt das Problem der regionalen Entwicklung des kontinentgroßen Landes eben-

falls auf das Verhalten der Bürokratie zurück, das für das Fortbestehen großer regionaler Differenzen in Produktion und Verteilung primär verantwortlich sei¹⁰⁾.

Eine lange Reihe weiterer Beispiele ließe sich anführen, die das Reformdefizit plausibel zu begründen scheinen, ist doch die Trägheit der Verwaltung und ihr Interesse an den erworbenen Machtpositionen offensichtlich. Den-

⁶⁾ Astrid von Borcke, Sowjetunion-Forschung und politische Wissenschaft: Hauptansätze zur Deutung des Herrschaftssystems, in: Astrid von Borcke/Gerhard Simon, Neue Wege der Sowjetunion-Forschung, Baden-Baden 1980, S. 72 ff. und S. 146.

⁷⁾ Severyn Bialer, a. a. O., S. 304.

⁸⁾ Gerd Meyer, a. a. O., 1977, S. 251.

⁹⁾ Gertrude Schroeder, a. a. O., 1979, S. 340; zu den spezifischen Bedingungen und Konsequenzen der Neuen Ökonomischen Politik siehe: Werner Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956.

¹⁰⁾ Jan Ake Dellenbrandt, Soviet Regional Planning. Some theoretical considerations. Paper presented ... at the ECPR Joint Sessions of Workshops in Aarhus, 1982.

noch hat das Bürokratiemodell als allgemeines Interpretationsschema für Funktionen und Dysfunktionen des gesamten Planungs- und Entscheidungssystems entscheidende Mängel. Mit der Akzentuierung des bürokratischen Konservatismus ist der Blick für die genauere Erfassung ökonomischen und sozialen Wandels von vornherein verstellt¹¹⁾, weil dadurch wichtige Besonderheiten der ökonomischen, sozialen und politischen Struktur vernachlässigt werden¹²⁾.

Dieser Einwand ist keineswegs neu. Jerry Hough hat schon Ende der sechziger Jahre die Unfähigkeit und Unwilligkeit der westlichen Sozialwissenschaft kritisiert, die Rolle von sozialen Kräften und sozialen Prozessen in der sowjetischen Politik adäquat zu erfassen¹³⁾. Von seiner Attacke hat sich die Sowjetunion-Forschung bislang jedoch wenig beeindrucken lassen. Im Zentrum ihrer Theorien steht seit zwanzig Jahren ein Bürokratiemodell, das Alfred Meyer in seiner anfechtbaren Studie „U.S.S.R. Inc.“ entwickelt hat: Die Sowjetunion erscheint als Großkonzern. Durch Übertragung von Mustern und Ergebnissen der zeitgenössischen amerikanischen Organisationsforschung hat Alfred Meyer die Organisations- und Gestaltungsprinzipien der gesamten Gesellschaft der UdSSR, einschließlich des öffentlichen Lebens und des politi-

schen Systems, bestimmt. Seine „Ergebnisse“ werden folgendermaßen zusammengefaßt und reproduziert: Die UdSSR teilt mit modernen Bürokratien viele Organisationsprinzipien und Managementmuster, „die rationale, zielbewußte und geplante Gestaltung menschlicher Angelegenheiten“ ebenso wie die „hierarchisch-monokratische Kommandostruktur“, in der die Spitze praktisch diktatorische Machtbefugnisse innehat; eine Kontrolle von unten oder von außen kann es in der korporativen Struktur der UdSSR, die A. G. Meyer mit einer westlichen Aktiengesellschaft verglichen hatte, nicht geben¹⁴⁾.

Hier teilt der Bürokratieansatz eine Grundeinsicht der Totalitarismustheorien, die ihm vorangingen, die Annahme nämlich, das politische System sei in seinem Handeln geradezu autonom und könne für seine Zwecke die Beherrschten — mit welchen Mitteln auch immer — ausreichend mobilisieren. Auf diesem theoretischen Hintergrund braucht die Frage nach der „Machbarkeit“ von Reformen nicht gestellt werden. Die Vertreter dieses Konzepts gehen stillschweigend von der Machbarkeit aus, das heißt, die nahezu allmächtige bürokratische Führung müßte nur bereit sein, eine Dezentralisierung einzuleiten und wesentliche Funktionsprobleme der Wirtschaft wären damit so gut wie gelöst.

IV. Systemziele und Reformansätze

Dabei wird übersehen, daß eine marktwirtschaftliche Reform die soziale Stellung vieler Bevölkerungs- und Berufsgruppen der sowjetischen Gesellschaft verändern würde. Solche Reformen stießen nach dem Urteil von Hans-Hermann Höhmann bei den Betroffenen auf „wenig Gegenliebe“. Denn weitreichende Reformen würden der Arbeiterschaft nicht nur mehr Lohn und mehr Mitbestimmung verheißen, sondern ihr zunächst ein höheres Maß an Mobilität und an Lohndifferenzierung zumuten¹⁵⁾.

Daraus folgt, daß Möglichkeit und Erfolg von Reformen von langfristigen Änderungen der Denk- und Verhaltensweise auch der Beherrschten und nicht nur der Herrschenden abhängen. Von Krockow hat nachdrücklich den Zeitaspekt von Reformen betont, vor allem bei ihrer Abgrenzung von Revolutionen. Als großes historisches Beispiel dienen ihm die englischen Wahlrechtsreformen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Die Änderun-

gen, die sie in den politischen Institutionen bewirkten, waren trotz erbitterter Auseinandersetzungen eher pragmatisch als prinzipiell entschieden worden. Die Verlagerung der Gewichte dauerte auf dem Kompromißweg fast hundert Jahre und führte insgesamt erst zu einem radikalen Legitimationswandel. Die ersten Teilreformen waren aber weit davon entfernt, mit dem Überkommenen radikal zu brechen¹⁶⁾.

Dagegen soll die Ablösung des zentral-administrativen Planungssystems durch dezentra-

¹¹⁾ Volker Gransow, Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz, Frankfurt/M. 1980, S. 146.

¹²⁾ Gerd Meyer, Sozialistische Systeme. Theorie- und Strukturanalyse. Ein Studienbuch, Opladen 1979, S. 257.

¹³⁾ Jerry F. Hough, The Soviet Union and Social Sciences Theory, Cambridge 1977.

¹⁴⁾ Gerd Meyer, a. a. O., 1979, S. 245 ff.

¹⁵⁾ Hans-Hermann Höhmann, a. a. O., 1981, S. 11 f.

¹⁶⁾ von Krockow, a. a. O.

lisierte und demokratisierte Entscheidungsformen in der Sowjetunion nach Ansicht mancher westlicher Wissenschaftler in kurzer Zeit und gleichzeitig in allen Bereichen, die funktional zusammenhängen, vorangetrieben werden ¹⁷⁾).

Sowjetische Wissenschaftler sind anderer Meinung. Sie empfehlen z. B. bei der Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von administrativen auf legislative Organe und von höheren auf untere Ebenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Steuerung schrittweise vorzugehen und die einzelnen Schritte sorgfältig vorzubereiten. Dabei berufen sie sich auf den Übereifer, mit dem Chruschtschow die Reform der sowjetischen Gesellschaft betrieben habe, wodurch ungewollte Rückschläge eingetreten seien, die nun ein behutsames Vorgehen erforderlich machten ¹⁸⁾. Diese Argumentation wird im westlichen Schrifttum beinahe völlig übergangen. Am Geschehen unbeteiligt, entfalten manche westlichen Theoretiker eine „revolutionäre Ungeduld“, die durch die tatsächliche Entwicklung freilich enttäuscht wird.

Dies ist ein unvermeidliches Ergebnis, weil das Bürokratiemodell — das in vielen Varianten verwendet wird — die Frage nach den Leitwerten des Systems ausklammert, auf die Analyse der spezifischen Merkmale sowjetkommunistischer Politik also verzichtet ¹⁹⁾. So kann es geschehen, daß westliche Experten für ein Reformmodell plädieren, das erklärten Grundzielen der sowjetischen Planwirtschaft widerspricht: Das schon erwähnte regionale Entwicklungsproblem ist dafür ein geeignetes Beispiel. Denn eine marktwirtschaftliche Reform würde das Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Regionen der UdSSR verstärken. Durch den Verzicht auf eine zentrale Planung würden mehr Ressourcen in die schon entwickelten Industriegebiete fließen, weil dies eine höhere Rentabilität verspricht. Die Entwicklung der Peripherie und die Industrialisierung Sibiriens würden sich verzögern ²⁰⁾.

Regionale Polarisierung als immanente Entwicklungstendenz der Marktwirtschaft ist in der Nationalökonomie seit hundert Jahren

¹⁷⁾ Gerd Meyer, a. a. O., 1977; Severyn Bialer, a. a. O., 1980 u. a.

¹⁸⁾ Vgl. Ronald J. Hill, *Soviet Politics, Political Science and Reform*, New York 1980, S. 79 ff.

¹⁹⁾ Astrid von Borcke, a. a. O., 1980, S. 143; Volker Gransow, a. a. O., S. 148.

²⁰⁾ Vgl. Hans-Hermann Höhmann, a. a. O., der sich auf Morris Bornstein stützt.

theoretisch bekannt und seitdem in der Praxis bestätigt worden. Es genügt, die jährlichen Berichte der Europäischen Kommission aufzuschlagen: Obwohl eine Homogenisierung der räumlichen Wirtschaftsstruktur in der EG gewünscht und angestrebt wird, findet man stets die Feststellung, daß die regionalen Unterschiede in den Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht ab-, sondern zunehmen ²¹⁾.

Marktwirtschaftliche Reformen in der UdSSR würden ein weiteres gesellschaftspolitisches Ziel des sozialistischen Wirtschaftssystems gefährden: die Verringerung von Einkommensunterschieden. Eine ausgewogene Einkommensstruktur gehört zu den festen Legitimationsgrundlagen des sozialistischen Systems, in dem es extrem hohe und spekulative Einkommen nicht geben darf und die bestehenden Einkommensunterschiede auf Leistungsunterschieden beruhen sollen. Wenn demgegenüber durch ökonomische Entscheidungen privilegierte Einkommenslagen entstehen, reagiert die Bevölkerung auf diesen Widerspruch zu den erklärten Systemzielen mit Unzufriedenheit und Leistungsverweigerung.

Es waren vor allem englische Ökonomen wie Peter Wiles, die auf diese Konsequenz einer marktwirtschaftlich orientierten Reform hingewiesen haben. Sie — und später einige amerikanische Wissenschaftler — erklären die Verlangsamung der Wirtschaftsreform in Osteuropa als Reaktion auf die Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten wegen der steigenden Einkommensunterschiede, sobald der Markt die Verteilung stärker regulierte als vorher. In dieser Situation fühlten sich die Regierungen veranlaßt, die Rolle des Marktes einzuschränken. Auf die Unzufriedenheit reagierten sie mit Lohnerhöhungen, das heißt, es wurden zentrale lohnpolitische Maßnahmen ergriffen ²²⁾, was gleichzeitig eine partielle Rücknahme der gerade geschaffenen größeren Betriebsautonomie bedeutete.

Bisher liegen nur wenige konkrete Untersuchungen zur Wirtschaftsreform vor, die Ziele, Bedingungen und Ergebnisse der eingeleitete-

²¹⁾ Für die Regionalförderung haben die europäischen Steuerzahler bis 1981 14 Mrd. DM (die Bundesrepublik Deutschland 1981: 1,321 Mrd. DM) hinblättern müssen. Doch: „Die Disparitäten nehmen eher zu.“ Gemeint sind die Differenzen von Einkommen und Produktivität zum EG-Durchschnitt. Vgl. *Wirtschaftswoche* Nr. 32 vom 31. 7. 1981.

²²⁾ Vgl. Laura D'Andrea Tyson, *Aggregate Economic Difficulties and Worker's Welfare*, in: Jan F. Triska and Charles Gati, Eds., *Blue-Collar Workers in Eastern Europe*, Allen and Unwin 1981.

ten Veränderungen umfassend analysieren. Im Gegensatz zur weitgehend negativen Einschätzung, die von den Autoren gegeben wird, die das sozialistische System in seiner Struktur und Dynamik beurteilen wollen, zeichnen diese Studien ein differenzierteres Bild der Reformpolitik. So findet Janet G. Chapman die lohnpolitischen Reformen der sowjetischen Führung in angemessener Übereinstimmung mit den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Systemzielen und beurteilen sie positiv²³⁾: „Die reale Lohnhöhe der sowjetischen Industriearbeiter ist in den zwei vorangegangenen Jahrzehnten beachtlich gestiegen, die Unterschiede der Lohn- und Gehaltsstufen sowie das Einkommen sind erheblich geschrumpft. Dies scheint im Einklang zu sein mit der offiziellen Sozialpolitik der Beseitigung der Armut und der Verringerung der Einkommensunterschiede ebenso wie mit dem ökonomischen Ziel, die Allokations- und Anreizeffektivität der Entlohnungsstruktur zu verbessern. Das Kriterium der Gerechtigkeit und das der Leistungsfähigkeit wirken anscheinend in die gleiche Richtung.“

Einzelne Erfolge in der Reform des Wirtschaftsmechanismus übersehen zwar auch die am Bürokratiemodell orientierten Autoren nicht; diese werden in der Gesamtbeurteilung jedoch als Ausnahmen oder als „Silberstreifen am Horizont“ gewertet.

Viele Ökonomen und Politikwissenschaftler begreifen die Planungsreform nur als eine Wirtschaftsreform, das heißt als ein System von Maßnahmen zur Änderung der Entscheidungsstruktur mit dem Ziel ökonomischer Ef-

fizienzsteigerung, ohne den hohen Stellenwert gesellschaftspolitischer Bedingungen für die Organisation und Reform des Steuerungsmechanismus zu berücksichtigen²⁴⁾.

Vom Vorrang der Wirtschaftsreform wird die gesamte Forschungspraxis beherrscht: Nur jene Änderungen des Planungssystems werden als Reformen berücksichtigt, die unmittelbar wirtschaftspolitischen Zielen dienen. Eine Ausnahme stellt der Versuch von Andrzej Korbonski und Sarah M. Terry dar²⁵⁾. Für die Analyse der Reformen in den osteuropäischen sozialistischen Ländern verwenden sie die Theorie von Gabriel Almond und Lucian W. Pye über den Prozeß der politischen Entwicklung von Übergangsgesellschaften, die auf dem Wege zum modernen Nationalstaat mit vorher angebbaren Krisen konfrontiert sind. Die Identitäts-, Legitimitäts-, Regierbarkeits-, Partizipations- und Verteilungskrise treten im Laufe der Modernisierung entweder nacheinander — wie in England — oder in verschiedenen Kombinationen auf, wie in Italien, Frankreich und den meisten anderen Staaten²⁶⁾.

Der Rückgriff auf diese Theorie macht die *bewußte Gestaltung des sozialen Wandels* zum Ansatzpunkt für die Bestimmung von Reformzielen. Mit diesem Ansatz und im Anschluß an das Reformkonzept, das von Krockow entwickelt hat, läßt sich zeigen, daß die inhaltlichen und formalen Änderungen im sowjetischen Planungssystem in den siebziger Jahren eine Reform in der Verteilungs- und Entscheidungsstruktur des politischen Systems eingeleitet haben.

V. Neues Planungskonzept nach der Wirtschaftsreform

1. Das Betriebskollektiv als Planungseinheit

Um die Leistungsfähigkeit des sowjetischen Wirtschaftssystems zu erhöhen, haben das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR in der jüngsten Vergangenheit eine Reihe von Verordnungen erlassen. Ausgangspunkt war die Wirtschaftsreform von 1965, „hinter der das Modell einer aufgelockerten, modernisierten administrativen Planwirtschaft stand“, deren Hauptelemente waren²⁷⁾: „Umorganisation der Wirtschaftsverwaltung (Rückkehr zum System der Branchenministerien), Modernisierung der Planungstechniken, Wandel und Reduzierung vollzugsverbindlicher Plan-kennziffern, Ausbau des Vertragssystems;

stärkere Orientierung der betrieblichen Erfolgsrechnung (und damit auch des Prämien-systems) auf synthetische Wertkennziffern (Rentabilität, Preisreform, Ausbau des Systems ökonomischer Hebel), um die Betriebe

²³⁾ Janet G. Chapman, Recent Trends in the Soviet Industrial Wage Structure, in: Kahan/Ruble, Industrial Labor in the USSR, New York 1979, S. 176.

²⁴⁾ In einzelnen Forschungsbeiträgen folgt die Konzentration auf den ökonomischen Aspekt aus der spezifischen Fragestellung. So hat z. B. Josef Berliner die Wirtschaftsreform daraufhin untersucht, ob sie die Innovationsbereitschaft und die Produktivität der sowjetischen Betriebe fördert. Er fand, daß die neuen Entscheidungsregeln über Größe und Verteilung der betrieblichen Anreizfonds manche Hemmnisse in der Innovations- und Leistungsbe-

zu größerer Effizienz sowie plan- und vertragsgerechter Erzeugung zu veranlassen."

Im Urteil der Kritiker war die Reform kein Erfolg, weil das Planungssystem im Kern unverändert blieb²⁸⁾. Im nachhinein drängt sich jedoch der Gedanke auf, daß bis zur Umstellung der Industrieleitung auf das „neue Planungssystem“, das mit der Wirtschaftsreform vom September 1965 eingeleitet wurde²⁹⁾, von einem System gesamtwirtschaftlicher Planung nicht gesprochen werden kann, sondern „nur“ von nationalen Produktionsprogrammen. Das Fundament der Entscheidungsbildung bestand — genauer betrachtet — aus politischen Zielen und Festlegungen! Mit einem Entscheidungskriterium wurde es erst verstärkt, als der Produktionsoutput trotz der verfolgten Wachstumsstrategie seit dem Beginn der sechziger Jahre nicht mehr in gewohntem Tempo zugenommen hat (im Jahresdurchschnitt etwa um 6,5 % statt gut 10 % in den fünfziger Jahren). Das „Einholen und Überholen der kapitalistischen Wirtschaft“ — das Systemziel der fünfziger Jahre — rückte in weite Ferne und erschütterte den Glauben an die Allmacht der politischen Führung und die Leistungsfähigkeit der Systemstrukturen. Die drohende Legitimitätskrise wurde durch Umstrukturierung in der Produktions- und Distributionssphäre aufgefangen:

Um an der Wachstumsstrategie festhalten zu können und die wirtschaftliche Effektivität zu steigern, wurde

reitschaft der Betriebskollektive abgebaut hätten. Josef S. Berliner, *The Innovation Decision in Soviet Industry*, Cambridge (Mass.) 1976.

²⁸⁾ Andrzej Korbonski and Sarah Meiklejohn Terry, *The Politics of Economic Reform in Eastern Europe*, Weltkongreß der Sowjetunion- und Osteuropaforscher, Garmisch-Partenkirchen 1980.

²⁹⁾ Lucian W. Pye, *Aspects of Political Development*, Boston 1966, S. 66.

²⁷⁾ Hans-Hermann Höhmann, *Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem: Triebkräfte, Dimensionen und Grenzen*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1980, S. 9.

²⁸⁾ Hans-Hermann Höhmann nennt folgende Gründe dafür: Widerstand der Bürokratie, fehlende theoretische Klärung der Funktionsproblematik teildezentralisierter Planungssysteme, fehlende Tradition mikroökonomischen Denkens in der Wirtschaftswissenschaft u. a.; ebenda, S. 10.

²⁹⁾ Ausführliche Analysen der Wirtschaftsreform finden sich u. a. in folgenden Studien: Marie Lavigne, *The Socialist Economics of the Soviet Union and Europe*, London 1974; Josef Berliner, *The Innovation Decision in Soviet Industry*, Cambridge, Mass. 1976; Alec Nove, *The Soviet Economic System*, London 1977.

— in der Produktionssphäre die Motivation des einzelnen durch ein System materieller Anreize gefördert³⁰⁾ und

— in der Distributionssphäre die Autonomie und die Konfliktfähigkeit der Einzelinteressen erhöht.

Nach dem damaligen Stand der politischen und theoretischen Diskussion waren nun auch die Einzelinteressen des Individuums und eines Betriebskollektivs legitim und nicht mehr allein die Gesamtgesellschaft bzw. Gesamtwirtschaft maßgeblich. Die Anerkennung der Interessenvielfalt und -relation als politische Kategorie zog zugleich eine ökonomische Bestimmung nach sich, denn eine spezifische Interessenlage ist wesentlich von materiellen Interessen getragen. Konsequenterweise mußte für die Befriedigung der Interessen eine materielle Basis geschaffen werden.

So war es wesentlicher Bestandteil der Reform, daß in den Betrieben für die Zahlung von Prämien und sozialen Unterstützungen sowie für Infrastruktur- und Modernisierungsinvestitionen „materielle Anreizfonds“ gebildet werden konnten. Dadurch hat sich die betriebliche Finanzautonomie erhöht. Mit der selbständigen Verwendung von 15 bis 20 Prozent des erwirtschafteten Betriebsgewinns eröffnete sich die Möglichkeit, betriebliche Interessen mit den Planaufgaben besser in Einklang zu bringen.

Auch wenn die Verteilung und Verwendung dieser Mittel durch zahlreiche Vorschriften und durch festgefahrene Praktiken begrenzt war, haben einige Betriebe und namhafte Betriebssoziologen erkannt, daß sie die neuen Anreizfonds nur dann sinnvoll, das heißt für die Wahrnehmung ihrer Interessen verwenden können, wenn sie dem Wirtschaftsplan des Betriebes einen sozialen Plan zur Seite stellen, in welchem die spezifischen Interessen der Beschäftigten zum Ausdruck kommen. Wie jeder Plan muß auch der Plan für die soziale Entwicklung der Betriebskollektive zuerst eine Diagnose erstellen: eine Bestandsaufnahme der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten³¹⁾.

Hinter dieser Erkenntnis stand auch die Notwendigkeit, die betriebliche Beschäftigungs-

³⁰⁾ Im Unterschied zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung wollte das sozialistische System die einzelnen mit Appellen an das sozialistische Bewußtsein motivieren. Siehe dazu: Klaus von Beyme, *Ökonomie und Politik im Sozialismus*, München 1975, S. 19.

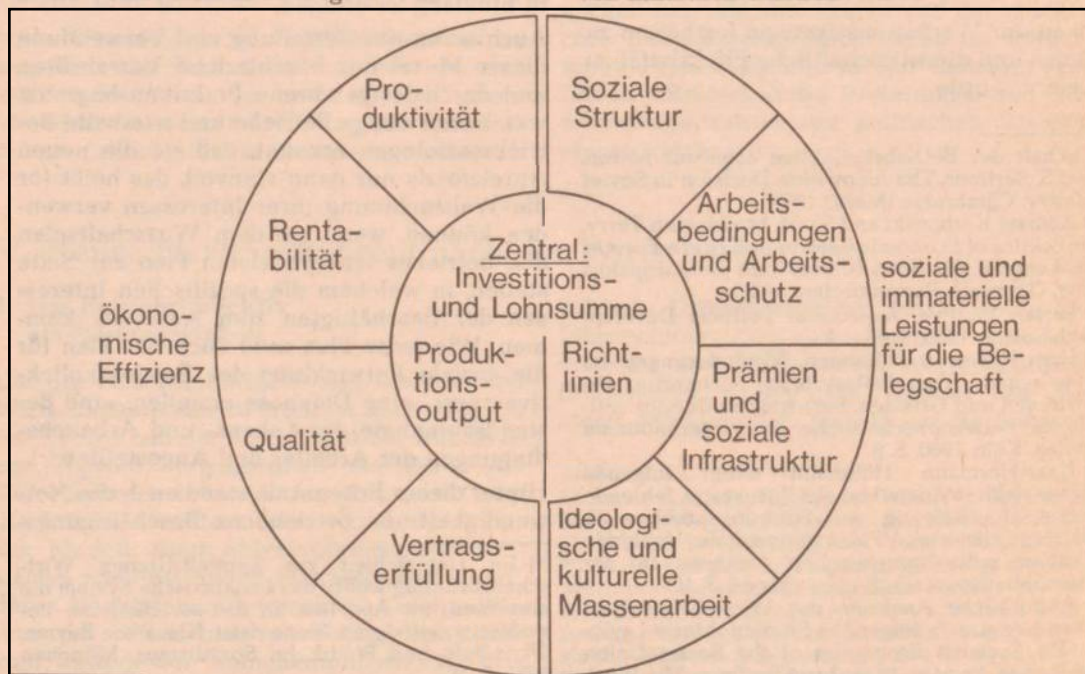
³¹⁾ Zur Wandlung der betrieblichen Planungspraxis: Mária Huber, *Betriebliche Sozialplanung und Partizipation in der UdSSR*, in Vorbereitung.

politik zu verbessern, da die hohe Fluktuation von Arbeitskräften und krasse Diskrepanzen zwischen Bildungsniveau und Arbeitsanforderungen hohe soziale und ökonomische Kosten verursacht haben. Vor der Reform hat man solche Probleme mit den gewohnten ökonomischen und administrativen Verfahren zu lösen versucht. Einigen Theoretikern und Praktikern ist aber allmählich klar geworden, daß eine neue Methode gefunden werden müßte, um die „soziale Komponente“, das heißt die Menschen — als Individuen und als Mitglieder einer Betriebsgemeinschaft — in der Arbeits- und Produktionsorganisation adäquat zu berücksichtigen³²⁾, was nur heißen konnte: den Planungsansatz entsprechend zu erweitern und die Entscheidungsprioritäten nicht allein nach ökonomischen Gesichtspunkten festzulegen.

Das neue Planungskonzept enthielt nicht nur planungstechnische und organisatorische Neuerungen. Sein wesentliches Element war die Aufwertung der Betriebskollektive als Subjekte und Objekte der Planung: Als Subjekt ist die Belegschaft eines Industriebetriebes Teil des Entscheidungssystems, als Objekt ist sie die Zielgruppe des Planungsverfahrens. Während das traditionelle Planungssystem nur Plankennziffern kannte, die auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen waren und die

teils rein mechanisch, teils in einer eher informellen Aushandlung auf die unteren Planungseinheiten aufgeteilt wurden, ist jetzt eine Strukturreform auf dem Wege, die in den Betriebskollektiven eine selbständige Einheit, das Zentrum des Planungsprozesses, sieht. Zwischen den zentralen Steuerungsorganen und den zersplitterten Produktionseinheiten nehmen die Betriebskollektive als „mittlere Ebene“ eine Schlüsselfunktion wahr. Als Koordinator von Interessen, Informationen und Aktionen sollen sie die soziale und ökonomische Entwicklung der Gesellschaft günstig beeinflussen.

Der Grundcharakter der Reformmaßnahmen, die im Juli 1979 in der Neuordnung des sowjetischen Planungssystems einen vorläufigen Höhepunkt erreicht haben, erschöpft sich nicht in der „Rationalisierung des traditionellen Systems administrativer Planwirtschaft“³³⁾. Die Rationalisierung, die im Übergang zu Plan- und Erfolgskennziffern, in der Erweiterung des Zeithorizonts und der horizontalen Abstimmungsmechanismen der Planung besteht, ist nur die ökonomisch-institutionelle Seite der Reform. Sie wurde mit sozialen und politischen Aspekten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ergänzt. Der gesamte Reformvorgang hat die *Planungsbereiche in den Industriebetrieben* inhaltlich umstrukturiert:



³²⁾ Vgl. z. B. Social'nye faktory povyšenija effektivnosti truda na predpriyatijach promyšlennosti i transporta, Moskva 1973.

³³⁾ Hans-Hermann Höhmann, Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem ..., a. a. O., S. 13.

Mit der Planung der ökonomischen Effizienzkriterien bzw. von sozialen und immateriellen Leistungen haben die Betriebe an Autonomie gewonnen. Die „zentralisierende Tendenz“ der Reformpolitik — die Hans-Hermann Höhmann sieht — ist demnach keineswegs eindeutig. Dies um so weniger, als die neue ökonomische und sozialpolitische Rolle der Betriebskollektive in die Verfassung der UdSSR von 1977 Eingang fand:

„Art. 8: Die Arbeitskollektive beteiligen sich an der Erörterung und Entscheidung über staatliche und gesellschaftliche Angelegenheiten, an der Planung der Produktion und der sozialen Entwicklung, an der Ausbildung und Verteilung der Kader und an der Erörterung und Entscheidung über Fragen der Verwaltung der Betriebe und Einrichtungen, der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Nutzung der Mittel, die für die Entwicklung der Produktion sowie für soziale und kulturelle Maßnahmen und für den materiellen Anreiz bestimmt sind.“

Den Betriebskollektiven wurde mit diesem Artikel ein Platz im politischen System zugewiesen³⁴⁾ und nicht, wie zuvor, im ökonomischen System. Auch wenn diese Entwicklung bis jetzt eher als eine Reformprojektion denn Realität anzusehen ist, stellt sie nichtsdestoweniger einen bedeutenden Vorgang dar: Die Ausweitung des Planungskonzepts wirkt sich langfristig als ökonomische, soziale und politische Strukturveränderung aus. Daher ist es m. E. berechtigt, von einer gesamtgesellschaftlichen Planungsreform zu sprechen.

Mit der eingeleiteten Umorientierung erfolgt eine Reaktion auf drei weitere Krisenerscheinungen der politischen Entwicklung: auf die Verteilungskrise, die Partizipationskrise und die Regierbarkeitskrise.

2. Änderungen in der Verteilungsstruktur

Eine Verteilungskrise wurzelt in der Unzu-

friedenheit einzelner sozialer Gruppen oder Schichten mit ihrem Einkommen, das sie im Vergleich mit anderen Gruppen als zu niedrig finden. Die Meinung, das Verteilungssystem sei ungerecht, hat nicht notwendigerweise soziale Unruhen oder Lohnstreiks zur Folge. Die Unzufriedenheit mit dem Lohn kann die Leistungsbereitschaft mindern und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung bremsen. Dieses Phänomen — in der Sowjetunion vielfach beobachtet — ist unter anderem auf die Vollbeschäftigungsgarantie zurückzuführen.

Eine Verteilungskrise besteht auch dann, wenn die akuten Entwicklungsprobleme eines Landes nur mit einer neuen politischen Strategie gelöst werden können, die eine Umverteilung von Einkommen und Chancen einschließt. So lassen z. B. Umweltschutz und Energieknappheit die Entwicklung einer neuen Verkehrskonzeption notwendig erscheinen. Doch die Einkommensinteressen einer Reihe von Firmen und Personen, vornehmlich jener, die in der Automobilindustrie beschäftigt sind, hängen an der alten Verkehrskonzeption. Mit dieser Art von Verteilungskrise sind zur Zeit vor allem die USA konfrontiert. Es stellt Wissenschaftler und Politiker des Landes vor ein geradezu unlösbares Problem, was Lester Thurow in seinem Buch „Die Null-Summen-Gesellschaft“ anschaulich geschildert hat³⁵⁾.

In der Sowjetunion erscheint es immerhin möglich, die notwendige Umverteilung durch die Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen zu bewerkstelligen. Dies ist zwar auch kein einfacher Prozeß, doch erste Fortschritte sind zu verzeichnen: Als Folge der Planungsreform hat sich die Verteilungsstruktur in der UdSSR auf zweifache Weise geändert. Erstens hat sich der finanzielle Spielraum der Betriebe beträchtlich ausgedehnt:

³⁴⁾ Artikel 8 der Verfassung der UdSSR, zitiert nach: Georg Brunner/Boris Meissner, Hrsg., Verfassungen der kommunistischen Staaten, UTB 953, 1979, S. 387 f.

³⁵⁾ Lester C. Thurow, The Zero-Sum Society. Distribution and the Possibilities for Economic Change, New York 1980.

Volumen der materiellen Anreizfonds in sowjetischen Industriebetrieben zwischen 1971 und 1980, Mill. R.

Jahr	Prämienfonds	Sozial- und Kulturfonds	Modernisierungsfonds	Insgesamt
1971	4 140	1 701	3 724	9 565
1972	4 399	1 756	4 077	10 232
1973	4 840	1 690	3 878	10 408
1974	5 247	1 658	3 899	10 804
1975	5 663	1 764	5 405	12 832
1976	5 892	1 875	5 970	13 737
1977	6 111	1 942	6 201	14 254
1978	6 226	2 168	6 661	15 055
1979	6 343	2 149	6 357	14 849
1980	6 706	2 250	7 262	16 218

Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1975 g., Moskva 1976;
Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1980 g., Moskva 1981.

Die Tabelle zeigt die kontinuierliche Zunahme der Anreizfonds in den siebziger Jahren. Besonders stark war der Anstieg des Modernisierungsfonds: Sein Volumen hat sich fast verdoppelt und sein Anteil am Gesamtfonds wuchs bis zum Ende des Jahrzehnts auf knapp 45% gegenüber rund 39% in der vorangegangenen Dekade.

Damit Investitionen aus dem Sozialfonds und dem Modernisierungsfonds nicht an den organisatorischen Bedingungen ihrer Ausführung scheitern — was häufig der Fall ist —, müssen die Betriebsleitungen auf die Ministerien Druck ausüben und von ihnen den direkten Zugang zu den Investitionsgütern verlangen. Dies kommt in den letzten Jahren offen-

bar häufiger vor, unterstützt von der Möglichkeit, sich auf die Verfassung zu berufen, und bewirkt zunehmend eine Dezentralisierung der Verteilung von Ressourcen.

Zweitens konnten die Betriebe ihren lohnpolitischen Spielraum ausweiten. Sie haben ein betriebliches Prämiensystem entwickelt, das die technische Intelligenz, vor allem die Ingenieure und Produktionsleiter, begünstigt. Dies war ein praktisches Erfordernis, da die zentrale Lohnpolitik unter dem Dogma der führenden Rolle der Arbeiterklasse Hochschul- und Universitätsabsolventen systematisch benachteiligt hatte. Mit ihrer Prämienpraxis haben die Betriebe der demotivierenden Wirkung der zentral festgelegten Lohndifferenzen entgegengewirkt:

Einkommensrelationen der sozialen Gruppen in fünf Industriebetrieben der Saratover Region im Jahre 1977:

Gruppen	Geplantes Einkommen		einschließlich Prämien			
	Rubel	%	geplant		tatsächlich	
	Rubel	%	Rubel	%	Rubel	%
Arbeiter	1 852	100	1 966	100	1 972	100
Technische Intelligenz	1 703	92	2 268	115	2 222	113
Büroangestellte	1 258	68	1 649	84	1 581	80
Hilfspersonal	939	51	1 004	51	987	50

Quelle: I. E. Baženov, Materialnaja stimulirovanija rosta proizvoditel'nosti truda v promyšlennosti SSSR, Saratov 1978, S. 131.

Im ganzen schlägt die Verteilung der betrieblichen Prämienfonds für die Beschäftigten nicht unerheblich zu Buche. Im Jahre 1979 betrug der Anteil der verschiedenen Prämien in der Lohntüte der Arbeiter in der industriellen Produktion (Prämien im Leistungslohnsy-

stem nicht eingerechnet) 19%, des ingenieurtechnischen Personals 24%, der Angestellten 21%³⁶⁾.

³⁶⁾ N. V. Gudimov, Pooščrenie trudovoj aktivnosti, in: Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo, 12/1981, S. 70.

3. Erhöhung der Steuerkapazität

Die Erweiterung des Planungskonzepts durch die betriebliche Sozialplanung dient zweifellos der umfassenderen Kontrolle über den Prozeß der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Denn entgegen den Annahmen und Argumenten des Bürokratiemodells ist eine zentrale Kontrolle nicht einmal im wirtschaftlichen Bereich wirksam. Hillel Ticktin folgert aus der kolossalen Verschwendung in der sowjetischen Wirtschaft, daß diese „außer Kontrolle geraten“ sei³⁷⁾.

Die UdSSR ist offensichtlich mit einer Reihe von Verwaltungsproblemen konfrontiert, die sich summieren. Von einer Regierbarkeitskrise kann gesprochen werden, wenn die Regierung die Entwicklung des Landes beschleunigen will, ihr Arm aber nicht alle Schichten der Bevölkerung erreicht und die relevanten Handlungen der Gesellschaft nicht zu steuern vermag. So besteht das Problem für die Regierung darin, effektive formale Institutionen aufzubauen und zwischen den Herrschern und den Untergebenen Verbindung und Vertrauen herzustellen³⁸⁾.

Gegenwärtig ist die Organisationsstruktur der Betriebe — nach innen und nach außen — so heterogen, daß eine effektive Kontrolle ihrer Funktionen gar nicht möglich ist. Riesige Industriekomplexe bilden einen „Staat im Staat“³⁹⁾. Die meisten Betriebe können für sich im Kompetenzzwirrwarr der Führungsorgane einen beträchtlichen Spielraum beanspruchen und damit zentrale Entscheidungen unter Umständen unterlaufen. Am eklatantesten geschieht die Verletzung zentraler Richtlinien in der Lohnpolitik: Während die politische Führung seit der Wirtschaftsreform eine differenzierte Entlohnung der quantitativen und qualitativen Arbeitsleistung durchzusetzen versucht, blüht die „Gleichmacherei“ unvermindert weiter. Die Betriebe finden viele Wege für die Lohnnivellierung:

- sie begrenzen die Leistungsprämien;
- sie erhöhen das Lohnniveau der unteren Tarifgruppen bis zum Durchschnitt;

³⁷⁾ Hillel Ticktin et al., *Planlose Wirtschaft. Zum Charakter der sowjetischen Gesellschaft*, Junius 1981, S. 13 ff.

³⁸⁾ Lucian W. Pye, a. a. O., S. 64.

³⁹⁾ A. G. Belov, A. N. Sokolov, *Novyj etap razvitiya social'nogo planirovaniya*, in: *Sociologičeskie Issledovanija* 2/1981, S. 35 f. Die Autoren nehmen als Beispiel die Autofabrik VAZ, die im vergangenen Planjahr fünf 45 Kindergärten, 14 allgemeinbildende Schulen, 9 Einkaufszentren, ein Kino und ein Sportstadion gebaut hat.

— sie zahlen Prämien für zweitrangige Tätigkeiten, während die Hauptaufgabe unerfüllt bleibt.

Viele andere Beispiele ließen sich aufführen. Solche Praktiken werden immer wieder angeprangert — z. B. vom damaligen Generalsekretär Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU 1981 —, da sie „die Wirtschaft desorganisieren und die Mitarbeiter demoralisieren“⁴⁰⁾.

In unserem Zusammenhang ist aber die Tatsache noch wichtiger, daß vor der Einführung der Sozialplanung die sozialen Prozesse in den Betrieben nicht gesteuert waren. Die demographische Zusammensetzung und die Qualifikationsstruktur der Berufsgruppen hatte sich völlig zufällig herausgebildet. Ebenso unvorhergesehen hatten sich soziale Kosten eingestellt, gelegentlich sogar soziale Konflikte. Die Betriebsleitungen waren auf den materiellen Produktionsbereich fixiert und haben die soziale Entwicklung als etwas nebensächliches angesehen oder völlig ignoriert. Mit der Einführung der Sozialplanung ist in 15 Jahren zumindest erreicht worden, daß ein Bewußtsein von den Problemen geschaffen worden ist und auch ein Instrumentarium, mit dem das Bildungs- und Einkommensniveau der Betriebskollektive, die inner- und außerbetriebliche Mobilität und ähnliche soziale Parameter beeinflußt werden können — wenn auch nicht bis ins letzte Detail wie durch die Regulierung mit Hilfe der ökonomischen Parameter.

4. Ausweitung der Partizipation

Mit der Erhöhung der Steuerkapazität werden naturwüchsige Interaktionen und damit auch die gewohnte Basis der Interessensbefriedigung zerstört. Dies kann den Wunsch hervorrufen, auf den Entscheidungsprozeß größeren Einfluß zu nehmen⁴¹⁾. Konzept und Praxis der eingefahrenen politischen Verhältnisse geraten langsam unter Druck und verändern sich durch mehr Partizipation.

⁴⁰⁾ P. G. Bunič, *Stimulirovanie trudarazvitom socialističeskom obščestve*, in: *Sociologičeskie Issledovanija* 2/1981, S. 26 ff. — Viele Betriebe zahlen Zeitlohn, anstatt des vorgeschriebenen Leistungslohns. Zur Entdifferenzierung der Löhne kommt es auch durch die Teilnahme der Meister an der betrieblichen Lohnregulierung. Die Meister sind bestrebt, keine Lohnkonflikte entstehen zu lassen. Gleichzeitig ist ihnen das mögliche Lohnvolumen vorgegeben. So richten sie sich nicht nach den Leistungen, sondern nach den Durchschnittswerten. V. P. Klimonov, *Smennyj master i ego otnošenije k svoej rabote*, in: *Sociologičeskie Issledovanija*, 2/1981, S. 98.

⁴¹⁾ Lucian W. Pye, a. a. O., S. 65.

Die betriebliche Finanzautonomie und Sozialplanung tragen demnach Reformcharakter, insofern den Interessen und Bedürfnissen der Beschäftigten Rechnung getragen werden soll. Um dies zu erreichen, müssen die Betroffenen, die Belegschaft, an der Planung und Ausführung von Entscheidungen beteiligt sein, die die Verwendung der Anreizfonds betreffen.

Die Ausweitung der Partizipation gehörte schon ursprünglich zu den erklärten Zielen, die mit der Sozialplanung verfolgt werden sollten. Große Fortschritte sind zwar im Laufe der Dekade nicht erzielt worden, stehen doch

ökonomische Effizienzkriterien und autoritäres Verhalten der Manager einer innerbetrieblichen Mitbestimmung entgegen⁴²⁾.

Aus den Ergebnissen verschiedener konkreter Untersuchungen über das Partizipationsniveau der sowjetischen Arbeiter läßt sich mit einiger Sicherheit folgern, daß in den großen Industriebetrieben etwa 10% der Belegschaft ein überdurchschnittliches Engagement in Produktions- und sozialen Angelegenheiten zeigen. Die fachliche Kompetenz ist allerdings durchweg niedrig, was in erster Linie am Bildungs- und Informationsstand der Beschäftigten liegt⁴³⁾.

VI. Impulse für institutionelle Reformen

Auch wenn die mit der Sozialplanung eingeleitete Umstrukturierung der Verteilungs-, Lenkungs- und Entscheidungsverhältnisse noch bei weitem nicht abgeschlossen ist, geht von dieser Entwicklung ein starker Impuls für weitere institutionelle Änderungen aus. Zögernd zwar, aber nach dem Entwicklungstrend der Sozialplanung unausweichlich, ziehen die regionalen Steuerungsorgane, einschließlich der Kommunen, die im politischen System bislang nur eine untergeordnete Rolle spielen konnten, weitere wichtige Kompetenzen an sich: Denn entweder können die Industriebetriebe ihre Projekte für die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Arbeiter aus eigener Kraft gar nicht realisieren und sind auf die Koordination der finanziellen Ressourcen und der Baukapazitäten in der Region angewiesen, oder aber die Betriebe können ihre Zielsetzungen selbständig verwirklichen und schaffen damit ein neues Ungleichgewicht in der sozialen Infrastruktur, die von den Betrieben einer Stadt oder einer Region bereitgestellt wird. Daraus entsteht langfristig ein starker Druck auf die Kommunen, die allgemeinen Interessen der Bevölkerung gegen die Sonderinteressen der Großbetriebe zur Geltung zu bringen. Denn das Ungleichgewicht in der Versorgung mit Wohnungen, Kindergärten, Kantinen, Sport- und Kulturplätzen verursacht Fluktuation und Migration der Arbeitskräfte, soziale und ökonomische Kosten, überhaupt: Spannungen in den Planungs- und Politikprozessen⁴⁴⁾.

Zudem zeichnen sich in dem kontinentgroßen Land seit längerem regionale Ungleichgewichte in der Quantität und in der Qualität des Arbeitskräftepotentials ab. In den asiatischen und kaukasischen Republiken sowie in

Moldavien gibt es bedeutende Arbeitskraftreserven, die weder qualifiziert noch migrationswillig sind. Allein diese Tatsache macht eine regionale Beschäftigungspolitik erforderlich. Ob dabei primär die Migration der Arbeiter gefördert⁴⁵⁾ oder mit neuen agrarindustriellen Komplexen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und die ländlichen Lebensbedingungen verbessert werden sollen⁴⁶⁾, scheint dabei noch ein offenes Problem zu sein.

In jedem Falle erfordert die Verwirklichung der Betriebspläne für die soziale Entwicklung die regionale Koordination der Investitionen und der Arbeitsmarktpolitik. Die entsprechende Ausweitung der Planungskompetenz der regionalen Gremien wird von der Parteilührung gefördert, auch wenn sich die Ministerien zur Wehr setzen.

⁴²⁾ Die Bereitschaft, am Arbeitsplatz eine umfassende Mitbestimmung zuzulassen, ist auch unter „besseren“ strukturellen Bedingungen gering ausgeprägt. Aus den institutionellen Möglichkeiten folgt noch nicht automatisch, daß die Arbeiter und ihre Vertreter über Personal- und Investitionsfragen informiert und in die Entscheidungen einbezogen werden. Vgl. z.B. Leo Kießler/Udo Scholten, Mitbestimmung als Kommunikationsproblem. Gewerkschaftliche Mitbestimmungsinformation und ihre Rezeption durch die Arbeitenden, in: Hans Diefenbacher/Hans G. Nutzinger, Hrsg., Mitbestimmung. Probleme und Perspektiven der empirischen Forschung, Frankfurt/M. 1981; Günter Paul/Wolfgang Scholl, Mitbestimmung bei Personal- und Investitionsfragen, im selben Band.

⁴³⁾ Dazu ausführlicher: Mária Huber, Betriebliche Sozialplanung und Partizipation in der UdSSR, a. a. O.

⁴⁴⁾ Belov/Sokolov, 1981, a. a. O.

⁴⁵⁾ Im Heft 2/1981 der Sociologičeskie Issledovanija werden verschiedene Vorschläge vertreten. Siehe z. B. S. 6.

⁴⁶⁾ Arutjunjan/Drobiževa, ebenda, S. 66.

Bildungssysteme in Osteuropa — Reform oder Krise?

Die Bildungssysteme der kommunistisch regierten Staaten in Europa erfreuen sich seit längerem der Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Forschung und gelegentlich auch einer breiteren Öffentlichkeit. In einem Bericht über eine Fachtagung zu diesem Thema hieß es jedoch: „Das in dem hier vertretenen Forschungsbereich angesammelte Wissen ist inzwischen so immens, daß daraus ein Sog zu immer detaillierterer Klärung entsteht, was zeitweilig den Blick für das Wesentliche behindern kann.“¹⁾ Auch auf die Gefahr hin, daß

unter dem Wesentlichen nicht alle dasselbe verstehen, soll hier der Versuch unternommen werden, einige Tendenzen zu beschreiben, die für die Bildungsentwicklung in den sozialistischen Staaten in Europa charakteristisch sein dürften. Das Hauptaugenmerk gilt dabei der Sowjetunion, der DDR und Polen als denjenigen Staaten, die nach wie vor im Mittelpunkt der westlichen Forschungen stehen, obwohl erfreulicherweise die anderen Länder der Region allmählich ebenfalls stärker berücksichtigt werden.

Grenzen des Wachstums und der Bildungsexpansion

Die „Grenzen des Wachstums“ — ein geflügeltes Wort westlicher Publizistik und Politik — sind nicht an die politischen Systemgrenzen gebunden. Am dramatischsten wirkten sich die Fehler der Wirtschaftspolitik, die u. a. auf der Annahme eines unbegrenzten Wachstums beruhten, in *Polen* aus. Im Jahre 1980 verzeichnete Polen einen Rückgang seines Nationaleinkommens um 4 Prozent. Das Bildungswesen wurde davon unmittelbar betroffen: Seit Mitte der siebziger Jahre gingen die Investitionen in diesem Bereich drastisch zurück, so daß in vielen Wojewodschaften keine einzige neue Schule mehr gebaut werden konnte und die Berufsschulen keine neuen Maschinen und Geräte erhielten. Die nominelle Steigerung der Bildungsausgaben seit 1981 — ein Erfolg der gesellschaftlichen Bewegung — geht zugunsten der gestiegenen Lehrergehälter und wird durch die Inflation ohnehin aufgezehrt. In der *UdSSR* hat sich das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft im 10. Planjahr (1976—1980) deutlich verlangsamt: Die durchschnittliche jährliche

Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts lag zwischen 1976 und 1980 bei 2,5—3 Prozent, 1979—1980 sogar bei nur 1,0—1,5 Prozent, während sie in den sechziger Jahren noch über 5 Prozent betrug. Der 11. Fünfjahrplan (1981—1985) trägt dem verlangsamtan Wachstum bereits Rechnung, und der Staatshaushalt ebenfalls: Die Aufwendungen für Bildung und Wissenschaft, die sich 1981 auf 41,3 Mrd. Rubel beliefen, sollten 1982 um 3,1 Prozent auf 42,6 Mrd. Rubel steigen, eine Steigerungsrate, die deutlich unter dem Anstieg der staatlichen Gesamtausgaben (+7,8 Prozent), aber auch der Maßnahmen für sozialpolitische und kulturelle Zwecke liegt (+4,8 Prozent). Der Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft wurde für 1982 mit 13,2 Prozent des Gesamthaushalts (gegenüber 13,8 Prozent 1981) festgelegt²⁾.

Obwohl die *DDR* als einziges RGW-Land in ihrer auf dem X. Parteitag der SED (April 1981) verkündeten Direktive zum Fünfjahrplan 1981—1985 auch künftig auf hohes Wachstum ihrer Volkswirtschaft setzt (jährlich 5,6—6 Prozent), bleibt festzuhalten, daß sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum zwischen 1976 und 1980 (+4,2 Prozent) gegenüber 1971—1975 (+5,4 Prozent) abgeschwächt hat und daß die proklamierten Wachstumsziele bis 1985 von westlichen Fachleuten als

¹⁾ D. Glowka, Stand und Perspektiven des Bildungswesens in den sozialistischen Staaten Europas, in: Deutschland Archiv 14 (1981), S. 1310—1312. — Bei der genannten Konferenz handelte es sich um die 5. Internationale Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und des Instituts für Pädagogik der Ruhr-Universität Bochum (Oktober 1981). Die wichtigsten Beiträge erscheinen im Sommer 1983 unter dem Titel „Bildungssysteme in Osteuropa — Reform oder Krise?“, hrsg. von Oskar Anweiler und Friedrich Kuebart, im Berlin Verlag (Reihe „Osteuropaforschung“ der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde). Der folgende Beitrag bildet die Einleitung zu diesem Band.

²⁾ Vgl. H.-H. Höhmann, Die Ökonomik des „Durchwurstelns“. Probleme und Tendenzen der sowjetischen Wirtschaft am Beginn des 11. Planjahr (1981), in: Osteuropa 31 (1981), S. 359—374. — Die Zahlenangaben lt. Izvestija Nr. 270 vom 18. 11. 1981 und Nr. 272 vom 20. 11. 1981.

unrealistisch angesehen werden³⁾). Im Bildungswesen wurden 1980 die Planvorgaben für bauliche Investitionen nur sehr unzureichend erfüllt — mit Ausnahme der Vorschul-erziehung, in der die Planerfüllung in den letzten Jahren stets höher war als die angestrebten Ziele —, so daß für 1981 die Plandaten in vielen Positionen nach unten korrigiert wurden. Generell kann gesagt werden, daß „die DDR, nicht zuletzt durch ihren weitgehend ausgeschöpften Arbeitskräftemarkt, ebenso wie andere Volkswirtschaften im Osten und im Westen vor der Aufgabe steht, nur noch auf dem Wege einer Intensivierung des Produktionsablaufs (Erhöhung der Arbeitsproduktivität etc.) ein wirtschaftliches Wachstum erzielen zu können“⁴⁾).

Die aus der Verlangsamung bzw. aus dem Rückgang des ökonomischen Wachstums sich ergebenden Probleme für das Bildungswesen betreffen zunächst den Investitionsbereich und die laufenden Kosten, sodann die Frage einer höheren, allerdings schwer meßbaren „Produktivität“ und nicht zuletzt Planungen bzw. Umdispositionen im Bildungssystem. Es ist nicht uninteressant, an die Leitlinien der Bildungspolitik in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Staaten aus den sechziger und frühen siebziger Jahren zu erinnern, um den Wandel zu ermessen. Als solche Leitlinien hatte Glowka 1974 ermittelt:

„— Das kulturelle Niveau allgemein und insbesondere das Bildungsniveau werden weiterhin ‚gesetzmäßig‘ rasch steigen.

— Für die Bildungsexpansion stellt die Gesellschaft ‚gewaltige‘ Mittel bereit.

— Die Bildungsexpansion und die Zunahme der dafür bereitgestellten Mittel vollziehen sich in einem optimalen Verhältnis zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere zur wirtschaftlichen Entwicklung.

— Die fortschreitende wissenschaftlich-technische Revolution erfordert eine ständige und rasche Erhöhung des allgemeinen Qualifikationsniveaus.

— Die Wissenschaft ist zu einer unmittelbaren Produktivkraft geworden, weshalb dem Ausbau des Hochschulwesens und der wissenschaftlichen Einrichtungen besondere Bedeutung zukommt.

³⁾ Vgl. W. Seiffert, Wunsch und Wirklichkeit der Wirtschaftsstrategie der DDR-Führung, in: Deutschland Archiv 14 (1981), S. 931—937.

⁴⁾ B. von Plate, Zur Grundsatzdiskussion in der DDR über die Frage des Wirtschaftswachstums, in: Deutschland Archiv 15 (1982), S. 43.

— Die Verwirklichung einer zehnjährigen allgemeinen Schulbildung für alle Jugendlichen ist gegenwärtig eine vordringliche Aufgabe.“⁵⁾

Keine dieser Leitlinien der Bildungspolitik ist Anfang der achtziger Jahre mehr unbestritten, mit Ausnahme der letzten, die in quantitativer Hinsicht nicht nur in der UdSSR, sondern auch in den meisten anderen sozialistischen Staaten inzwischen realisiert worden ist. Allerdings traten dadurch neue Probleme auf, die weiter unten noch zu erwähnen sind.

Das Theorem der *wissenschaftlich-technischen Revolution* (WTR), jetzt zumeist abgeschwächt zum wissenschaftlich-technischen *Fortschritt*, verlor nicht nur an Glanz, sondern wurde auch teilweise im Hinblick auf die gesellschaftlichen Folgen problematisiert bzw. zur Begründung für andere bildungspolitische Forderungen herangezogen. Wenn z. B. in der DDR von der „Reproduktion sozialer Unterschiede als Wachstumsfaktoren und Triebkräfte“ (!) des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gesprochen wird, so wird hier ein Konflikt zwischen gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Zielen mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Bildungsproblem sichtbar, der auch in der abstrakten Sprache der DDR-Soziologen brisant wirkt: „Wenn Werktätige mit höherer Ausbildung nach deren Abschluß einen Teil ihres Lebens an Plätzen von Arbeitern tätig sind, dann kann dies durchaus gesellschaftliche Aktivität stimulieren und zur Erhöhung des allgemeinen Qualifikationsniveaus der Arbeiter beitragen; wichtiger dürfte indes die Frage sein, ob die gesellschaftlichen Aufwendungen für die Ausbildung dieser Kader damit optimal genutzt werden, ob der zwangsläufig eintretende Verschleiß der erworbenen Kenntnisse sozial und ökonomisch vertretbar ist etc. Schon bei Problemen der zahlenmäßigen Entwicklung der Intelligenz beginnend, muß der Übergang von Denkmodellen, die aus der Periode des extensiven Wirtschaftswachstums herrühren, zu Konzepten, die die sozialstrukturelle Entwicklung als Moment der Intensivierung begreifen, vollzogen werden. Daß ein gebremstes, den realen Erfordernissen entsprechendes zahlenmäßiges Wachstum seine Funktion als Motor der Annäherung [der sozialen Schichten] einbüßt, ist gegenüber

⁵⁾ D. Glowka, Probleme der Bildungsplanung in der UdSSR aus bildungsökonomischer Sicht, in: Bildungsforschung und Bildungspolitik in Osteuropa und der DDR, hrsg. von O. Anweiler, Hannover 1975, S. 13 f.

volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Steigerungsraten das geringere Problem.“⁶⁾

Gegenüber der These von der *raschen* Erhöhung des *allgemeinen* Qualifikationsniveaus, welche angeblich von der WTR gefordert sei, wird nunmehr von der Notwendigkeit einer *gezielten Begabtenförderung* als Voraussetzung für die Erreichung wissenschaftlich-technischer Leistungen von internationalem Rang gesprochen. „Wie müssen Erziehung und Ausbildung gestaltet sein, damit die Dichte überdurchschnittlich befähigter Neuerer in der Wissenschaft wie in der Produktion in unserer Gesellschaft größer wird? Wie gelingt es uns, bereits in der Schule jene Jugendlichen zu erkennen und zu fördern, die sich durch ihr Interesse und ihre überdurchschnittliche Begabung für bestimmte Fächer, durch unkonventionelles Denken, bohrende Fragestellungen und gegenüber dem im Unterricht Gebotenen durch größere geistige Kapazität auszeichnen? Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auch nur auf ein einziges Talent zu verzichten und es verkümmern zu lassen.“⁷⁾

Diese deutliche Akzentverlagerung von einer *extensiven* zu einer *intensiven* Bildungsförderung, die in der Sowjetunion weniger offen zutage tritt als in der DDR, ist zweifellos eine Folge der „Grenzen des Wachstums“. Sie kann allerdings auch deshalb proklamiert werden, weil die *quantitative Ausdehnung des Bildungswesens* in manchen Bereichen an ihre „natürlichen“ Grenzen gestoßen ist. Das gilt insbesondere für den Pflichtschulbereich, der — wenn auch nicht in allen sozialistischen Staaten juristisch, aber doch weitgehend faktisch — das zehnte Schuljahr umfaßt. Das gilt nicht für die Vorschulerziehung, wo — mit Ausnahme der DDR — noch ein unterschiedlich starker Bedarf an Kindergartenplätzen, besonders in ländlichen Gebieten, besteht. Hier weisen auch die Planziffern kontinuierliche Steigerungsraten auf.

Auf der höchsten Stufe des Bildungssystems hingegen haben wir es eher mit einer „Übersättigung“ zu tun. In der DDR wurde das zuerst erkannt: Seit 1971 ist eine *restriktive Hochschulzulassungspolitik* betrieben worden, die zu einem deutlichen Absinken der

Zulassungen in allen drei Studienformen — Direkt-, Fern- und Abendstudium — geführt hat. In der Sowjetunion ist erst Mitte der siebziger Jahre eine Drosselung der Zulassungsquoten erfolgt, die gegenwärtig nur eine jährliche Zunahme von 0,4 Prozent vorsehen. In Polen sanken die Zulassungen zwischen 1975 und 1979 um ein Fünftel, nachdem sie zwischen 1970 und 1975 um 50 Prozent gestiegen waren; hier hat man auch theoretisch die „Abkoppelung“ der Hochschulabsolventen von ihrer späteren Position im Beschäftigungssystem als mögliche Alternative erörtert⁸⁾ — eine in der DDR wie in der Sowjetunion bisher undenkbbare Konzeption.

Die restriktive Hochschulzulassungspolitik ist Teil veränderter Arbeitskräfteplanungen, die wiederum wesentlich von der Bevölkerungsentwicklung, den Produktionsbedingungen und den arbeits- und betriebsorganisatorischen Verhältnissen bestimmt sind. Die Erwartungen rascher grundsätzlicher Veränderungen, die von den Propagandisten der wissenschaftlich-technischen Revolution und in ihrem Gefolge von vielen Wissenschaftlern genährt worden waren, erfüllten sich nur zum Teil. Das gilt sowohl für den nach wie vor erheblichen Bedarf an Arbeitskräften für vorwiegend manuelle Tätigkeiten als auch für die Proportionen zwischen den verschiedenen industriellen Bereichen. Wurde in den sechziger Jahren von einem „Bildungsvorlauf“ gesprochen, von „Überschußqualifikationen“, so wird in den achtziger Jahren auf adäquate Qualifikationen, auf Kongruenz zwischen Arbeitsplatzanforderungen und entsprechender Ausbildung Wert gelegt.

Damit ist auch von einer anderen Seite die Grenze der bisherigen Bildungsexpansion sichtbar geworden. In den sechziger Jahren wurde diese vor allem als Ausbau des *allgemeinbildenden Schulwesens*, als Verlängerung der relativ einheitlichen Schulbildung im Sinne einer „einheitlichen Grundlagenbildung“ verstanden. Die historisch erklärbare und zugleich ideologisch begründete überlegene Rolle der „Allgemeinbildung“ verfestigte und reproduzierte — entgegen dem gesellschaftspolitischen Credo der „Chancengleichheit“ — in der sozialen Realität jedoch die Ungleichheit der *Bildungsbewertung*: Die „akademischen“ Studien und Diplome galten mehr als die Berufsausbildung, das theoretische

⁶⁾ M. Lötsch, Soziale Strukturen als Wachstumsfaktoren und als Triebkräfte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 30 (1982), S. 729.

⁷⁾ G. Kröber, Wissenschaftlich-technische Revolution und Bildungswesen, in: Pädagogik 35 (1980), S. 670.

⁸⁾ Diese Auffassungen wurden z. B. von Jan Kluczyński auf der deutsch-polnischen Konferenz „Hochschule und Beruf“ in der Gesamthochschule Kassel (4.—8. 5. 1981) zur Diskussion gestellt.

sche Lernen mehr als die praktische Ausbildung.

Wiederum ist die DDR innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft eher untypisch: Hier ist diese Diskrepanz dank der Verankerung der deutschen Berufsausbildung in der handwerklichen Lehre weniger ausgeprägt als in Polen oder in der Sowjetunion; das Prestige des Facharbeiters ist hoch, der polytechnische Unterricht fest in den Lehrplan der allgemeinbildenden Schulen integriert. Die Spannung zwischen dem Bedarf an Arbeitskräften unterer und mittlerer Qualifikation einerseits und den Hochschulaspirationen der Mehrheit der Sekundarschüler andererseits, die in der UdSSR so gravierend ist, besteht in der DDR in weit geringerem Maße.

Durch die 1977 eingeleitete massive Umorientierung der Oberstufe der sowjetischen Zehnklassenschule in Richtung auf eine *vorberufliche* Ausbildung ist das Problem der Allgemeinbildung — im doppelten Sinn einer *allgemeinen*, d. h. für alle geltenden, und *grundlegenden* Bildung — in ein neues Stadium eingetreten⁹⁾. Die didaktischen Lösungsversuche bewegen sich noch innerhalb des gegebenen strukturellen Rahmens, werden aber möglicherweise diesen Rahmen sprengen müssen, wenn von seiten des Arbeitskräftebedarfs und angesichts der vorhandenen Ressourcen eine klarere *strukturelle Differenzierung* des oberen Sekundarbereichs unvermeidlich wird. Grenzen der Bildungsexpansion führen zwangsläufig zu Neudefinitio-

nen der Aufgaben bestehender Bildungsinstitutionen und zu Rationalisierungsversuchen des Systems.

Das Schicksal der *polnischen Bildungsreform* von 1973 kann — von allen sonstigen Faktoren abgesehen — auch als ein Beispiel für das Scheitern einer expansionistischen Schulpolitik in Zeiten des ökonomischen Wachstumsrückganges interpretiert werden¹⁰⁾. Die geplante neue Zehnjahresschule als eine qualitativ erheblich verbesserte und zugleich allgemeine Pflichtschule setzte so erhebliche Investitionen voraus, daß Skeptiker schon vor der erkennbaren Wirtschafts- und Systemkrise davor warnten. Die dann doch administrativ angeordnete und in Gang gesetzte Reform führte zu einigen Verbesserungen und Erfolgen, rief aber im ganzen eine zunehmende Kritik von allen Seiten hervor. Dank der öffentlich geführten Diskussion sind dabei in einem für kommunistisch regierte Staaten bisher unbekanntem Ausmaß die Diskrepanzen der Bildungspolitik ans Licht getreten: Diskrepanzen zwischen den proklamierten Endzielen und der damit verbundenen ideologischen Legitimierung des Systems einerseits und den beschränkten ökonomischen Ressourcen sowie mangelnder gesellschaftlicher Verankerung der Reformen andererseits. Der 1981 verkündete Rückzug auf eine Fortführung *inhaltlicher* Reformen im Rahmen des *bestehenden* Schulsystems ist die Konsequenz aus der verfehlten Wirtschafts- und Schulpolitik.

Die ideologische Krise

In einem bemerkenswert offenen Aufsatz über „Widersprüche in der Entwicklung des Bildungssystems“ des stellvertretenden Bildungsministers der UdSSR) W. N. Jagodkin¹¹⁾, werden die von uns bisher hervorgehobenen Probleme, neben anderen, z. B. der Diskrepanz der niedrigen Lehrergehälter zu anderen Berufen oder der Feminisierung der Lehrerschaft, als Ausdruck des Rückstandes des jetzigen Bildungssystems gegenüber dem gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungsniveau gedeutet. Als ebenso bedeutsamer Widerspruch wie derjenige zwischen dem Arbeitskräftebedarf der Gesellschaft und der unzulänglichen Orientierung auf Arbeiterberufe durch die Schule wird in diesem Beitrag auch die unzureichende *Erziehungsleistung* der Schule hervorgehoben.

Das Thema als solches ist nicht neu: Spätestens seit dem XVII. Komsomolkongreß (1974) und dem XXV. Parteitag der KPdSU (1976) ist die „komplexe Erziehungsaufgabe“ im Rahmen der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ zu einer zentralen Leitlinie geworden¹²⁾. Ähnliches gilt für die DDR, wo durch

⁹⁾ Vgl. O. Anweiler, Das sowjetische Schulwesen am Beginn der achtziger Jahre, in: Osteuropa 31 (1981), S. 791—811.

¹⁰⁾ Vgl. J. Tomiak, Educational Policy and Educational Reform in the 1970s, in: Policy and Politics in Contemporary Poland, hrgs. von J. Woodall, London 1982, S. 148—170.

¹¹⁾ V. N. Jagodkin, O protivorečijach v razvitii sistemy prosvješćenija (Über Widersprüche in der Entwicklung des Bildungssystems), in: Sovetskaja pedagogika 1982, Nr. 4, S. 52—58.

¹²⁾ Vgl. O. Anweiler, Die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ als Lern- und Erziehungsgesellschaft,

den terminologischen Wechsel von der *sozialistischen* zur *kommunistischen* Erziehung (seit 1976) nicht nur ein höherer „Reifegrad“ und eine Annäherung an das sowjetische Niveau signalisiert werden sollte, sondern worin zugleich die Komplexität, d. h. Kompliziertheit und Differenziertheit, der Erziehung unter den jetzigen Bedingungen und die erforderlichen größeren Anstrengungen mitgehalten sind.

Die Schulen als „ideologische Institutionen des Arbeiter- und Bauernstaates“ und die Lehrer und Erzieher als „ideologische Kämpfer“, diese stereotypen Formulierungen gehören nach wie vor zum Wortritual der offiziellen Pädagogik¹³⁾. Sie brauchten hier nicht weiter zu interessieren, wenn damit nicht die *Funktion* der staatlich organisierten und von der Partei kontrollierten Bildung und Erziehung im politischen Herrschaftssystem und in der Gesellschaft angegeben würde, eine Funktion, die im Sinne der herrschenden Lehre des Marxismus-Leninismus als *ideologisch* richtig gekennzeichnet ist¹⁴⁾. Unter diesem *instrumentellen* Aspekt sollte die Rolle der Ideologie in der Erziehung als Bewußtseins- und Verhaltenssteuerung in erster Linie betrachtet werden und nicht, um normative Modelle zu konstruieren, die dann auf ihren objektiven Wahrheitsgehalt geprüft werden müßten. Denn: die *inhaltliche* Entleerung der marxistisch-leninistischen Ideologie als Weltanschauungslehre (Dialektischer und Historischer Materialismus), über die unter Philosophen kaum Zweifel bestehen, hat ihre *politische* Rolle als Staatsdoktrin nicht in gleichem Maße reduziert. Es dürfte zutreffen, „daß die Sowjetgesellschaft Ideologie nur als einen verbindlichen und unentbehrlichen Hinweis darauf zur Kenntnis nehme, *wie* der einzelne die Partei- und Staatspolitik zu *verstehen* habe, ohne deren eigentliche Absichten zu durchschauen, um sich der Macht gegenüber *richtig verhalten* zu können, während er an

einer *Verwirklichung* ihrer Zielpläne *weder interessiert noch aktiv beteiligt* sei“¹⁵⁾.

Die Steuerungsfunktion der parteioffiziellen Ideologie in den kommunistischen Staaten kommt in der Schul- und Jugenderziehung neuerdings nicht allein und vor allem im politischen *Unterricht* zum Ausdruck, sondern in dem schon erwähnten „komplexen Erziehungsprogramm“, welches die „richtige *soziale Orientierung*“ bewirken soll¹⁶⁾. Hier nun stoßen wir auf den Widerspruch von inhaltlicher Armut der Ideologie und dem von der Erziehung erwarteten Aufbau *positiver Werte* in der Person. Von der Schule wird verlangt, daß sie die „*moralische Erziehung*“ als zunehmend bewußte Identifikation mit den offiziellen moralischen Normen und Prinzipien betreibe, Normen und Grundsätzen indessen, die wegen ihres schablonenhaften Formalismus von der Lebenswirklichkeit der Heranwachsenden mit ihrer Widersprüchlichkeit allzu weit entfernt sind.

Parteiideologen und Pädagogen sind sich dieser ungelösten Widersprüche durchaus bewußt. Letztere können sich, wenn sie sich nicht lediglich als Propagandisten der „Erfolge bei der Verwirklichung der kommunistischen Ideale in idyllischen Tönen“ verstehen¹⁷⁾ — die politisch unverfängliche Art —, um eine Fundierung der kommunistischen Moralprinzipien und Verhaltensnormen in allgemein menschlichen sittlichen Überzeugungen und daraus abgeleiteten zwischenmenschlichen Regeln bemühen, ein Weg, den der 1970 verstorbene ukrainische Pädagoge *W. A. Suchomlinskij* eingeschlagen hatte. Allerdings liegt dann seitens der Ideologie der Vorwurf der Klassenindifferenz und einer „Entideologisierung“ der Erziehung nicht sehr fern.

Der von den Sachwaltern der Parteiideologie in der DDR empfohlene Weg lautet z. B. wie folgt: „Unsere Lehrer wissen um die Notwendigkeit, die ideologische Arbeit unter der Jugend gründlich zu leisten, sie richten sie darauf, den jungen Menschen zu helfen, sich einen festen Standpunkt anzueignen, der sich in einer aktiven Haltung zu ihren staatsbürgerlichen, patriotischen und internationalistischen Pflichten äußert, ihre Bereitschaft und

in: Osteuropa 28 (1978), S. 575—585. Auch in: Erziehungs- und Sozialisationsprobleme in der Sowjetunion, der DDR und Polen, hrsg. von O. Anweiler, Hannover 1978, S. 9—24.

¹³⁾ Vgl. das als Gemeinschaftsarbeit der beiden Pädagogischen Akademien der UdSSR und DDR als Lehrbuch verfaßte Werk „Pädagogik“, Berlin 1978, passim.

¹⁴⁾ Vgl. als jüngste Erörterung des Bedeutungswandels des Ideologiebegriffs seit Marx H. Dahm, Der gescheiterte Ausbruch. Entideologisierung und ideologische Gegenreformation in Osteuropa (1960—1980), Baden-Baden 1982, S. 265—304.

¹⁵⁾ Dahm, a. a. O., S. 712, unter Bezug auf H. Richter, Ideology Soviet Style, in: Crossroads, Jerusalem 1978 (Autumn), S. 27—46.

¹⁶⁾ Vgl. O. Anweiler, Das Problem einer „sozialen Orientierung“ der Jugend in der sowjetischen Erziehungspolitik, in: Osteuropa 30 (1980), S. 21—27.

¹⁷⁾ Jagodkin, a. a. O., S. 57.

Fähigkeit zu entwickeln, den Sozialismus jederzeit zu stärken und zu verteidigen. Die Jugend, und diese Erfahrungen macht jeder von uns, gibt sich mit platten Argumenten oder allgemeinen Deklarationen nicht zufrieden. Sie will den Dingen auf den Grund gehen. Es ist ein hoher Anspruch an die Erziehungsarbeit, die Jugend zu befähigen, an alle Erscheinungen und Prozesse des gesellschaftlichen Lebens mit wissenschaftlicher Objektivität heranzugehen, sie vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu beurteilen. — Die komplizierten Probleme des gegenwärtigen revolutionären Prozesses mit seinen Fortschritten und zeitweiligen Rückschlägen sind nicht immer leicht und gleich zu verstehen, und niemand darf es sich leicht machen, Fragen, die die jungen Leute stellen, vorschnell als ‚politisch unklar‘ abzutun. Der Lehrer, der eine hohe Verantwortung trägt für die ideologische Arbeit unter einem großen Teil der Jugend, ist gehalten, den jungen Menschen geduldig zu helfen, sich zurechtzufinden im politischen Geschehen, sich auf die richtige Seite der Fronten zu stellen. Gemeinsam mit dem Jugendverband müssen wir eine offensive, überzeugende politische Arbeit leisten, die zugleich einfühlsam sein muß, die nach den Beweggründen von Haltungen und Verhalten fragt, die Standpunkte und Meinungen herausfordert und die Fähigkeit fördert, sie auch zu vertreten. Und wir wissen, daß viel davon abhängt, wie wir die Schüler im Unterricht und in der gesamten Erziehungsarbeit wissenschaftlich begründet, logisch zwingend zu Überzeugungen führen, wie wir es verstehen, ihr Verhalten, ihr Handeln richtig zu motivieren.“¹⁸⁾

Diese „realistische Wende“ in der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit ist ein Reflex der gespannten politischen Situation im Ostblock. Das aktuelle Beispiel für das Versagen und die Krise der ideologischen Erziehung in kommunistisch regierten Gesellschaften liefert *Polen*. Es bedarf hier nicht des Nachweises im einzelnen — er ist von der polnischen Presse, Publizistik und Sozialwissenschaft hundertfach dokumentiert worden —, daß die Entfremdung der überwältigenden Mehrheit der polnischen Jugend vom herrschenden politischen System zwar nicht durch das Versa-

gen der politisch-ideologischen Erziehung *verursacht* worden ist, von dieser aber auch nicht *verhindert* werden konnte.

Der IX. Außerordentliche Parteitag der polnischen Kommunisten im Juli 1981 nannte die Dinge beim Namen: „Der Parteitag stellt fest, daß die tiefe Krise, die unser Land durchlebt, in besonderem Maße die junge Generation der Polen berührt. Die Jugend betrachtet dies als eine Bedrohung ihrer Zukunft ... Die Jugend reagiert besonders empfindlich auf die Divergenz von Worten und Taten, auf den Widerspruch zwischen den formal gewährten Chancen und ihrer tatsächlichen Lebenslage, auf die Bedingungen ihres persönlichen und beruflichen Fortkommens. Die Divergenz zwischen den erweckten Aspirationen und der Realisierungsmöglichkeiten, die Dissonanz zwischen den verkündeten Programmen und der Praxis haben dazu geführt, daß die Jugend in ihrem Vertrauen in die Absichten und auf die politische Linie der Partei erschüttert worden ist.“¹⁹⁾

In dem „Bericht über die Bedingungen des Starts der Jugend in Leben und Beruf“ vom 30. Juni 1981 heißt es im abschließenden Teil zur „Demokratisierung des Lebens und Entwicklung der Aktivität als Bürger“ u. a.: „In erster Linie müssen hier die folgenden Schritte getan werden: 1. Es muß eine ehrliche Unterrichtung der Jugend über alle wichtigen Dinge gewährleistet werden: über sich selbst, die eigene Umwelt, Staat, Gesellschaft und Nation, über die heutige Welt, ihre Vergangenheit und Zukunft. Neben dem System fertiger Informationsvermittlung [gemeint sind die Schulen und Massenmedien] muß die Jugend auch Gelegenheit zur selbständigen Erforschung und Suche nach Wahrheit haben.“²⁰⁾

¹⁹⁾ Program rozwoju socjalistycznej demokracji, umacniania przewodniej roli PZPR w budownictwie socjalistycznym i stabilizacji społecznego-spodarzej kraju (Programm zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie, zur Festigung der führenden Rolle der PVAP beim sozialistischen Aufbau und bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes). Beschluß des IX. Außerordentlichen Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warszawa, Juli 1981, Ausgabe der „Trybuna Ludu“, S. 10.

²⁰⁾ Ministerstwo pracy, płac i spraw socjalnych. Społeczny zespół ekspertów: Raport o warunkach startu życiowego i zawodowego młodzieży. Tezy i wnioski (Ministerium für Arbeit, Lohn und Soziales. Gesellschaftlicher Expertenrat: Bericht über die Bedingungen des Starts der Jugend in Leben und Beruf. Thesen und Ergebnisse), Warszawa, 30. Juni 1981, S. 32.

¹⁸⁾ M. Honecker, Auch wir Pädagogen stellen uns der Herausforderung dieses Jahrzehnts — Für jeden Schüler den besten Start ins Leben sichern. Referat auf der Zentralen Direktorenkonferenz, 10.—12. 5. 1982, in: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 20/1982, S. 6 f.

Das wurde noch vor dem 13. Dezember 1981 geschrieben. Wie sieht die Zukunft aus? Die Re-Integrierung der jungen Generation in das gesellschaftliche Gefüge Polens — die von den Machthabern als zentrale Aufgabe der nächsten Zukunft erkannt worden ist — dürfte kaum auf dem Wege einer Re-Ideologisierung möglich sein, obwohl es Anzeichen für solche Absichten und Maßnahmen gibt. Der patriotische Appell an die „Einheit der polnischen Nation“ und der Versuch, eine neue Staatsgesinnung aufzubauen, verzichtet in seiner politischen Rhetorik fast ganz auf das spezifische Parteivokabular, das weitgehend diskreditiert worden ist. Die Anknüpfung an ältere Muster sozialen Zusammenlebens, wie die Familie, und an Tugenden, wie „ehrliche Arbeit“ oder „Pflichterfüllung“, als Werte der gesellschaftlichen „Erneuerung“ zeigt indessen, wie sehr die regierende Macht bemüht ist, wegen der Diskreditierung der Parteiideologie den Weg einer *Entpolitisierung* der Gesellschaft zu gehen, der erfolgversprechender erscheint als der einer ideologischen Disziplinierung, die bei der Jugend chancenlos ist.

Bei allen genügend bekannten und zu beachtenden Sonderbedingungen der polnischen Entwicklung besitzt der offenbar gewordene *Zusammenbruch des Systems der ideologischen Erziehung* eine über Polen hinausweisende Bedeutung. Eine wichtige Voraussetzung für das zuerst in der Sowjetunion aufgebaute System der politisch-ideologischen Massenerziehung — neben der allgemeinen Rückständigkeit im Bildungswesen — bildete die weitgehende Isolierung und Abgeschlossenheit des Landes von der Außenwelt. Sie besteht zwar heute noch, aber in abgeschwächtem und vielfach durchlöcherterem Maße. Für die DDR ist die gewählte „Abgrenzungspolitik“ gegenüber dem Nachbarstaat Bundesrepublik Deutschland in besonderem

Die Grenzen des ökonomischen Wachstums und der Bildungsexpansion und die ideologische Krise in der Erziehung fallen zeitlich seit Mitte der siebziger Jahre zusammen. Die Bildungs- und Erziehungssysteme der sozialistischen Staaten sehen sich daher — in unterschiedlich starkem Maße — Belastungen ausgesetzt, die Teil der angespannten inneren Situation, teils auf wirtschaftlichem, teils aber

Maß Ausdruck der ideologischen Unsicherheit im Innern und nach außen. Der Ausdruck „ideologische Diversion“, der von der Propaganda für den freien Informationsaustausch gebraucht wird, enthüllt diese Schwäche zur Genüge.

Schule und öffentliche Erziehung sind wohl in der Lage, in einem geschlossenen Weltanschauungsstaat die offiziellen politischen Normen und ideologischen Grundsätze zu verkünden, sie sind aber nicht in gleichem Maße fähig, ihre Wirksamkeit zu garantieren. Die postulierte Geschlossenheit des Weltbildes, die dem Bildungsprogramm zugrunde liegt, steht täglich in Widerspruch zu den konkreten Erfahrungen in einer nicht homogenen Gesellschaft. Die Gefahr einer „Desorientierung“, die von den Parteiideologen so lebhaft beklagt wird, soll durch das Herausfiltern der nützlichen Elemente aus dem „rasenden Strom der wissenschaftlichen und politischen Information“²¹⁾, der die Jugend angeblich überflute, gebannt werden. Es ist der Versuch einer geistigen Immunisierung gegen nicht sanktionierte Ideen, sei es aus dem Ausland, sei es aus dem eigenen Lande.

Es kann nicht bestritten werden, daß solche Versuche durchaus Erfolg haben, daß der *konformistische Typ* als Produkt der Kollektiverziehung wahrscheinlich dominiert²²⁾ und daß die ideologische Erziehung zwar in den meisten Fällen kontraproduktiv ist, aber andererseits den Rückzug in die Privatheit begünstigt. Wenn das der Fall ist, dann mag das für die Stabilität des politischen Systems eher beruhigend sein, enthüllt aber vollends den Funktionswandel der Ideologie von einem mobilisierenden Vehikel gesellschaftlicher Umwandlung zu einem konservativen Herrschaftsinstrument des Staates. Die Parteischulungsartikel über die Erziehung des „neuen Menschen“, die immer noch erscheinen, erzeugen vermutlich nur gähnende Langeweile²³⁾.

Fazit: 7 Thesen

auch auf politischem Gebiet sind. Die abschließenden Thesen wollen keine *Prognose* der Entwicklung stellen, sondern lediglich eine zusammenfassende *Diagnose* aufgrund des bisher Gesagten geben.

²¹⁾ V. Jagodkin, Formirovanie u škol'noj molodezi social'noj orientacii (Die Herausbildung einer sozia-

These 1:

Die Bildungspolitik der hier behandelten sozialistischen Staaten — UdSSR, DDR, Polen — verfiel angesichts der eingetretenen wirtschaftlichen Restriktionen und der Schwierigkeiten langfristiger Bildungsplanung *keine weiterreichenden Reformpläne*. In der Sowjetunion und in der DDR weisen die bestehenden Bildungssysteme seit Ende der sechziger Jahre eine bemerkenswerte Stabilität auf; in Polen ist wegen des Scheiterns des Reformversuchs von 1973 ebenfalls eine strukturelle Reform nicht geplant.

These 2:

Es tritt eine deutliche Verlagerung *von einer extensiven zu einer intensiven Bildungsförderung* ein, wobei in der Sowjetunion wie in Polen — im Unterschied zur DDR — die Voraussetzungen hierfür erheblich ungünstiger sind, weil dort noch Rückstände in bestimmten Bereichen — z. B. in der Vorschulerziehung — und besonders im Schulwesen in ländlichen Regionen zu beseitigen sind.

These 3:

Die Schwierigkeiten, die sich im Rahmen des zentralen planwirtschaftlichen Systems bei der *Lenkung der Schulabgänger* in die berufliche Ausbildung und auf Arbeitsplätze entsprechend dem differenzierten Arbeitskräftebedarf ergeben, nehmen zu; lediglich in Polen spielen jedoch theoretische Erwägungen für eine gewisse „Entkoppelung“ des Bildungssystems vom Beschäftigungssystem eine Rolle.

len Orientierung bei der Schuljugend), in: *Narodnoe obrazovanie* 1978, Nr. 12, S. 10.

²²⁾ Vgl. U. Bach, Kollektiverziehung als moralische Erziehung in der sowjetischen Schule 1956—1976, Berlin 1981, bes. S. 179—181, 224—228.

²³⁾ Vgl. V. I. Dodonov, Problema formirovanija novogo čeloveka v rešenijach XXIV, XXV i XXVI s-ezdov KPSS i drugich dokumentach partii (Das Problem der Herausbildung des neuen Menschen in den Beschlüssen der 24., 25. und 26. Parteitage und anderen Parteidokumenten), in: *Sovetskaja pedagogika* 1982, Nr. 1, S. 79—95.

These 4:

Die *didaktischen Reformen*, worunter Lehrplanreformen, methodische Neuerungen und Verbesserungen der Lehrerausbildung zu verstehen sind, entwickeln sich graduell weiter, beziehen neuerdings auch einzelne weiterreichende Alternativversuche ein, tendieren jedoch nicht auf grundsätzliche Veränderungen des Unterrichtssystems.

These 5:

Die seit je bestehende und betonte *ideologische Funktion* der Schulen und der öffentlichen Erziehung ist in der DDR und der Sowjetunion seit den siebziger Jahren verstärkt worden, im wesentlichen als Antwort auf deutliche Defizite der politisch-ideologischen Bewußtseins- und Verhaltenssteuerung und ihre — am Aufwand gemessen — relativ geringe Wirkung.

These 6:

Die *polnische Entwicklung* zeigte auf drastische Weise den Verlust der ideologischen Kontrolle der herrschenden Partei über die Gesellschaft, besonders über die Jugend, und damit die Schwäche des offiziellen Erziehungssystems. Eine Re-Ideologisierung mit bisherigen Mitteln erscheint wenig aussichtsreich.

These 7:

Das Vertrauen in die Rolle der Bildung als Motor des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist gemindert, die an die ideologische Funktion der Erziehung seitens der herrschenden Partei geknüpften Erwartungen entsprechen ebenfalls nicht der Wirklichkeit. Während in den sechziger Jahren dem Bildungswesen eine *dynamische*, den ökonomischen und technischen Fortschritt beschleunigende Wirkung zugeschrieben wurde, wird der Bildung und Erziehung in den achtziger Jahren deutlich eine *stabilisierende* Rolle in der Gesellschaft, die mit gravierenden Anpassungs- und Entwicklungsproblemen belastet ist, zugeschrieben. Von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung wird daher auch die weitere Bildungspolitik abhängen.

Boris Meissner: Bilanz der „Breschnew-Ära“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/83, S. 3—19

Nach dem Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 ist mit der „kollektiven Führung“ auch die dualistische Organisationsstruktur des sowjetkommunistischen Einparteiestaates wiederhergestellt worden. Dies hat eine Stärkung des Staatsapparats gegenüber dem Parteiapparat und ein relatives Gleichgewicht beider Apparate zur Folge gehabt. Die Wirtschaftsverwaltung ist wieder eng mit dem Regierungsapparat verbunden worden; die politische Bedeutung der Polizei (KGB-MWD) und vor allem der Streitkräfte ist wesentlich gewachsen. Breschnew ist es im Verlauf der Entwicklung gelungen, eine dominierende Stellung im „Führerkollektiv“, das durch die Vollmitglieder des Politbüros gebildet wird, zu gewinnen. Er ist aber trotz seiner Machtentfaltung infolge seines schwankenden Gesundheitszustandes und seines Alters bis zu seinem Tode am 10. November 1982 in die „kollektive Führung“ eingebunden geblieben. Daher konnte er das Projekt der neuen Unionsverfassung, an dem seit 1962 gearbeitet wurde, erst im Oktober 1977 verwirklichen. Durch die neue Verfassung ist die diktatorische Einparteierrschaft gefestigt, zugleich aber die Grundlage für eine rege Gesetzgebungstätigkeit geschaffen worden, welche die allgemeine Rechtssicherheit, trotz der repressiven Maßnahmen gegen die Dissidenten, erhöht hat.

Die innenpolitische Entwicklung in der Breschnew-Ära ist durch zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten, die durch die forcierte Aufrüstung verstärkt wurden, durch unterschiedliche Reformvorstellungen in der Kremlführung und durch zahlreiche Widersprüche, welche die Kluft zwischen dem Regime und der Gesellschaft vergrößert haben, gekennzeichnet gewesen.

Breschnew hat durch seine behutsame Kaderpolitik wesentlich zur Festigung der Machtstellung der Hochbürokratie, die sich vorwiegend aus der technischen Intelligenz rekrutiert, beigetragen.

Mit der zunehmenden sozialen Differenzierung ist das Selbstbewußtsein der anderen sozialen Gruppen, insbesondere der wissenschaftlich-kulturellen Intelligenz, welche die eigentliche soziale Basis der Reformkräfte bildet, gewachsen.

Eine besondere Brisanz kommt im sowjetischen Vielvölkerstaat der Nationalitätenfrage zu, die durch die Zentralisierungs- und Russifizierungsmaßnahmen, die Breschnew mit der Theorie vom einheitlichen Sowjetvolk rechtfertigte, wesentlich verschärft worden ist. Dem weiter voranschreitenden Verfall der marxistisch-leninistischen Ideologie steht das wachsende Bewußtsein in den fortschrittlichen Teilen der sowjetischen Gesellschaft gegenüber, daß eine Überwindung der bestehenden Krise, die durch die Generationsproblematik verstärkt wird, nur bei tiefgreifenden Veränderungen des gegenwärtigen Systems erreicht werden kann.

Maria Elisabeth Ruban: Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Sowjetunion 1955—1980

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/83, S. 21—33

Industrialisierung und staatliche Planwirtschaft haben in der Sowjetunion einen Prozeß fortschreitender Wandlungen im Alltagsleben und in den Arbeitsbedingungen ausgelöst. Primäre und augenfällige Veränderungen sind die Verlagerungen in der Bevölkerungs- und Beschäftigungsstruktur. Wie in allen sich industrialisierenden Ländern verlassen immer mehr Menschen ihren ländlichen Wohnsitz und siedeln sich in Städten an; Großfamilien lösen sich auf, Geburtenraten und Bevölkerungswachstum gehen zurück. Die Berufsstruktur spiegelt diesen Wandlungsprozeß wider: Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft sinkt, Industrie, Bauwirtschaft und Dienstleistungsberufe expandieren. Beeindruckend sind die Erfolge der staatlichen Bildungspolitik. In kurzer Zeit gelang es der UdSSR, aus einem mehrheitlich analphabetischen Volk eine Gesellschaft mit hohem Bildungsstand zu machen. Ähnlich groß waren die Fortschritte in der Gesundheitspolitik. Soweit es vergleichbare Kennziffern gibt (Ärzte, Krankenhausbetten, durchschnittliche Lebenserwartung), hat die Sowjetunion den großen Abstand aufgeholt, der sie in den zwanziger Jahren von den anderen Industrienationen trennte.

Demgegenüber fallen die Erfolge bei der Hebung des individuellen Lebensstandards zurück. Zwar hat die Wohlstandspolitik die Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten unverkennbar verbessert, aber noch immer liegen die durchschnittlichen Geldeinkommen der privaten Haushalte (in Kaufkraft umgerechnet), der Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern sowie insbesondere die Versorgung mit Wohnraum unter dem westeuropäischen Standard. Bei diesem Rückstand gewinnt vor allem die qualitative Komponente an Bedeutung.

Mária Huber: Zur Beurteilung von Planungsreformen in der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/83, S. 35—46

Für die Sowjetunion-Forschung gehört die Beurteilung von Planungsreformen seit nahezu zwanzig Jahren zu den zentralen Fragestellungen. Möglichkeiten und Grenzen einer Reformpolitik werden im Zusammenhang mit den organisatorischen und methodischen Veränderungen im Planungssystem dargestellt und die Ergebnisse der Analyse zur Deutung des sowjetischen Herrschaftssystems herangezogen.

Es liegt an dem Interpretationsschema der Autoren, daß sie in der Planung und Leitung der sowjetischen Volkswirtschaft nur „begrenzte“ bzw. „halbherzige“ Reformen diagnostizieren können. Ihr Reformbegriff berücksichtigt weder die Reformdiskussion und Reformenerfahrungen liberal-demokratischer Systeme, noch die spezifischen Ziele und Bedingungen sozialistischer Systeme. An ihrem Maßstab gemessen zeigt die politische Realität der UdSSR ein Reformdefizit, das mit dem Bürokratiemodell erklärt wird.

Demgegenüber zeigen konkrete Untersuchungen, daß in Bereichen materieller Politik, wie z. B. der Lohnpolitik, die durchgeführten Reformen auf weiten Strecken erfolgreich waren. Was das Planungssystem als Ganzes betrifft, so sind für die Umverteilung von Macht und Einkommen vor allem folgende institutionelle Veränderungen von Bedeutung:

1. Die Zulassung einer beschränkten Betriebsautonomie in ökonomischer und finanzieller Hinsicht.

2. Nachdem das System der Wirtschaftsleitung in der Planung eine neue Grundlage erhalten hat, folgte die sukzessive Erweiterung des Planungskonzepts. Von der betrieblichen Ebene ausgehend gewinnen im Planungssystem soziale Entscheidungskriterien auch auf regionaler sektoraler Ebene an Bedeutung. Mit der Reform von 1979 soll die Planung der sozialen und ökonomischen Entwicklung auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene eingeführt werden.

3. Langfristig bewirken die Planungsreformen wichtige Umstrukturierungen im politischen System. Das Betriebskollektiv, das als Träger von Interessen nun zur zentralen Einheit des Planungssystems wird, wurde in der Verfassung der UdSSR 1977 entsprechend eingeordnet. Die Kommunen und Regionen, denen bislang nur unbedeutende soziale und politische Funktionen zugewiesen wurden, stehen vor einer ähnlichen Aufwertung ihrer Position.

Oskar Anweiler: Bildungssysteme in Osteuropa — Reform oder Krise?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/83, S. 47—54

Die Bildungspolitik in den kommunistisch regierten Staaten in Europa sieht sich in den achtziger Jahren einer Reihe von Problemen gegenüber, die aus veränderten wirtschaftlichen, aber auch politischen Rahmenbedingungen resultieren. Der Beitrag untersucht — mit Blick auf die Sowjetunion, die DDR und Polen — die folgenden Themen:

— die Auswirkungen eines verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums bzw. des ökonomischen Stillstands (Polen) auf den Bildungssektor

— die Ablösung der quantitativen Bildungsexpansion durch eine intensive Bildungsförderung, einschl. einer gezielten Begabtenförderung

— die Diskrepanzen zwischen Bildungsabschlüssen und Arbeitskräftebedarf

— Anzeichen notwendiger struktureller und didaktischer Reformen zwecks Überwindung solcher Diskrepanzen

— das weitgehende Versagen der offiziellen politisch-ideologischen Erziehung, besonders sichtbar in Polen

— die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Widersprüche für die kommunistische Erziehung der Jugend.

Die Schwierigkeiten für eine langfristige Bildungsplanung, das geminderte Vertrauen in die Rolle der Bildung als eines Motors des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Krise der ideologischen Erziehung bestimmen gegenwärtig die Bildungsentwicklung in den Staaten des „realen Sozialismus“.